



*Rainergasse 38, A-1050 Wien  
Tel.: (01) 545 16 71-0, Fax.: Dw. 22*

# ***Modernisierung dualer Berufsbildungssysteme***

*Probleme und Strategien  
in 7 europäischen Ländern*

***Arthur Schneeberger***

***Sabine Nowak***

*ibw-Schriftenreihe Nr. 117*

*Wien, Dezember 2000*

Gefördert durch den Jubiläumsfond  
der Österreichischen Nationalbank (ÖNB)

ISBN 3-900 671-90-7

Copyright by ibw – Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft

Medieninhaber und Herausgeber:  
ibw – Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft  
(Geschäftsführer: Dr. Johann Steinringer)

Satz und Layout: Christine Brandfellner

A-1050 Wien, Rainergasse 38/2. Stock

Tel.: (+431) 545 16 71-0

Fax: (+431) 545 16 71-22

E-mail: [info@ibw.at](mailto:info@ibw.at)

<http://www.ibw.at>

## Vorwort

Gegenstand der Studie sind die Berufsbildungssysteme jener Länder in Europa, die in einem quantitativ erheblichen Umfang Lehrlingsausbildungen für die Jugendlichen anbieten. Wenn auch die landesspezifischen Ausformungen dieser betrieblich basierten Ausbildungen unterschiedlich sind, so ist das Prinzip zumindest einer Dualität der Lernorte überall gegeben. In einigen Ländern sind aber mehr als zwei Lernorte verbreitet, so z.B. in der Schweiz.

Die Studie geht von den Entwicklungen und den aktuellen Problemen in Österreich aus und soll die Erfahrungen der anderen Länder mit dualen Berufsbildungssystemen zu kritischer Nutzung und Bereicherung der österreichischen Diskussion in Bildungsforschung und Bildungspolitik aufbereiten. Komparative Bildungsforschung ist immer von pluri-funktionaler Bedeutung. Man kann im Vergleich die Suche nach dem Besonderen, aber auch die Suche nach dem Besseren oder nach der Gleichartigkeit von Problemen und Entwicklungstrends in verschiedenen Ländern oder als quasi-experimentelle Forschung als Suche nach dem Universellen sehen.<sup>1</sup>

Der quasi-experimentelle Forschungsansatz geht auf Emile Durkheim zurück, der dem Vergleich in den Sozialwissenschaften die Rolle des Experiments in den Naturwissenschaften zuschrieb.<sup>2</sup>

Der vorliegende Forschungsbericht geht von *allgemeinen Problemstellungen* aus, wie insbesondere die Vorsorge für Ausbildungsplätze für alle Absolventen der Schulpflicht und die Anpassung der Ausbildungen an den technisch-

---

<sup>1</sup> Siehe dazu: Uwe Lauterbach: Theorien und Methodologien der Vergleichenden Bildungsforschung und der Vergleichenden Berufsbildungsforschung. In: Uwe Lauterbach (Hrsg.): Internationales Handbuch der Berufsbildung, Band 9, 16. Erg.-Lfg., Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2000, S. 129ff.

<sup>2</sup> Siehe dazu: Wolfgang Hörner: Europa als Herausforderung für die Vergleichende Erziehungswissenschaft – Reflexionen über die politische Funktion einer pädagogischen Disziplin. In: Vergleichende Erziehungswissenschaft (Comparative Education): Herausforderung – Vermittlung – Praxis; Festschrift für Wolfgang Mitter zum 70. Geburtstag, hrsg. von Christoph Kodron, Botho von Kopp, Uwe Lauterbach, Ulrich Schäfer, Gerlind Schmidt, Köln, 1997, S. 70.

wirtschaftlichen und beruflichen Wandel. Diese Probleme traten und treten in allen Ländern mit dualen Berufsbildungen auf und haben überall zu Anpassungen oder Ergänzungen des Ausbildungsangebotes geführt.

Der Bericht erschöpft sich aber nicht oder kann sich nicht in der problembezogenen Analyse der Modernisierungstendenzen in den einbezogenen 7 Ländern erschöpfen. Die Länderdarstellungen bieten Information, die unterschiedlich gelesen und genutzt werden kann. Wie statistische Forschung, so ist auch objektiv orientierte ideographische Bildungsforschung immer pluri-valent. Eine Nutzung für nur eine Position bildungswissenschaftlicher oder bildungspolitischer Art schließt sich damit aus. Kurzsichtige Inanspruchnahme des internationalen Vergleichs zur Legitimierung einer spezifischen Position ist auf der Grundlage der hier erarbeiteten empirischen Evidenzen auch schwer möglich, da jede institutionelle Lösung auch ihre Folgeprobleme hat, so dass im Lande oft umstrittene bildungspolitische Maßnahmen in jenen Ländern, in denen sie verwirklicht sind, gar nicht die in sie gesetzte Problemlösungskraft haben. Eine direkte Implementierung von Modellen anderer Länder ist ohnedies nie möglich, da Bildung und Ausbildung Ausdruck spezifischer Kulturen sind und daher kontextabhängig sind. Man kann sich aber anregen lassen und „quasi-experimentell“ Überlegungen anstellen.

Die Länderdarstellungen haben dabei aber *keinen Anspruch auf Vollständigkeit*, da sie selektiv im Hinblick auf Veränderungen, Probleme und Modernisierungsansätze in den letzten etwa 10 bis 15 Jahren erstellt wurden. Im Zentrum stehen die Adaptationsprozesse der dualen Ausbildungssysteme angesichts wirtschaftlichen Strukturwandels, technischer Innovationen sowie veränderter gesellschaftlicher Erwartungen an Bildung auf der Sekundarstufe II.

Modernisierung wird dabei im Anschluss an *Talcott Parsons* als mehrdimensionales Phänomen gefasst, das soziokulturelle, technoökonomische und politische Aspekte umfasst. Modernisierung der beruflichen Erstausbildungssysteme bedeutet dann Adaptationsprozesse in unterschiedlichen Dimensionen. Dies

reicht z.B. von der Integration der Lehrlinge in Fremdsprachenausbildung und Auslandspraktika bis zur Entwicklung neuer Lehrberufe oder Fachschulen in Informationstechnik- und Medienberufen.

Die Forschungsarbeit am ibw – Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft wurde von Arthur Schneeberger konzipiert und koordiniert. Sabine Nowak hat umfassendes Material zu den ausländischen Beispielen dualer Berufsbildungssysteme recherchiert und in Textform erstellt. Die Länderdarstellungen wurden von Sabine Nowak und Arthur Schneeberger gemeinsam erarbeitet.

Die Passagen über die österreichische Entwicklung und die komparativen Analysen wurden von Arthur Schneeberger verfasst.

## **INHALTSVERZEICHNIS**

<b>MODERNISIERUNG DUALER BERUFSBILDUNGSSYSTEME</b>	<b>11</b>
<i>Lehrstellenmangel und Reaktionen auf diesen</i>	20
<i>Flexibilisierung der beruflichen Erstausbildung</i>	25
<i>Durchlässigkeit von der beruflichen Bildung ins höhere Bildungswesen</i>	28
<b>ÖSTERREICH: LEHRE, FACHSCHULE, BHS UND DAS PROBLEM DER AUSBILDUNGSPLATZLÜCKE</b>	<b>33</b>
<i>Trends auf der Sekundarstufe II</i>	33
<i>Input der Bildungswege nach der Schulpflicht</i>	34
<i>Output der Bildungswege nach der Pflichtschule</i>	35
<i>Veränderte Beschäftigungsmöglichkeiten – veränderte betriebliche Ausbildungsstrukturen</i>	38
<i>Angespannter Lehrstellenmarkt – neuartige Schnittstellenproblematik</i>	41
<i>Begrenzte Modularisierung und Branchenspezialberufe</i>	46
<i>Tabellenanhang</i>	54
<b>NIEDERLANDE: SCHULISCHE UND DUALE AUSBILDUNG IN VEREINHEITLICHTEM SYSTEM</b>	<b>61</b>
<i>Schulpflicht und Bildungssystem</i>	61
<i>Schulische Berufsausbildung</i>	64
<i>Stufen der Ausbildung</i>	65
<i>Praktika</i>	66
<i>Lehrlingsausbildung</i>	67
<i>Gravierendes drop-out-Problem</i>	70
<i>Kompetenzen</i>	71
<i>Neues Gesetz von 1996</i>	72
<i>Literaturverzeichnis</i>	76

<b>DÄNEMARK: DUALE BERUFSBILDUNG, SCHULISCHE BILDUNG UND INTEGRATIVE PROGRAMME</b>	<b>77</b>
<i>Schulpflicht und Berufsbildungswege</i>	77
<i>Technisches Gymnasium (HTX) und Handelsgymnasium (HHX)</i>	78
<i>Berufliche Grundausbildung (EUD) - Lehrlingswesen</i>	80
<i>Sozialintegrative Programme</i>	81
<i>Vocational Basic Training (EGU)</i>	83
<i>Individuelle Kurse (FUU)</i>	83
<i>Produktionsschulen</i>	84
<i>Verlängerte Ausbildungszeiten, verspätete Berufseintritte</i>	85
<i>Reform der Berufsausbildung 2000</i>	86
<i>Modulares Berufsschulangebot</i>	88
<i>Persönlicher Bildungsplan und individuelles Logbuch</i>	89
<i>Flexibilisierte Qualifikationsebenen</i>	89
<i>Option auf "additive" akademische Vorbildung</i>	90
<i>Literaturverzeichnis</i>	92
<b>LUXEMBURG: GEMISCHTES SYSTEM AUS BERUFLICHEN SCHULEN UND LEHRLINGSWESEN</b>	<b>93</b>
<i>Schulpflicht und nachfolgende Bildungswege</i>	93
<i>Lehrlingswesen</i>	95
<i>Schulische Berufsbildung</i>	99
<i>Kompetenzverteilung und Zuständigkeiten</i>	101
<i>Finanzierung</i>	102
<i>Veränderungen seit Mitte der 80er Jahre</i>	103
<i>Literaturverzeichnis</i>	105
<b>SCHWEIZ: BETRIEBSLEHRE IN EINEM VERÄNDERTEN UMFELD</b>	<b>107</b>
<i>Schulpflicht und Struktur des Bildungswesens</i>	107

<i>Übergang nach Absolvierung der Schulpflicht</i>	108
<i>Die Betriebslehre</i>	109
<i>Duales und triales System</i>	110
<i>Lehrantrittsalter</i>	110
<i>Berufsmaturität</i>	111
<i>2 Prozent machen eine Anlehre</i>	112
<i>Die Vorlehre</i>	112
<i>Finanzierung der Berufsbildung – Reaktionen auf die Lehrstellenlücke</i>	113
<i>Berufliche Vollzeitschulen (Fachschulen)</i>	115
<i>Allgemeinbildende Bildungsgänge</i>	116
<i>Höhere Berufsbildung auf Tertiärstufe</i>	116
<i>Kompetenzverteilung und Zuständigkeiten</i>	118
<i>Aktuelle Entwicklungen der beruflichen Ausbildung</i>	119
<i>Literaturverzeichnis</i>	122
<b><i>LIECHTENSTEIN: AUSBILDUNGSPARTNERSCHAFT MIT DER SCHWEIZ</i></b>	<b>125</b>
<i>Allgemeines</i>	125
<i>Berufsbildung</i>	126
<i>Literaturverzeichnis</i>	128
<b><i>DEUTSCHLAND: NEUE LEHRBERUFE, LERNORTDIVERSIFIKATION UND MODERNISIERUNGSDISKUSSION</i></b>	<b>129</b>
<i>Schulpflicht und Bildungssystem</i>	129
<i>Vom dualen zum „pluralen“ System?</i>	130
<i>Ausbildungsstellenlücke als prioritäres Thema</i>	134
<i>Schulische Berufsbildung</i>	136
<i>Topoi der Modernisierungsdiskussion</i>	139
<i>Berufsprinzip in der Diskussion</i>	140
<i>Zusatzqualifikationen und Weiterbildung</i>	143



<i>„Lernende Regionen“, Ausbildungsfinanzierung</i>	144
<i>Gleichwertigkeitsproblem beruflicher und allgemeiner Bildung</i>	146
<i>Differenzierung der Lernwege</i>	147
<i>Orientierungs- und Fördermaßnahmen</i>	148
<i>Innovationen für die Berufsschule</i>	149
<i>Literaturverzeichnis</i>	151
<b>WAS LEISTET MODULARISIERUNG ZUR FLEXIBILISIERUNG VON LEHRBERUFEN?</b>	<b>153</b>
<i>Internationale Beispiele und Diskussionen</i>	155
<i>„Teilqualifizierung“ und modulare Berufsschule in Dänemark</i>	155
<i>Das Niederländische Modell der Ausbildungsstufen</i>	156
<i>InformatikerIn mit modularer Struktur in der Schweiz</i>	160
<i>Neue Strukturmodelle in Deutschland</i>	162
<i>Das Satellitenmodell der deutschen Wirtschaft</i>	166
<i>Förderung von europäischer Mobilität – EUROPASS</i>	168
<i>Ansatzweise Modularisierung in Österreich</i>	168
<b>Zusammenfassung</b>	<b>173</b>
<b>Summary</b>	<b>179</b>
<b>Information über die Autoren</b>	<b>185</b>

## **MODERNISIERUNG DUALER BERUFSBILDUNGSSYSTEME**

Modernisierungsbedarf der beruflichen Erstausbildung entsteht durch veränderten Qualifikationsbedarf, der seinerseits auf wirtschaftliche, aber auch soziale Veränderungen zurückgehen kann. Wir haben es also mit einem mehrfach bedingten Veränderungsdruck zu tun. Ausbildungssysteme können auf längere Sicht nicht am Bedarf vorbei produzieren. Veränderte Bildungsambitionen erzwingen langfristig veränderte Bildungsstrukturen.

Der Strukturwandel der Wirtschaft hin zur technologisch fundierten Industrie- und Dienstleistungswirtschaft veränderte den Ausbildungsbedarf in sektoraler und beruflicher Hinsicht weitreichend. In Produktions- und Handwerksberufen hat sich der Dienstleistungsanteil in den auszuübenden Tätigkeiten erhöht, im Handel sind neue Qualifikationen in Richtung des Fachberaters gefordert. Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel geht der Wegfall von gering qualifizierten Jobs im primären und sekundären Sektor einher. Die Integration von Jugendlichen ohne Ausbildung in die Berufswelt über gering qualifizierte Beschäftigungen wird damit immer schwerer.

Das Lehrlingswesen gerät dabei unter Erwartungsdruck einer Öffentlichkeit, die faktisch die Vollintegration in Erstausbildung für alle Jugendlichen, die keine schulische Bildung machen können oder wollen, über duale Ausbildungsgänge fordert. Berufliche Integration ohne Ausbildung wird dabei einerseits gewissermaßen zur gesellschaftlichen Normabweichung, andererseits strukturell bedingt am Arbeitsmarkt immer schwieriger. Gleichzeitig nimmt die Zahl der angebotenen Lehrstellen ab, die Mindestanforderungen für eine reguläre Erstausbildung in Lehre oder Fachschule steigen tendenziell in Relation zum Bewerberzustrom an.

Damit sind wesentliche Aspekte von Modernisierungsbedarf angesprochen. Gesellschaftliche Modernisierung hat generell nicht nur techno-ökonomische,

sondern ebenso soziokulturelle Ursachen und Dimensionen.<sup>3</sup> Diese „challenges“ erfordern und erforderten in allen hochentwickelten Ländern strukturelle „responses“ in den beruflichen Erstausbildungssystemen. Systemwandel wird aber oft erst deutlich, wenn man sich den Phänomenen in einer langfristigen Perspektive nähert, kurzfristig manifestieren sich vor allem die unbewältigten Probleme und mögliche, aber oft noch kontroverse Antworten.

Die vorliegende – mit Förderung des JUBILÄUMSFONDS DER ÖSTERREICHISCHEN NATIONALBANK erstellte – Studie bezieht sich auf die österreichische Entwicklung und internationale Erfahrungen. Einbezogen wurden Länder, die ebenfalls eine Tradition *in der dualen beruflichen Bildung* haben, und zwar: die Schweiz, Deutschland, Dänemark, die Niederlande, Luxemburg und Liechtenstein.

Die Einbeziehung der Erfahrungen und Modernisierungsansätze anderer Länder mit dualen Berufsbildungssystemen soll die Perspektive der Untersuchung der österreichischen Entwicklung und aktueller Probleme ausweiten. Dabei geht es nicht um Forderungen nach einfacher, direkter Übertragung ausländischer Modelle, sondern um die Erkenntnis von ähnlichen Problemlagen und möglichen Problemlösungsbeispielen und -richtungen. Berufliche Bildung ist Teil kultureller Systeme und damit nur im jeweiligen Kontext verständlich und umsetzbar. Die Länder, welche Lehrlingsausbildungssysteme erhalten haben, weisen aber ähnliche Probleme auf, wodurch in vergleichender Perspektive auch umsetzungsrelevante Beispiele und Einsichten erarbeitet werden können.

Österreich ist in Europa nach wie vor eines der Länder mit relativ starker Lehrlingsquote (3,4 Prozent), allerdings ist die Lehrlingsquote in Deutschland und in der Schweiz mit 5 Prozent deutlich höher. Die berufsbildenden mittleren und höhern Schulen (BMS und BHS) in Österreich haben einen viel stärkeren Stellenwert als in Deutschland und in der Schweiz. Für Dänemark ist es nur mit

---

<sup>3</sup> Talcott Parsons: Das System moderner Gesellschaft, Weinheim und München, 4. Auflage, 1996 (zuerst: München, 1972).

Vorbehalten möglich, eine trennscharfe Lehrlingsquote auszurechnen, da die Jugendlichen den Ausbildungsvertrag über die Berufsschule vermittelt bekommen und z.B. Mitte der 90er Jahre 13 Prozent der Lehrlinge keinen Lehrvertrag zu Beginn der Ausbildung hatten. Auch die Dänen haben eine breit ausgebaut schulische Berufsbildung, diese ist aber stärker mit der dualen Ausbildung als in Österreich verbunden. Unterhalb der österreichischen Quote liegt die Lehrlingsquote in den Niederlanden, die nicht nur starke schulische Berufsbildung eingerichtet haben, sondern auch ein vertikal und horizontal gestuftes Abschlusssystem, das jeweils über die Lehrlingsausbildung und die schulische Berufsbildung erreichbar ist.

TABELLE E-1:

**Gesamtbeschäftigung, Lehrlinge und Lehrlingsquote in %**

Land	Gesamtbeschäftigung 1998	Lehrlinge bzw. Berufsschüler	Quote
Dänemark*	2.780.000	148.900	5,4
Schweiz**	3.848.000	191.774	5,0
Deutschland	33.970.000	1.657.800	5,0
Liechtenstein	22.800	977	4,3
Österreich	3.737.000	125.499	3,4
Niederlande	7.230.000	123.000	1,7
Luxemburg***	236.000	570	0,2
Zusammen	51.823.800	2.248.520	4,3

\* Berufsschüler mit Lehrvertrag (Schätzung)

\*\* Zahlen für 1997/98 ohne Vorlehre (n=359)

\*\*\* Lehrlingszahl 1995/96

Quelle: EU-Kommission; BFS; WKÖ; Statistik Österreich; Amt für Volkswirtschaft (FL), Schulaamt (FL); BMBF; Statistics Netherlands; Denmark Statistics; eigene Berechnungen

Wenn man auf die Erfahrungen anderer Länder mit dualen Ausbildungssystemen blickt, ist eine Vergegenwärtigung der Ausbildungsstrukturen, ins-

besondere des quantitativen Stellenwerts dualer und vollzeitschulischer Berufsbildung, unverzichtbar, um nicht weitreichende Missverständnisse aufkommen zu lassen.

In den Ländern mit dualer Ausbildung ist der Anteil der Jugendlichen, die eine berufliche Bildung auf der Sekundarstufe II durchlaufen, mit Abstand höher als im Durchschnitt der OECD-Länder. Zwischen 50 und 70 Prozent der Jugendlichen waren in den betroffenen Ländern (siehe nachfolgende Tabelle) 1998 in einer beruflichen Ausbildung auf der Sekundarstufe II, im OECD-Ländermittel waren es 45 Prozent. In Ländern mit geringem Berufsbildungsanteil auf der Sekundarstufe II beginnt die Berufsausbildung erst nach Abschluss der Sekundarstufe II, „obwohl diese post-sekundären Bildungsgänge inhaltlich vom Niveau her oft dem ähneln, was in anderen Ländern im Sekundarbereich II angeboten wird.“<sup>4</sup>

Ein weiterer Differenzierungsschritt ist der Anteil dualer Ausbildungen an der beruflichen Bildung. Am höchsten ist der duale Ausbildungsanteil auf der Sekundarstufe II in der Schweiz, wo 58 Prozent der Jugendlichen in Ausbildung auf die Berufslehre entfallen. Deutschland weist einen Anteil von rund 50 Prozent der Jugendlichen auf, die auf der Sekundarstufe II in Ausbildung sind. Österreich kommt auf 35 Prozent, die Niederlande und Luxemburg haben geringere Anteile an Jugendlichen in dualer Ausbildung.

Der hohe dänische Anteil von 51 Prozent ist insofern zu relativieren, als das Durchschnittsalter der Lehrlinge/Berufsschüler 1997 knapp 22 Jahre war, wodurch nur mehr formal von oberer Sekundarstufenbildung geredet werden kann. Dies hat mit der Verbreitung verlängerter Bildungsphasen und verzögernden Bildungsverhaltens mit Mehrfachanfängen und der Absolvierung mehr als einer Sekundarstufenbildung zu tun. Wenn man nur den Übergang nach der Pflicht-

---

<sup>4</sup> OECD: Bildung auf einen Blick, OECD Indikatoren, Paris, 2000, S. 154.

schule im Auge hat, so strömen 41 Prozent in eine duale Berufsbildung.<sup>5</sup>

Neben dem dualen Berufsbildungsweg gibt es in allen Ländern mit dualer Ausbildung auch schulische Berufsbildung und zum Teil auch sogenannte „doppelqualifizierende“ Bildungsgänge (beruflicher Bildung und Hochschulreife). In Deutschland und der Schweiz bedeutet „berufliche Bildung“ fast durchgängig oder zumeist duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen. In den Niederlanden sind schulische Berufsbildungsgänge mit Betriebspraktika quantitativ wichtig, in Luxemburg ist die Lehre vor allem in Handwerk und Einzelhandel verbreitet, schulische Bildung dominiert ansonsten. In Dänemark schließt der Besuch einer kaufmännischen oder technischen Schule den späteren Eintritt in eine Lehrlingsbildung keineswegs aus.

In Österreich gibt es einen häufigen Transfer nach dem ersten Jahr einer berufsbildenden Vollzeitschule sowie der 5. Klasse der AHS in eine duale Ausbildung, der Anteil der Absolventen höherer Schulen ist sehr gering (1998/99 betrug er 0,5 Prozent der Lehranfänger).<sup>6</sup> Obgleich auch in Österreich das Alter der Lehranfänger durch vorherigen Schulbesuch oder Mehrfachanfänge leicht steigt, dürften über 90 Prozent der Lehranfänger etwa 15/16 Jahre alt sein. Damit unterscheidet sich Österreich von den übrigen Ländern mit dualen Berufsbildungssystemen, besonders Dänemark, den Niederlanden und auch Deutschland, das einen hohen Anteil von Absolventen der mittleren Reife und mit Abitur ins duale System führt.

Der Anteil von 35 Prozent Lehrlingen an den Jugendlichen in der Sekundarstufe II für Österreich ist etwas zu gering veranschlagt, wenn man nur einzelne Jahrgänge der Betrachtung zugrunde legt. In der Berechnung der OECD ist mit der Kategorie „berufsvorbereitend“ eine Alternativkategorie angegeben, deren

---

<sup>5</sup> Siehe: OECD, Thematic Review of the Transition from Initial Education to Working Life, Country Note Denmark, March 1999, S. 13, 25.

<sup>6</sup> Siehe dazu: Arthur Schneeberger: Die Vorbildung der Berufsschüler und die Übergangsproblematik nach der Pflichtschule, in: Mitteilungen des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft, 9/2000, S. 3ff.

Absolventen tatsächlich größtenteils in berufliche Bildung übergehen. Für Österreich sind dabei vor allem die Polytechnische Schule und einjährige Fachschulen (Haushalt, Landwirtschaft) betroffen. Von der Verteilung der Schülerströme her gesehen ist eine 1:1-Relation dualer Ausbildung zu schulischer Berufsbildung (BMHS) in Österreich aber tatsächlich erreicht (siehe Tabelle Ö-1).

Im Vergleich der erreichten Abschlüsse ist die duale Ausbildung aber nach wie vor quantitativ wesentlich stärker. Hierfür sind Wechsel der Berufsbildungsrouten und unterschiedliche Erfolgsquoten verantwortlich. In Österreich halten sich – wenn man nur auf die Schülerzahlen blickt – duale und schulische Berufsbildung etwa die Waage. Im Hinblick auf die Arbeitsmarktwirksamkeit ist aber die duale Ausbildung mit Abstand quantitativ wichtiger als die schulische Berufsbildung, da vor allem die berufsbildende höhere Schule (BHS) für etwa die Hälfte ihrer Absolventen die Funktion der Hochschulstudienvorbereitung hat. Die „doppelqualifizierende“ Funktion der BHS erklärt auch den singulär starken Stellenwert beruflich orientierter Bildung auf der Sekundarstufe II in der OECD-Statistik für Österreich.

Würde man zwischen Bildungsgängen mit oder ohne Hochschulstudienberechtigung differenzieren, so ergäbe sich kein so großer Unterschied zu Deutschland und zu den Niederlanden. Das gleiche ist zu den Ergebnissen in der Tabelle über die Absolventen auf Sekundarstufe II zu sagen (siehe Tabelle E-3).

TABELLE E-2:

**Bildungsbeteiligung in der Sekundarstufe II nach Art  
des Ausbildungsganges, 1998, in %**

Land	Allgemein- bildend	Berufsvor- bereitend	Berufs- bildend	<i>Davon: duale Ausbildung</i>
Österreich	22,5	7,5	70,0	34,9
Luxemburg	32,0	a	68,0	14,9
Niederlande	34,0	a	66,0	19,7
Schweiz	34,3	a	65,7	57,9
Deutschland	35,4	a	64,6	49,1
Dänemark*	48,2	a	51,8	51,3
<i>Vergleichsländer</i>				
Vereinigtes Königreich	50,7	2,2	47,1	a
Frankreich	43,6	n	56,4	11,2
Japan	73,2	0,7	26,1	a
Italien	35,2	1,2	63,6	x
OECD-Ländermittel	51,4	4,0	44,6	15,1

a = Kategorie nicht zutreffend

n = Größenordnung vernachlässigbar

x = Daten in anderer Kategorie enthalten

\* Der Anteil an dualer Ausbildung auf der Sekundarstufe II wird aufgrund mangelnder Differenzierung nach Alter überschätzt (die Lehrlingsquote im Übergang nach der Pflichtschule belief sich 1996 auf 41 Prozent).

Quelle: OECD 2000



TABELLE E-3:

**Verhältnis „Absolventen zu Gesamtbevölkerung im typischen Abschlussalter“ des Sekundarbereichs II (x 100) nach Art des Ausbildungsganges\*, 1998**

Land	Allgemein- bildende Abschlüsse	Berufsvorbereitende / berufsbildende Abschlüsse	Berufliche zu allgemein- bildenden Abschlüssen
Österreich	17	80	4,7
Deutschland	34	60	1,8
Niederlande	37	56	1,8
Luxemburg	22	40	1,8
Schweiz	m	m	-
Dänemark	m	m	-
<i>Vergleichsländer</i>			
Frankreich	35	68	1,9
Italien	26	62	2,4
Japan	70	26	0,4
Vereinigtes Königreich	m	m	-
OECD-Ländermittel	42	47	1,1

m = keine Daten verfügbar

\* Werte können nicht addiert werden, da Doppelzählungen nicht auszuschließen sind.

Quelle: OECD 2000

In den Ländern, die duale Ausbildungen anbieten, finden wir vor allem folgende Probleme oder Veränderungen in den letzten etwa 10 Jahren:

- Einen sich hartnäckig haltenden Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen (Lehrstellen, Praktika etc.) und verschiedene Versuche, das betriebliche Ausbildungsplatzangebot zu erweitern oder hierfür Ersatz zu

schaffen. Damit verbunden sich wachsende Eingliederungsprobleme benachteiligter Jugendlicher in Ausbildungsgänge, die der Schulpflicht folgen. Eingeführt oder debattiert werden in allen Ländern besondere Hilfen sozial- und berufspädagogischer Art bzw. spezielle Einstiegswege oder Teilqualifizierungen (vertikale Strukturierung der Ausbildung) für diese Jugendlichen.

- Fragen der Anpassung von Ausbildungsgängen an die Informatisierung der Arbeitswelt und den beruflichen Strukturwandel bis hin zur Schaffung neuer Lehrberufe und der Flexibilisierung bestehender Ausbildungen, z.B. im Sinne „modularisierter“ Lehrberufe und Bildungsgänge (horizontale Ergänzung und Re-Strukturierung der Ausbildung) sind in allen Ländern zentrale Themen der Berufsbildung. Im anschließenden Kapitel wird die Relevanz des Modularisierungskonzeptes in der österreichischen Entwicklung der Lehrlingsausbildung vor dem Hintergrund internationaler Beispiele untersucht und diskutiert.
  
- Förderung oder Erleichterung der Durchlässigkeit vom Lehrlingswesen in formal höhere Bildungsgänge als Mittel der Attraktivierung der beruflichen Bildung ist ebenfalls ein gemeinsames Thema. „Parity of esteem“ von beruflicher und allgemeiner Bildung ist die europäische Formel, welche diesen Neuerungen voransteht. In einigen Ländern, so auch in Österreich, haben „doppelqualifizierende“ Bildungsgänge einen beträchtlichen Zustrom in den letzten Jahrzehnten genommen. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Systeme stellt sich die Frage der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung jedoch jeweils spezifisch.

## Lehrstellenmangel und Reaktionen auf diesen

Eine abgeschlossene Ausbildung auf der Sekundarstufe II wurde gesellschaftlich in den meisten hochentwickelten Ländern zur Norm, ohne dass gleichzeitig die Akzeptanz von abgestuften Ausbildungen in gleichem Maße gegeben wäre. Im Vergleich zu den 80er Jahren ist international der Anteil der Jugendlichen, die im Alter von etwa 14 bis 17 Jahren mehrjährige Ausbildungen durchlaufen, signifikant angestiegen. Viele Länder haben Bildungsteilnahmen in dieser Altersgruppe von 95 bis 100 Prozent der Jugendlichen.<sup>7</sup> Das bedeutet aber noch nicht unbedingt abgeschlossene Ausbildungen, obgleich der Ausbildungsteilnahme als solcher ein sozialintegrativer und vermutlich auch qualifizierender Wert zugemessen werden kann.

Die Ausbildungsergebnisse der oberen Sekundarstufe sind – mit der Ausnahme der Niederlande – in den Ländern mit dualen Ausbildungssystemen günstiger als in Vergleichsländern ohne diese Möglichkeit der Arbeitsmarktintegration (Tabelle E-4). Möglicherweise ist deshalb in den Niederlanden die Akzeptanz vertikaler Differenzierung von Ausbildung höher als in Deutschland oder Österreich; die Schweiz hat seit längerem die Möglichkeit der Anlehre für leistungsschwächere Jugendliche vorgesehen.

Mangel an Lehrstellen, wie er seit Mitte der 90er Jahre in Österreich zum Problem wurde, ist aber in allen Ländern mit hohem Lehrlingsanteil zu einem prioritären Problem geworden. In Deutschland, der Schweiz, Dänemark und den Niederlanden gab es ebenfalls eine größere Nachfrage nach Lehrstellen als angeboten wurden.<sup>8</sup> Appelle an die Unternehmen, mehr Lehrlinge auszubilden, reichen in dieser Situation nirgends aus, um die Lehrstellennachfrage zur

---

<sup>7</sup> OECD: Bildungspolitische Analyse 1998, Paris 1998, S. 87.

<sup>8</sup> Helmut Pütz: Ergebnisse der Befragung der teilnehmenden Länder und Einführung in die Workshops. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend. Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen. Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz. 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn, April 1999, S. 9.

Gänze zu befriedigen.

Zur Erhaltung bzw. Erweiterung des Ausbildungsangebotes der Wirtschaft sind finanzielle, rechtliche und strukturelle Maßnahmen in den Ländern mit dualen Ausbildungssystemen zu beobachten.

Ein wesentlicher Ansatzpunkt hierbei ist die Senkung der Ausbildungskosten. Hierzu zählen Steuererleichterungen, die in den Niederlanden und in Österreich als Anreize eingesetzt wurden. Überbetriebliche Einführungskurse sind in der Schweiz eingerichtet worden. In Dänemark ist 1991 ein Ausbildungsfonds auf gesetzlicher Ebene eingeführt worden: der AER-Fonds<sup>9</sup>. Für eine globale Fondsfinanzierung gibt es in der Schweiz, in Deutschland und in Österreich keinen hinreichenden Konsens der Sozialparteien, auch wenn es in bestimmten Sektoren und Regionen überbetriebliche Finanzierung gibt.<sup>10</sup>

Die Fondsmittel werden in Dänemark zur *Refundierung der Personalkosten an die Unternehmen für die Zeit des Berufsschulbesuchs der Lehrlinge* verwendet. In Dänemark entfällt rund die Hälfte der Jugendlichen, die in einem Bildungsgang nach der Pflichtschule sind, auf die duale Ausbildung in Lehrbetrieb und Berufsschule. Der betriebliche Ausbildungsanteil ist damit im internationalen Vergleich sehr hoch. Wie schwierig es ist, ein der Nachfrage der Jugendlichen entsprechendes Lehrstellenangebot bereitzustellen, erhellt sich daraus, dass in Dänemark – trotz Fondslösung – dieses Ziel nicht erreicht wird. Um jene Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, zu versorgen, wurde die Möglichkeit eingeführt, auch den praktischen Teil in der Berufsschule oder einer Ausbildungseinrichtung zu machen. Diese Schulpraktika beruhen auf gesetzlichen Grundlagen der Reform von 1991 und einer Verordnung von 1996. 1995/96 hatten 13 Prozent der Berufsschüler zu Aus-

---

<sup>9</sup> AER-Fonds = Arbejdsgiver-Elev-Refusion / Arbeitgeber-Lehrlings-Erstattung

<sup>10</sup> In Österreich gibt es überbetriebliche Finanzierungsfonds für die Lehrbauhöfe und in der Ausbildung der Vorarlberger Elektro- und Metallindustrie.

bildungsbeginn keinen betrieblichen Lehrvertrag.<sup>11</sup>

Für jene Länder, in denen der Ausbildungsfonds kontrovers diskutiert wurde oder wird, ist damit ein Lehrbeispiel gegeben. Der Fonds mag seine Meriten haben, ein die Nachfrage völlig deckendes Ausbildungsplatzangebot vermag er nicht zu gewährleisten.

Maßnahmen, welche die personalwirtschaftliche Nutzenerwartung der Betriebe erhöhen sollen, wurden überall gesetzt. Hierzu zählen neue Ausbildungsberufe und Differenzierung von Ausbildungsgängen nach dem Leistungsvermögen der Bewerber. Die Frage der Differenzierung von beruflichen Ausbildungsabschlüssen innerhalb des dualen Systems – nicht zwischen Schule und Lehre – ist vermutlich eines der kontroversesten Themen der Modernisierung des beruflichen Erstausbildungssystems.

Auch der Abbau von „Überreglementierungen“ gehört zu den Maßnahmen, die Lehrstellen schaffen sollen.

Für Jugendliche mit Schwierigkeiten in der regulären Berufsausbildung sind in Dänemark Teilqualifizierungen und individuelle Programme vorgesehen, die weit in Sozialarbeit hineinreichen. Mit den „Produktionsschulen“ in Dänemark wurde ein Programm vorberuflicher Jugendfürsorge eingerichtet, das soziale Integration und Ausbildungsmotivation durch das Erleben produktiver Kooperation fördern soll. Die Dänen haben ein breites Spektrum von Re-Integrationsangeboten und „Auffangmaßnahmen“ entwickelt.

In Deutschland, der Schweiz und Österreich ist das Bildungssystem nach wie vor stärker oder primär am Berufskonzept und an einem formal einheitlichen Niveau der dualen Ausbildung orientiert. Vertikale Differenzierung der dualen Ausbildung, wie sie in den Niederlanden institutionalisiert ist, stößt vielfach auf geringes Verständnis und nicht ausreichende Akzeptanz. In Österreich kann dies am Beispiel der „Vorlehre“ belegt werden. „Auffangnetze“ sind in Öster-

---

<sup>11</sup> European Commission: Young People's Training, Luxemborg, 2000, S. 91.

reich im Hinblick auf ihre Ausbildungs- und berufliche Integrationsleistung erst in der Phase der Evaluation.

TABELLE E-4:

**Anteil der 20- bis 34jährigen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II an der altersgleichen Wohnbevölkerung, 1998, in %**

Land	Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Ausbildung
Deutschland	12
Schweiz	12
Dänemark	15
Österreich	17
Niederlande	26
<i>Vergleichsländer</i>	
Frankreich	25
Vereinigtes Königreich	37
Italien	45

Quelle: OECD; Statistik Österreich; eigene Berechnungen

Die Arbeitsmarktintegration gelingt in den Ländern mit dualen Berufsbildungssystemen nachweislich besser als in Ländern mit vorwiegend schulischer Berufsbildung (siehe Tabelle E-5). Hieraus resultiert das starke politische Interesse an einem ausreichenden Lehrstellenangebot. Dies gilt für alle Länder mit quantitativ starken Lehrlingsanteilen.

Auch wenn man nicht die Arbeitslosenquoten der unter 25jährigen zugrundelegt, sondern das Verhältnis „Arbeitslose zur Bevölkerung“ im Alter von 15 bis 24 Jahren, so zeigt sich für die Länder mit dualen Berufsbildungssystemen eine relativ erfolgreiche Integration über Ausbildung. Am günstigsten ist dieses Verhältnis in Österreich und Deutschland.

TABELLE E-5:

**Arbeitsmarktintegration der Jugendlichen im europäischen  
und globalen Vergleich**

Länder	1995		Ende Juni 2000	
	Arbeitslosen- quote der 15- bis 24jährigen	Verhältnis Arbeitslose zu Bevölkerung, 15- bis 24jäh- rige in %	Arbeitslosen- quote: Labour force unter 25 Jahren	Arbeitslosen- quote: Labour force 25 Jahre und älter
Österreich	6	3	3,3	4,3
Deutschland	9	5	8,4	9,3
Dänemark	10	7	4,8	8,2
Niederlande	12	7	2,6	4,5
Portugal	17	7	4,4	9,0
Belgien	24	9	8,4	23,2
Luxemburg	*	*	2,2	6,0
Irland	20	9	4,5	6,1
Schweden	19	9	6,0	12,6
Frankreich	27	10	9,6	20,2
Griechenland	28	10	-	-
Vereinigtes Königreich***	16	10	5,5	12,1
Italien**	33	13	10,7	30,8
Spanien	43	18	6,0	12,6
Finnland	38	20	9,6	20,9
EU-Länder	22	10	8,4	16,2
USA	-	-	4,0	9,3
Japan			4,7	9,2

\* Für Luxemburg keine Daten aufgrund der zu geringen Stichprobengröße verfügbar

\*\* 4/2000

\*\*\* 5/2000

Quelle: OECD; Eurostat

## Flexibilisierung der beruflichen Erstausbildung

In den *strukturbewahrenden* Ländern (Helmut Pütz)<sup>12</sup> mit dualen Systemen, wie *Österreich, Deutschland und der Schweiz*, wurden und werden unter Beibehaltung oder gradueller Modifizierung des Berufsprinzips die dualen Ausbildungsgänge vor allem inhaltlich modernisiert. Neue Ausbildungsinhalte, neue Lehrberufe und Anschlüsse für die Weiterbildung standen dabei vor allem im Mittelpunkt. Das klassische Berufsprinzip und die Konzeption einer Ausbildung auf Vorrat, die ein Erwerbsleben lang vorhalten soll, sind „modernisierungsbedürftig“: Berufe wandeln und überschneiden sich inhaltlich, erfordern Zusatzkenntnisse in Informationstechnik und – bis in die Produktionsberufe hineinreichend – zunehmend Schlüsselqualifikationen überfachlicher Art.

Auch wenn häufig von „Modularisierung“ die Rede ist, so ist in den zuvor genannten Ländern nirgends von einer „Vollmodularisierung“ im Sinne einer Aufgabe des Berufsprinzips zugunsten beliebig kombinierbarer Ausbildungsbausteine die Rede. Innerhalb von Berufen werden Schwerpunkte, Fachrichtungen und Zusatzqualifikationen eingerichtet, die breite und flexible Ausbildung und spätere Weiterbildung ermöglichen sollen. Von deutschen Berufsbildungsforschern werden die Ausbildungsstrukturmodelle der neuen Lehrberufe in den Informatikberufen oder der Versicherungswirtschaft als „Vorreiter“ einer neuen Gesamtqualität von dualer Ausbildung interpretiert. Die deutsche Wirtschaft setzt auf Flexibilisierung durch die Öffnung von Spielräumen für Branchen und Betriebe im Sinne von Pflichtwahlfächern und Wahlfächern.<sup>13</sup> Die Verbindung von Aus- und Weiterbildung soll hierbei zunehmend zum Anliegen betrieblicher Bildung werden.

In den Ländern mit *systemverändernden* Reformen sind weitergehende Modernisierungsschritte gesetzt worden. So kann in den *Niederlanden* jeder berufliche Ausbildungsabschluss im Rahmen eines vertikal strukturierten Quali-

---

<sup>12</sup> Helmut Pütz: Ergebnisse der Befragung ..., 1999, a.a.O., S. 10.

<sup>13</sup> Diese Ansätze werden in den Länderübersichten näher dargestellt.



fikationssysteme sowohl über eine duale Ausbildung als auch durch eine vollzeitschulische Ausbildung mit Betriebspraktikum erreicht werden. Die regionalen Bildungsträger und Sozialparteien wurden durch Dezentralisierung der Entscheidungskompetenzen in ihrer Verantwortung für das Ausbildungsangebot aufgewertet. Das Verbindende ist die vertikale und horizontale Abschlussstruktur der Qualifikationsbereiche und -stufen. Nicht die Bildungswege, sondern die erreichten Kompetenzen sind entscheidend. Das Niederländische Berufsbildungssystem hat eine weitgehende Verbindung von Aus- und Weiterbildung vorgesehen und weist von allen Ländern mit dualen Ausbildungsanteilen die stärksten Anteile der angelsächsischen Modularisierungs- und Zertifizierungsstrategie auf. Der Lehrlingsanteil an den Jugendlichen in der Sekundarstufe II des Bildungssystems ist mit 20 Prozent deutlich niedriger als in anderen Vergleichsländern mit Ausnahme Luxemburgs.

Mit der *dänischen Reform 2000* ist eine Kanalisierung der Bildungsströme in breite Berufsfelder in Form einer Eingangsphase vorgesehen. Im weiteren differenziert sich die Ausbildung in Berufe. Die zukünftige Ausbildung in Dänemark soll in breiten Beschäftigungsfeldern organisiert sein, die insgesamt 85 Berufe umfassen sollen.

Der Differenzierungsgrad der Ausbildungsgänge würde in Zukunft damit weit unter jener der Berufe im deutschen dualen System (ca. 350 Ausbildungsordnungen) oder der österreichischen Lehrlingsausbildung (ca. 250 Lehrberufe) bleiben. Die Berufsschulen sollen dabei durch eine modulare Angebotsmatrix für zusätzliche Flexibilität sorgen.

Vor der Reform 2000 hat es in Dänemark rund 200 selbständige Berufsbilder (Gesellenprüfungen etc.) gegeben, diese sollen durch die Reform stärker in ein zusammenhängendes und überschaubares System integriert werden. Um die Wahl des angestrebten Berufes zu erleichtern, werden die etwa 90 Be-

rufsbildungsgänge in Dänemark auf *sieben Beschäftigungsfelder*<sup>14</sup> zusammengefasst, um damit breitere Eintrittsportale in das Berufsbildungswesen einzurichten. Von jeder dieser Grundausbildungen, die in „Basiskursen“ absolviert werden, öffnen sich die Türen zu graduellen beruflichen Spezialisierungen, die in einem „Hauptkurs“ erlernt werden.

Mehr Flexibilität soll damit einerseits durch vermehrte Wahlmöglichkeiten in der Dauer und der Zusammensetzung der Bildungsgänge und durch die Ermöglichung der Kombination von Berufs- und Studienfähigkeit (bis zum Erwerb der Doppelqualifikation) erreicht werden. Eine bedeutende Rolle dürfte dabei dem Berufsschulsektor zukommen, der eine Palette wählbarer Module anbieten soll, wobei der Personalkostenersatz für die Betriebe durch den Fonds zu beachten ist. Auf die mit einem Abschlusszeugnis zertifizierte Grundausbildung folgt die berufliche Spezialisierung in der Hauptausbildung, die den Auszubildenden mindestens auf das vor der Reform gegebene berufsfachliche Niveau bringen soll. Die volle Hauptausbildung dauert normalerweise 3,5 Jahre, beginnend mit einem betrieblichen Praktikum und alternierenden Abschnitten in Schule und Betrieb (Sandwich-System).

Im internationalen Vergleich stellt dies eine Verstärkung von Ansätzen dar, wie sie in den 90er Jahren in Schweden und Norwegen eingeschlagen wurden. Man hat Anleihen an Ansätzen mit 11 bis 14 Beschäftigungsfeldern bzw. Berufsklustern genommen. Auch der Einfluss des finnischen Systems der modularisierten Ausbildungskurse ist unverkennbar.<sup>15</sup> Generell zu bedenken ist, dass

---

<sup>14</sup> Diese lauten: „Technologie und Kommunikation“, „Bau- und Anlagengewerbe“, „Handwerk und Technik“, „Lebensmittel, Gastronomie, Hotel- und Gastgewerbe“, „Maschinenbau, Transport und Logistik“, „Dienstleistung“ und „Wirtschaft-Handel, Bürowirtschaft und Bankwesen“

<sup>15</sup> Sh. Internet-Publikation des CEDEFOP unter [http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/overview/eu-avr99\\_de.asp](http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/overview/eu-avr99_de.asp), 22. März 2000, S. 3. Der „finnische Weg“ definiert Module als 38 Unterrichtseinheiten verteilt auf 8 Wochen. Alle 8 Wochen muss der Jugendliche seine Wahl für die nächste Ausbildungsrunde bekanntgeben, damit die Schuladministration die Allokation von Personal und Unterrichtsräumlichkeiten sicherstellen kann. Ein Programm dauert zwischen 2 und 4 Jahren. Sh. Danish Ministry of Education, National education

es sich bei der Dänischen Reform 2000, aber auch noch bei der Niederländischen Reform von 1996 noch um Konzepte handelt, deren Umsetzung erst im nächsten Jahrzehnt evaluiert werden kann.

## **Durchlässigkeit von der beruflichen Bildung ins höhere Bildungswesen**

Mit der Ausweitung schulischer Bildungsangebote nach der Absolvierung der Schulpflicht verdünnt sich der Zustrom hochbegabter Jugendlicher in die Lehrlingsausbildung. In allen Ländern mit entsprechenden Entwicklungen ist daher die Attraktivierung der beruflichen Erstausbildung ein bildungspolitisch erstrangiges Ziel. *Gleichwertigkeit* von allgemeiner und beruflicher Bildung wird vorwiegend als Problem der Durchlässigkeit von der dualen Bildung ins höhere Bildungswesen thematisiert. Einschlägige Maßnahmen zur Erhöhung der Durchlässigkeit des Berufsbildungssystems in Richtung höhere Bildung sind im jeweiligen Bildungssystemkontext in allen Referenzländern gesetzt worden.

Da die Systemkontexte der Länder mit dualen Erstausbildungen sehr unterschiedlich sind, bedeutet auch Durchlässigkeit von Land zu Land etwas anderes. Wesentlich ist vor allem die Quote an Gymnasialabsolventen oder weitergehend, was unter dem Gymnasium verstanden wird. Hier unterscheiden sich skandinavische Bildungssysteme, zu denen auch das dänische zu zählen ist, nicht unerheblich von der Tradition der deutschsprachigen Länder mit gegliedertem Schulsystem auf Sekundarstufe.

Die Schweiz wies in den 90er Jahren mit etwa 15 Prozent am Altersjahrgang eine Maturitätsquote von nur etwa der Hälfte jener in Österreich oder Deutschland auf. Im schweizerischen Bildungssystem wurde dies durch die Höhere Berufsausbildung auf Tertiärstufe, die ohne Matura zugänglich ist, wettgemacht. Im Zuge der europäischen und internationalen Ausrichtung des

---

authority: The important and innovative features of the REFORM-2000 of the Danish VET system, January 1999, S. 9.

schweizerischen Bildungssystems wurden und werden die Höheren Fachschulen zu Fachhochschulen transformiert, wobei die Zugangsvoraussetzung die Berufsmaturität darstellt. Diese Neuerung wurde „als weitestreichende Innovation auf Berufsschulstufe“ in den 90er Jahren eingestuft.<sup>16</sup>

Die Berufsmaturität soll begabten und motivierten Lehrtöchtern und Lehrlingen während der Lehrzeit (im Umfang von zwei Schultagen pro Woche) eine erweiterte Allgemeinbildung als Voraussetzung des Studiums vermitteln. Nach Abschluss der Lehrzeit kann die Berufsmaturität vollzeitlich in einem Jahr oder berufsbegleitend in zwei Jahren erworben werden. Der Zustrom zu den einschlägigen Bildungsangeboten übersteigt die Erwartungen, wodurch eine Attraktivierung von intellektuell anspruchsvollen Lehren konstatiert wird.<sup>17</sup>

Ähnlich wie in Österreich ist auch in der Schweiz die Nachfrage nach Ausbildung im dualen System seitens Jugendlicher mit gymnasialer Maturität quantitativ nicht von Bedeutung. Der Umstand, dass über 16 Prozent der Ausbildungsanfänger im dualen System Deutschlands ein Abitur aufweisen, verändert die Bedarfslage bezüglich „doppelqualifizierender“ Bildungsgänge. Zudem waren die deutschen Fachhochschulen seit jeher für Lehrabsolventen offen; im technischen Sektor bilden Studierende mit dualer Ausbildung die Mehrheit.

In Österreich ist die Maturantenquote etwa gleich hoch wie in Deutschland, wenn man die Absolventen allgemeinbildender höherer Schulen (AHS) und berufsbildender höherer Schulen (BHS) zusammenzählt. Doppelqualifizierung in Form der BHS wird von etwas mehr als 15 Prozent der Jugendlichen erfolgreich abgeschlossen. Der Mikrozensus für 1998 weist eine Maturanten-

---

<sup>16</sup> Antworten der Delegation der Schweiz, in: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend. Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen. Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz. 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn, April 1999, S. 118.

<sup>17</sup> Antworten der Delegation aus der Schweiz, a.a.O., S. 118.

quote von insgesamt 34 Prozent aus (siehe Tabelle Ö-2).

Eine jahrelange Diskussion über den behaupteten „Sackgassencharakter“ der Lehrlingsausbildung, der tatsächlich nie zutreffend war, hat 1997 zur – von den Sozialparteien forcierten – Einführung der „Berufsreifeprüfung“ als eine zusätzliche Möglichkeit für Absolventen von Lehrlingsausbildung und Fachschulen geführt. Damit ist eine weitere Form der „additiven“ Doppelqualifizierung möglich, für welche aber bereits in der Lehrzeit Vorleistungen erbracht werden können.

Die dänische Situation ist insofern anders, als die Lehranfänger im Durchschnitt über 20 Jahre alt sind und oft schon gymnasiale Wege beschritten haben.<sup>18</sup> Darüber hinaus gibt es dreijährige technische (*HTX*) und kaufmännische (*HHX*) gymnasiale Ausbildungen. Die dänischen Kollegs zur Lehrlingsausbildung offerieren Programme doppelqualifizierender Zielsetzung neben den Ausbildungsgängen mit berufsbildender Ausrichtung.<sup>19</sup> Die relative Abschottung zwischen diesen beiden Ausbildungsrouten soll über die Reform 2000 aufgehoben werden.

Das dänische Ausbildungskonzept sieht darüber hinaus vor, dass bei einem „Schienenwechsel“ nach einem bzw. eineinhalb Jahren eine „Gutschrift“ bzw. Anrechnung der erworbenen Kenntnisse innerhalb der Startperiode in der anderen Ausbildungsspur erfolgt. Ein zweiter „Spurwechsel“ ist durch die Öffnung der allgemeinbildenden Programme für Jugendliche aus laufenden oder auch abgeschlossenen berufsbildenden Programmen, welche durch den Erwerb von Modulen oder Unterrichtseinheiten in allgemeinbildenden Fächern eine Doppelqualifizierung erhalten, möglich. Diese „akademischen Programme“

---

<sup>18</sup> Antworten der Delegation aus Dänemark, In: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend. Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen. Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz. 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn, April 1999, S. 86.

<sup>19</sup> Sh. Danish Ministry of Education, National education authority: The important and innovative features of the REFORM-2000 of the Danish VET system, January 1999, S. 5,18.

versetzen Jugendliche in den Stand, höhere Bildungsanstalten zu besuchen.

Insgesamt sollen die Verbindungen zwischen den *HHX*- und *HTX*-Programmen, der Lehre und den „Sicherheitsnetzprogrammen“ dichter geknüpft werden, um mehr Jugendliche von der „Systemperipherie“ in das zentrale Qualifizierungssystem zu bringen. Mit diesen Maßnahmen und einer verstärkt projektbasierten Pädagogik ist das Ziel einer Attraktivierung des Lehrlingswesens verbunden.

In den *Niederlanden* ist die Durchlässigkeit von der vertikal strukturierten beruflichen Bildung in die Berufsbildenden Hochschulen auf den obersten Stufen der Berufsbildung vorgesehen. Da zudem alle vier Stufen der beruflichen Qualifikation über rein schulische oder duale Ausbildung erreichbar sein sollen, stellt sich die Frage von Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung anders als in Ländern mit scharfer Trennung zwischen allgemeinbildenden oder vollzeitschulischen Bildungswegen und der Lehrlingsausbildung.

TABELLE E-A-1:

**Verteilung der Erwerbsbevölkerung  
nach formaler Bildung (25 – 64 Jahre), 1998**

Land	Elementar- und Primarbereich	Sekundarstufe I	Sekundarbereich II			Postsekundärer, nicht tertiärer Bereich	Nichtakademischer Bereich	Hochschule
			Kurz, arbeitsmarkt-orientiert-	lang, beruflich	allgemeinbildend			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Schweiz	x(2)	16	a	52	7	x(4,5)	10	15
Deutschland	1	11	a	55	1	5	10	16
Österreich	x(2)	21	a	55	6	6	5	8
Dänemark	N	17	a	49	5	x(5)	22	6
Niederlande	8	20	a	x(5)	43	x(8)	x(8)	28
<i>Vergleichsländer</i>								
Vereinigtes Königreich	x(2)	14	28	17	14	x(9)	9	17
Frankreich	15	18	30	3	10	0,2	11	12
Japan	x(2)	18	a	x(5)	50	M	11	20
Italien	15	32	3	6	27	6	x(8)	12
OECD-Ländermittel	20	18	14	24	25	5	10	16

x = Daten in der in Klammer genannten Spalte enthalten

Quelle: OECD 2000

## **ÖSTERREICH: LEHRE, FACHSCHULE, BHS UND DAS PROBLEM DER AUSBILDUNGSPLATZLÜCKE**

Österreichs Bildungswege nach der 9jährigen Schulpflicht sind durch Vielfalt gekennzeichnet: neben Lehre und Fachschule werden die doppelqualifizierende BHS und die AHS angeboten. Alle drei berufsbildenden „Schienen“ führen in der Regel direkt und unabhängig von einander zu Beschäftigungsfähigkeit. Überschneidungen gibt es unter anderem aufgrund des unterschiedlichen Anfangsalters der Bildungswege.

Während die vollzeitschulischen Ausbildungen in der 9. Schulstufe beginnen und damit im ersten Jahr die Ableistung des letzten Jahres der Schulpflicht erfüllen können, beginnt die Lehrlingsausbildung erst auf der Stufe der 10. Schulstufe. Hierdurch bedingt ist auch ein Transfer von den weiterführenden Schulen in die duale Ausbildung.

### **Trends auf der Sekundarstufe II**

Die Wege, die Jugendliche nach Absolvierung der 9jährigen allgemeinbildenden Pflichtschule in Österreich beschreiten, haben sich in den letzten Jahrzehnten weitreichend verändert. Direkter Einstieg ins Erwerbsleben ohne weiterführende Ausbildung ist immer seltener zu beobachten. Nahezu 100 Prozent eines Altersjahrgangs versuchen heute in eine Ausbildung zu gelangen. Die OECD weist eine derartige Entwicklung als internationalen Trend aus.

Für Österreich wurde dabei eine Zunahme der Bildungsteilnahme der 14- bis 17jährigen im Vergleich 1985 bis 1995 von 87 auf 95 Prozent ausgewiesen. Die skandinavischen Länder und die Niederlande kommen auf Anteile, die noch 1 bis 2 Prozentpunkte darüber liegen; die USA, Kanada und Dänemark liegen mit 93 Prozent geringfügig darunter.<sup>20</sup>

---

<sup>20</sup> OECD: Bildungspolitische Analyse 1998, Paris 1998, S. 87.



### **Input der Bildungswege nach der Schulpflicht**

Soweit statistisch erfassbar, kann man konstatieren, dass im österreichischen Durchschnitt rund 55 Prozent der Jugendlichen nach Absolvierung der Schulpflicht in eine berufsfachliche Erstausbildung (Lehre oder Fachschule) einströmen. Hierbei ist die duale Ausbildung in Lehrbetrieben und Berufsschulen mit etwa 40 Prozent der Jugendlichen nach wie vor die breiteste Route in Ausbildung und Berufsleben.

Bereits mehr als ein Viertel der Jugendlichen geht den Weg einer „Doppelqualifizierung“ in Form einer berufsbildenden höheren Schule (BHS), welche die Optionen berufliche Bildung und Universitäts- bzw. Fachhochschulzugang integriert vermittelt. Die allgemeinbildende höhere Schule (AHS) vereinigt etwa ein Fünftel der altersmäßig vergleichbaren Wohnbevölkerung auf sich.

TABELLE Ö-1:

#### **Bildungswege der Jugendlichen nach Absolvierung der Schulpflicht** *Schätzung auf der Basis von Schülerzahlen und demographischen Daten*

Jahrgang	Lehre / BPS	BMS	BHS	AHS	Nicht in Ausbildung	Theoretisch vergleichbare Bevölkerung (gerundet)	
	%	%	%	%	%	%	Absolut
1970/71	48,8	12,3	6,2	14,3	18,4	100,0	104.200
1975/76	47,3	16,3	9,1	14,8	12,5	100,0	123.100
1985/86	46,7	15,8	16,3	16,3	4,9	100,0	115.800
1990/91	47,4	13,9	20,8	16,6	1,3	100,0	96.100
1995/96	40,2	14,0	22,7	20,2	2,9	100,0	93.800
1996/97	38,6	14,0	24,4	21,1	1,9	100,0	97.100
1997/98	39,9	13,9	25,7	20,5	n.B.	100,0	98.971*
1998/99	40,6					100,0	97.200
1999/00	40,6					100,0	94.643

\* identisch mit der Zahl der Schüler der 10. Schulstufe

n.B. = nicht berechenbar

BPS = Berufsbildende Pflichtschulen, inklusive land- und forstwirtschaftlicher Bereich

Quelle: Berechnungen nach Daten des BMUKA und AMS/BIQ

Der statistische Befund, dass mehr Schüler bzw. Lehrlinge verzeichnet werden als nach der Bevölkerungsstatistik zu erwarten wären, hat mit Mehrfachanfängen und Erfassungsmängeln zu tun. Der Befund einer nahezu Vollausschöpfung des Schüler- und Lehrlingspotentials widerspricht dem von der OECD publizierten Datum, wonach 1995 94,5 Prozent der 14- bis 17jährigen in Ausbildung waren, nicht. Denn die Zahlen in obiger Tabellen beziehen sich nur auf die 10. Schulstufe, nicht auf drei Jahrgänge. Durch Ausstiege aus Schule oder Lehre ergibt sich eine Differenz. Zudem hat die letzte Volkszählung – als statistisch valideste Quelle für einschlägige Analysen – gezeigt, dass rund 5 Prozent der 15jährigen weder Schüler noch Lehrlinge waren; bei den 16jährigen beläuft sich dieser Anteil auf 10, bei den 17jährigen auf 15 Prozent.<sup>21</sup>

### ***Output der Bildungswege nach der Pflichtschule***

In der Öffentlichkeit dominiert in der Bildungsinformation der Inputaspekt der Schülerströme, weniger beachtet wird der Outputaspekt, obgleich auch dieser hochinteressante Informationen bereithält; dies einerseits im Vergleich zum Input nach Bildungsrouten, andererseits im Vergleich von Altersgruppen, durch den sich die Veränderungen zwischen den Generationen aufzeigen lassen.

Am auffälligsten ist die Reduktion des Anteils an Personen ohne Ausbildungsabschluss nach Absolvierung der Schulpflicht im Altersgruppenvergleich. Zu beachten wird dabei auch sein, dass der Anteil der ohne weiterführende Ausbildung Verbleibenden mit etwa 17 Prozent am Altersjahrgang sich bei den unter 35jährigen nicht mehr reduziert.

Bildungspolitisch sollte dies ein *Alarmsignal* im Hinblick auf vertikalen Differenzierungsbedarf und besonderen Förderungsbedarf lernschwacher oder schwieriger Jugendlicher sein. Die Erwerbspersonen ohne Ausbildung bilden die größte Problemgruppe am Arbeitsmarkt. Obgleich die Stellenandrangsziffer durchaus günstig ist, liegt die Quote der Arbeitslosigkeit weit über der jener, die eine duale Ausbildung absolviert und abgeschlossen haben. Hier sind Effekte sowohl im Sinne der bildungsökonomischen Filter- als auch der Humankapitaltheorie zu vermuten.

---

<sup>21</sup> Siehe dazu: BMWA: Berufsbildungsbericht 1997, Wien, Dezember 1997, S. 9.

TABELLE Ö-2:

**Wohnbevölkerung nach Altersgruppen und formaler Bildung, 1998**  
*Angaben in Zeilenprozenten*

Alter in Jahren	Pflicht- schule	Lehre	Berufs- bildende mittlere Schule	Allge- mein- bildende höhere Schule	Berufs- bildende höhere Schule	Hoch- schule, Universi- tät, Aka- demie	Gesamt	
	%	%	%	%	%	%	%	in 1.000
20 bis 24	16,9	39,2	9,8	17,6	14,9	1,7	100	488
25 bis 29	16,8	40,4	10,0	10,5	14,9	7,5	100	632
30 bis 34	16,5	42,5	11,9	7,3	11,8	10,0	100	721
35 bis 39	20,1	42,6	12,2	6,1	8,8	10,2	100	681
40 bis 44	24,5	40,8	12,2	5,3	7,6	9,5	100	575
45 bis 49	30,8	40,8	9,6	4,0	6,1	8,8	100	519
50 bis 54	30,5	40,8	10,7	4,1	6,7	7,3	100	478
55 bis 59	36,4	37,7	10,1	4,1	6,2	5,4	100	527
60 bis 64	48,9	31,3	8,5	3,2	4,2	3,9	100	354
Über 15j. Wohnbe- völkerung	34,8	34,9	9,8	6,3	7,8	6,4	100	6.698

Quelle: Statistik Österreich, Mikrozensus 1998; eigene Berechnungen

Ebenso auffällig ist der relativ geringe Anteil von Absolventen der BHS unter den Jungerwachsenen im Vergleich zu den Jugendlichen in der 10. Schulstufe. Die 10. Schulstufe ist nicht mehr mit der besonderen Problematik des 9. Pflichtschuljahres belastet, z.B. der „Umgehung“ der Polytechnischen Schule. Auf der Ebene der Abschlüsse ist die Lehre als Erstausbildungsweg relativ stärker als auf der Vergleichsebene der 10. Schulstufe.<sup>22</sup>

<sup>22</sup> Die 10. Schulstufe bedeutet 1. Lehrjahr oder 2. Klasse der Fachschulen und der BHS oder 6. Klasse der AHS.

TABELLE Ö-3:

**Erwerbspersonen nach Altersgruppen und formaler Bildung, 1998**

Alter in Jahren	Pflichtschule	Lehre	BMS	AHS	BHS	Hochschule, Universität, Akademie	Gesamt	
	%	%	%	%	%	%	%	in 1000
20 bis 24	15,3	52,2	12,0	5,7	13,2	1,7	100	348,9
25 bis 29	15,1	45,0	11,0	6,3	14,4	8,1	100	522,8
30 bis 34	13,5	44,2	12,1	6,9	12,3	11,0	100	612,1
35 bis 39	17,4	44,0	12,2	6,1	9,5	11,0	100	583,4
40 bis 44	21,6	42,2	12,2	5,2	8,3	10,5	100	491,5
45 bis 49	27,3	42,6	9,7	4,0	6,6	9,8	100	425,9
50 bis 54	25,6	42,8	10,7	4,8	7,4	8,8	100	363,6
55 bis 59	26,1	40,2	9,5	5,2	8,7	10,2	100	227,4
60 bis 64	37,9	26,1	11,2	5,1	5,4	14,2	100	30,6
Erwerbspersonen über 15 Jahren	22,3	42,6	11,1	5,5	9,8	8,8	100	3.824,3

Quelle: Statistik Österreich, Mikrozensus-Jahresergebnisse, Lebensunterhaltskonzept; eigene Berechnungen

Noch deutlich stärker sind die Anteile der berufsfachlichen Erstausbildungen – Lehre und Fachschule – gegenüber den höheren Bildungswegen (allgemein wie beruflich) ausgeprägt, wenn man nicht die Wohn-, sondern die Erwerbsbevölkerung vergleicht. Hier schlägt sich die differentielle unmittelbare Arbeitsmarktrelevanz der Lehrlingsausbildung, der Fachschule, der BHS und der AHS nieder. Lehre und Fachschule sind bei den 20- bis 24jährigen unter den Erwerbspersonen erwartungsgemäß noch stärker vertreten als unter der gleichaltrigen Wohnbevölkerung.

Signifikant manifestiert sich im Vergleich Wohn- zu Erwerbsbevölkerung nach Altersgruppen der Unterschied zwischen der Bildungsfunktion der AHS und der BHS, die beide Hochschulstudienberechtigung vermitteln. Im Falle der AHS schrumpft der Anteil erwartungsgemäß sehr stark, und zwar von rund 18 auf 6 Prozent der 20- bis 24jährigen. Im Falle der BHS aber nur von rund 15 auf 13 Prozent. Obgleich erfahrungsgemäß etwa die Hälfte der BHS-Absolventen an einer Hochschule immatrikuliert, ist doch eine *relativ hohe Erwerbsbeteiligung* zu konstatieren. Die Daten zur Erwerbsbevölkerung basieren auf dem Lebensunterhaltskonzept.<sup>23</sup> Einer der Gründe hierfür ist der häufige Versuch von BHS-Absolventen, Erwerbstätigkeit und Studium zu verbinden.

### **Veränderte Beschäftigungsmöglichkeiten – veränderte betriebliche Ausbildungsstrukturen**

Hinter den Veränderungen in den Bildungswegen, die auf Erwerbstätigkeit hinführen, stehen weitreichende Veränderungen der Beschäftigungsmöglichkeiten. Mit diesen Veränderungen hängen die Bildungs- und Berufswahlüberlegungen der Jugendlichen und ihrer Eltern, aber ebenso die Ausbildungs- und Rekrutierungspraktiken der Unternehmen zusammen. Struktureller Wandel hin zur technologisch und industriell fundierten Dienstleistungsgesellschaft bedingt Veränderungsbedarf in den Curricula, in den Berufsbildern, in den Hilfestellungen, die den Jugendlichen im Hinblick auf den Übergang in Erwerbstätigkeit geboten werden müssen.

Nachfolgende Tabelle zeigt den beruflichen Strukturwandel im letzten Jahrzehnt auf. Der veränderte Personalbedarf aufgrund des Strukturwandels der Berufe und der Branchen führt auf Unternehmensseite zu verändertem Ausbildungsverhalten (Tab. Ö-5). So hat die *Industrie* in der Beschäftigung aufgrund von Produktivitätszuwachsen und Standortveränderungen im Rahmen globaler Arbeitsteilung reduziert und in Ausbildung entsprechend nachgezogen (-37 Prozent Lehrlinge im Vergleich 1990 - 1996).

---

<sup>23</sup> Dieses zählt als erwerbstätig jene Personen, die zum Erhebungszeitpunkt zumindest 12 Stunden pro Woche erwerbstätig waren.

TABELLE Ö-4:

**Berufsstruktur der Erwerbspersonen im Wandel**

Berufsabteilung	1987		1997		Differenz
	Absolut	%	Absolut	%	%-Punkte
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	292.500	8,5	240.700	6,3	-2,2
Produktionsberufe	903.000	26,3	840.400	22,0	-4,3
Bauberufe	186.100	5,4	206.400	5,4	0,0
Handels- und Verkehrsberufe	518.700	15,1	581.300	15,2	0,1
Dienstleistungsberufe	364.100	10,6	462.400	12,1	1,5
Technische Berufe	124.800	3,6	189.500	5,0	1,4
Büroberufe, Verwaltungsberufe; Rechtsberufe u. Mandatare	681.500	19,9	794.800	20,8	0,9
Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe	309.500	9,0	464.000	12,2	3,2
Andere Berufsbereiche und unbekannt	49.700	1,5	34.900	0,9	-0,6
Insgesamt: Erwerbspersonen (Lebensunterhaltskonzept*)	3.430.000	99,9	3.814.400	99,9	0,0

\* zumindest 12 Stunden wöchentliche Erwerbstätigkeit

Quelle: ÖSTAT, Mikrozensus; eigene Berechnungen

Etwas überraschend ist die Situation im *Handel*, der in den 90er Jahren einen überdurchschnittlich starken Rückgang in der Lehrlingsausbildung zu verzeichnen hatte. Dieser Rückgang ist nicht durch entsprechende Rückgänge in der Beschäftigung verständlich zu machen. Hier dürften einerseits *veraltete Berufsbilder*, die den branchenspezifischen Qualifikationsbedarfen der Handelsunternehmen zu wenig Rechnung getragen haben, andererseits alternative Rekrutierungsmöglichkeiten (Schulabsolventen) eine Rolle spielen. Das Interesse von Handelsbranchen, wie dem Baustoffhandel oder Gartencentern, an Berufsbildern und Lehrplänen, die einen *höheren branchenspezifischen* Qualifikationsbedarfsanteil abdecken, spricht für die Relevanz des erstgenannten Hemmfaktors.

Im *Tourismus* sind die Lehrlingszahlen nicht überdurchschnittlich zurückgegangen, auch Ende der 90er Jahre werden in den meisten Regionen ausreichend Lehrstellen angeboten. Grundlage davon ist die Beschäftigungsentwicklung. Neben technischen oder kaufmännischen Fachkräften, die in Österreich zu einem erheblichen Anteil über berufsbildende Schulen rekrutiert werden, ist ein anhaltender Bedarf an Dienstleistungstätigkeiten im Handel und im Tourismus gegeben, für welche duale Ausbildungen sich nach der Pflichtschule günstige Einstiegsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt bieten.

TABELLE Ö-5:

**Entwicklung der Lehrlingszahl nach Sektionen**

Jahr	Gewerbe u. Hand- werk	Industrie	Handel	GKV	Verkehr	Touris- mus u. Freizeit- wirtschaft	Nicht- kammer	Nicht- kammer §§ 29 u. 30	Gesamt
1990	76.120	21.815	26.352	687	2.689	13.941	3.912	0	145.516
1996	68.942	13.837	19.006	699	1.770	11.589	4.089	0	119.932
1998	69.092	14.442	18.925	786	2.065	13.031	5.255	1.903	125.499
Index									
1990	100	100	100	100	100	100	100	0	100
1996	<b>91</b>	<b>63</b>	<b>72</b>	<b>102</b>	<b>66</b>	<b>83</b>	<b>105</b>	<b>0</b>	<b>82</b>
1998	91	66	72	114	77	93	134	0	86
1999	90	65	73	127	84	97	161	-	88

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Lehrlingsstatistik; eigene Berechnungen

## **Angespannter Lehrstellenmarkt – neuartige Schnittstellenproblematik**

Während die Schul- und Hochschulabsolventen erst nach der Ausbildung mit den Folgen des Strukturwandels am Arbeitsmarkt konfrontiert werden, also der Frage, ob ihre absolvierte Fachrichtung nachfragegerecht ist, trifft dies jene, die eine Lehre machen wollen, bereits vor Beginn der Ausbildung. Obgleich mit einer allmählichen demographischen Entlastung im nächsten Jahrzehnt zu rechnen ist, sollte man die Auswirkungen *demographischer Faktoren* auf die Übergangsprozesse der jungen Menschen, wie die OECD betont<sup>24</sup>, nicht überschätzen, da es Antworten auf *strukturellen Wandel* zu finden gilt. Die Ausbildungsangebote müssen – was immer man kurzfristig an „Auffanglösungen“ entwickelt – mittelfristig an die veränderten Beschäftigungsmöglichkeiten und Ausbildungsambitionen in der Gesellschaft angepasst werden.

Auf der Basis der Einschätzung von Vermittlungsexperten des Arbeitsmarktservice<sup>25</sup> kann man *zwei wesentliche Gründe* für Vermittlungshindernisse am Lehrstellenmarkt konstatieren:

1. Mangelnde Ausbildungsvoraussetzungen der Bewerber,
2. Mangel an Lehrstellen in Wunschberufen.

Die Mängel in den Ausbildungsvoraussetzungen können schulischer Art sein und sich z.B. in fehlenden Grundkenntnissen niederschlagen, sie können aber auch in der persönlichen Reifung der Jugendlichen liegen. Auch die Frage der beruflichen Orientierung und der Klarheit der Ausbildungs- und Berufswahl sind zu beachten. Wichtig werden daher Maßnahmen zur Förderung der Basisqualifikationen, Formen einer „Einstiegslehre“ oder organisierter Arbeitserfah-

---

<sup>24</sup> OECD, 1998, a.a.O., S. 50.

<sup>25</sup> Maria Hofstätter, Hans Hrudá, Ewald Rosenthal: Lehrstellensuche aus Sicht der Jugendlichen und der AMS-BeraterInnen. Eine empirische Untersuchung zur derzeitigen Lage auf dem Lehrstellenmarkt und zur Sicht der Betroffenen, Wien, April 1997, S. 7. u. 56ff.



rung, aber auch die besondere finanzielle Förderung von Lehrbetrieben für die Aufnahme von Jugendlichen mit Nachteilen sein. Auf der anderen Seite gilt es, das berufsfachliche Ausbildungsangebot in der Lehrlingsausbildung und in den Fachschulen an die veränderte Bildungsnachfrage und die veränderten Beschäftigungsmöglichkeiten anzupassen. Dass dies wichtig und notwendig ist, dürfte allgemeiner Konsens sein, über das Wie scheiden sich aber oft die Geister. Erst der internationale Vergleich dürfte vielen österreichischen Beobachtern deutlich gemacht haben, dass die Überleitung von der Pflichtschule in Berufstätigkeit durch Wege der berufsfachlichen Erstausbildung im Lande im internationalen Vergleich beachtliche positive Resultate erreicht. Nur 3 Prozent der 15- bis 24jährigen waren Mitte der 90er in Österreich ohne Beschäftigung, im Mittel der EU-Länder waren es 10 Prozent. Auch in Ländern mit oft als vorbildlich hingestellten Berufsbildungssystemen war dieser Anteil höher (7 bzw. 9 Prozent) (siehe Tabelle E-5).

Kurzfristig wird es auch weiterhin, solange die Überlastung des Lehrstellenmarktes gegeben ist, um ergänzende Angebote und Förderungen<sup>26</sup> gehen müssen, um allen Jugendlichen bis zur Erreichung der Volljährigkeit eine Ausbildungsmöglichkeit anbieten zu können. Dies entspricht gesellschaftspolitischem Konsens im Lande. Ebenfalls kurzfristig realisierbar, allerdings sinnvollerweise nur in versuchsweiser Form, sollten die Möglichkeiten für Jugendliche, die keinen oder einen sehr schlechten Hauptschulabschluss haben, erweitert werden, ihre Chancen bei der Ausbildungs- oder Schulplatzsuche durch Stärkung der Grundbildung zu verbessern.

Rein gesetzlich setzt eine Lehrlingsausbildung nur die Absolvierung der 9jährigen Schulpflicht voraus, kein positives Abschlusszeugnis. De facto wird aber – wie sich an der steigenden Verbreitung von Eignungstestungen, aber auch den Aussagen der AMS-Vermittlungsfachleute zeigt – die Schulleistung zum entscheidenden Auswahlkriterium.

---

<sup>26</sup> 1998 wurden vom Arbeitsmarktservice Österreich über 12.000 Lehrverhältnisse finanziell gefördert; hinzu kamen noch über 4.000 Plätze im Auffangnetz des NAP, siehe: BMWA: Berufsbildungsbericht 1999, Wien 1999, S. 45f.

TABELLE Ö-6:

**Lehrstellensuchende und „rechnerische Lehrstellenlücke“**

ZEITPUNKT	Lehrstellen- suchende	Offene Lehrstellen	Lehrstellen: Überhang bzw. Lücke	Lehrstellen je Bewerber
Juli 1992	6.404	17.232	10.828	2,7
Juli 1993	7.259	11.532	4.273	1,6
Juli 1994	7.204	9.167	1.963	1,3
Juli 1995	7.789	6.503	-1.286	0,8
Juli 1996	10.159	4.474	-5.685	0,4
Juli 1997	11.426	3.337	-8.089	0,3
Juli 1998	9.772	2.872	-6.900	0,3
Juli 1999	8.720	2.804	-5.916	0,3
Juli 2000	8.487	3.333	-5.154	0,4
August 1992	5.145	18.480	13.335	3,6
August 1993	6.265	12.223	5.958	2,0
August 1994	6.397	9.316	2.919	1,5
August 1995	6.421	6.404	-17	1,0
August 1996	8.753	3.867	-4.886	0,4
August 1997	10.186	3.594	-6.592	0,4
August 1998	8.872	2.721	-6.151	0,3
August 1999	6.746	2.865	-3.881	0,4
August 2000	7.064	3.390	-3.674	0,5
September 1992	3.957	16.086	12.129	4,1
September 1993	5.139	10.098	4.959	2,0
September 1994	4.986	7.750	2.764	1,6
September 1995	5.563	5.719	156	1,0
September 1996	7.924	3.282	-4.642	0,4
September 1997	9.032	3.791	-5.241	0,4
September 1998	7.323	2.311	-5.012	0,3
September 1999	4.957	2.616	-2.341	0,5
September 2000	4.906	3.098	-1.808	0,6

Quelle: AMS, Arbeitsmarktdaten, verschiedene Jahrgänge

In Reaktion auf das Kippen des Lehrstellenmarktes etwa 1996 gab es eine Vielzahl von öffentlichen Diskussionen und Aktionen der Regierung und der

Sozialpartner. Das „Lehrlingspaket 1“ wurde geschnürt und sollte die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen erhöhen. Das Sonderprogramm „Der Jugend eine Chance“ der Bundesregierung (1997) war auf Lehrstellenförderung und auch auf Lehrgänge und Stiftungen gerichtet. Berufsorientierungskurse und die vom Arbeitsmarktservice geförderten Kurse zum Nachholen eines positiven Pflichtschulabschlusses wurden ebenfalls als Mittel zur Verbesserung der Ausbildungschancen schwer vermittelbarer Jugendlicher eingesetzt. Die Schaffung von neuen Ausbildungsberufen sowie die „Sicherstellung von genügend Ausbildungsplätzen im Bereich der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen“ wurden als wesentliche Reformen oder Maßnahmen für ein ausreichendes Lehrstellenangebot betrachtet.<sup>27</sup>

Die Reaktionen auf den „gekippten“ Lehrstellenmarkt – außer den Appellen an die Unternehmen, mehr Lehrlinge aufzunehmen – lassen sich folgenden Maßnahmen zuordnen, die seit 1996 zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingeführt wurden; einige Maßnahmen treten erst im Herbst 2000 in Kraft:

1. Finanzielle Unterstützung für Lehrbetriebe, die Jugendliche mit Vermittlungsschwierigkeiten aufnehmen;
2. Lehrgänge und Stiftungen zur vorübergehenden Entlastung des Lehrstellenmarktes;
3. Zeitlich befristete Steuer- und Abgabenerleichterungen für ausbildende Unternehmen;
4. Verlängerung der Probezeit von 2 auf 3 Monate als Mittel der Reduktion des Fehlbesetzungsrisikos (und der schwierigen Lösbarkeit des Lehrvertrags nach der Probezeit);
5. Stärkere Berücksichtigung der aktuellen Personalbedarfslage der Unternehmen, z.B. in Form der Reduktion der Behaltefrist von 4 bis 6 Monaten auf generell 3 Monate;
6. Anpassung der gesetzlichen Bedingungen an Arbeitsrealitäten, z.B. Beschäftigung von über 16jährigen Lehrlingen im Gastgewerbe bis 23 Uhr;

---

<sup>27</sup> Antworten der Delegation aus Österreich, in: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend. Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen. Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz. 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn, April 1999, S. 114.

7. Erhöhung des personalwirtschaftlichen Nutzens der Lehrlingsausbildung durch Erweiterung branchenspezifischer Qualifizierung, z.B. durch Schwerpunkte innerhalb von Berufen (Beispiel: Einzelhandelskaufmann);
8. Anpassung an den Strukturwandel der Wirtschaft: Einführung neuer Lehrberufe für neue Beschäftigungsfelder, wie im EDV- und IT-Sektor;
9. Einführung einer „Vorlehre“ mit Probezeit von 6 Monaten und Förderung bzw. Zuweisung durch das Arbeitsmarktservice, in der lernschwache Jugendliche (mit Vermittlungsschwierigkeiten am Lehrstellenmarkt) das erste Lehrjahr innerhalb von zwei Jahren bewältigen können.

Zwischen 1997 und 2000 wurden 23 neue Lehrberufe eingeführt. In den 1997 und 1998 eingeführten neuen Lehrberufen wurden bis Ende 1999 rund 4.100 Lehrverträge gezählt.<sup>28</sup> Diese Lehrberufe beziehen sich auf technische Berufe, Verwaltungs- und Büroberufe, handwerkliche Berufe und Handelsberufe. Bei den Handelsberufen wurden sowohl Schwerpunktausbildungen innerhalb des Einzelhandelskaufmanns als auch Branchenspezialberufe (z.B. Gartencenterkaufmann, Sportartikelmonteur) entwickelt und eingeführt.

Insgesamt wurden in den letzten vier Jahren 92 neue und modernisierte Lehrberufe geschaffen.<sup>29</sup> Die dahinterstehende Modernisierungsstrategie ist als pluralistisch zu bezeichnen. Neben innerer Gliederung von Lehrberufen (Modularisierung) wurden Branchenspezialberufe, aber auch „Hybridberufe“, die z.B. Metall-Elektroinhalte verbinden, eingeführt, um den technischen und wirtschaftlichen Wandel in seinen Auswirkungen auf die Fachkräftebeschäftigung zu bewältigen. Dieses Thema wird später in der Untersuchung vertiefend wieder aufgenommen.

Bei den in den letzten Jahren neu eingeführten Lehrberufen sticht zunächst der „EDV-Techniker“ ins Auge, der im Dezember 1999 bereits 709 Lehrlinge verzeichnete. Der „EDV-Kaufmann“ kam auf 335 Lehrlinge. Der Medien-

---

<sup>28</sup> Siehe dazu: Alfred Freundlinger: Evaluation der 23 in den Jahren 1997 und 1998 verordneten neuen Lehrberufe, in: Mitteilungen des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft, Juli/August 2000, Wien, S. 7.

<sup>29</sup> Wirtschaftskammer Österreich: Neue Lehrberufe, Oktober 2000, Wien, S. 1.

fachmann (Fachrichtung: Mediendesign) verzeichnete zu diesem Zeitpunkt 112 Lehrlinge. Damit ist ein Beweis erbracht, dass auch in den IT- und Medienberufen die duale Bildungsschiene begehbar ist. Erste EDV-Lehrberufe wurden 1997 eingerichtet (EDV-Techniker, EDV-Kaufmann, Medientechniker und -designer), weitere wurden 1999 beschlossen (IT-Kaufmann, Informatiker).

Nach den EDV-Lehrberufen (seit 1997) starteten Fachschulen (BMS) für EDV im Herbst 1999. Bislang gab es an öffentlichen berufsbildenden mittleren Schulen keine EDV/Informatikfachrichtungen. Vom Schülerzustrom her gesehen, lässt sich bereits im Herbst 2000 von einem für die Jugendlichen hochattraktiven Ausbildungsangebot sprechen.

### **Begrenzte Modularisierung und Branchenspezialberufe**

Der Sinn des Modularisierungskonzeptes in den *Ländern mit Lehrlingsausbildungen* resultiert im wesentlichen erst aus seinem Spannungsverhältnis zum Berufsbegriff. Wenn es nur komplette Berufsausbildungen gibt, die überhaupt nicht aufteilbar sind, kann es keine Modularisierung geben. Die Realität ist aber auch in Ländern, in denen das Berufskonzept als Grundlage der dualen Ausbildung vertreten wird, heute immer mehr ein Kompromiss, da Ausbildungen nur mehr in Teilbereichen punktgenau auf einen Beruf zu fixieren sind. Ausbildungen beziehen sich dann auf mehrere Spezialisierungen in einem Berufsbereich respektive enthalten in sich Schwerpunkte und Fachrichtungen.

Viele neue Lehrberufe in Österreich enthalten in sich Untergliederungen (Fachrichtungen, Schwerpunkte), in anderen Berufen werden Zusatzkurse (Module) neben oder nach der Lehrlingsausbildung häufig angeboten und gelten als förderlich für eine Fachkraft der Branche. Würde man aber alle Zusätze in den Lehrberuf aufnehmen, wäre das Berufsbild überfrachtet und kaum mehr lehrbar.

Erwachsenenbildungseinrichtungen bieten verkürzte Lehrlingsausbildungen in Kursform an, wobei die Kurse modularisiert angeboten werden. Das BAZ (Berufsausbildungszentrum des bfi Wien) z.B. hat die modulare Struktur ihrer

Facharbeiterkurzausbildungen seit längerem formalisiert.<sup>30</sup>

In Österreich kann, wenn man mittelfristige Umsetzungsvorstellungen im Auge behält, nur an eine „begrenzte Modularisierung“ gedacht werden. Bislang haben modulare Konzepte (ohne diese immer als solche zu bezeichnen) Auswirkungen in folgenden Bereichen der Ausbildungsgestaltung:

- in der Lehrberufsneukonstruktion oder -reformulierung: Fachrichtungen innerhalb von Lehrberufen<sup>31</sup>, Schwerpunkte innerhalb von Lehrberufen<sup>32</sup>; „Hybridlehrberufe“, die verschiedene Berufsinhalte zusammenführen<sup>33</sup>;
- in Form von Lehrberufen mit Zusatzschwerpunkt, wodurch sich z.B. die Lehrzeit in der „Elektrobetriebstechnik mit Prozessleittechnik“ von 3,5 auf 4 Jahre erhöht (= Lehrzeitflexibilität durch modulare Gestaltung);
- seit langem in Form der Doppellehre (11 Prozent der Lehrlinge 1999);
- in Form der Lehrberufsverwandtschaften quer über Lehrberufe;
- Ersatz von Lehrzeiten auf Grund schulmäßiger Berufsbildung nach § 28 BAB;
- in Fachrichtungen (Kraftfahrzeugtechnik) und Schwerpunkten (z.B. Oberflächentechnik) in der Berufsschule;
- in der Aufteilung von kompletten Lehrlingsausbildungen über Lernorte („Abschnittlehre“, zwischenbetriebliche Ausbildung, Ausbildungsverbund);
- im Angebot von Lehrgängen für Jugendliche ohne betrieblichen Lehrvertrag

---

<sup>30</sup> Siehe dazu: Josef Prüwasser: „Das Modulare Ausbildungssystem (MAS)“. In: Karin Steiner et al (Hrsg.): Flexibilisierung in der Arbeitswelt am Beispiel der beruflichen Erstausbildung, Europäische Kommission, Cost Action, Brüssel, 2000, S. 104ff.

<sup>31</sup> Z.B. beim Medienfachmann/frau der „Mediendesign“ und „Medientechnik“ enthält; der Lehrberuf Kanzleiassistent/in enthält „Notariat“ und „Rechtsanwaltskanzlei“; der Lehrberuf „Kommunikationstechniker/in“ kann in vier Fachrichtungen erlernt werden: Audio- und Videoelektronik, Bürokommunikation, EDV und Telekommunikation, Nachrichtenelektronik; Textiltechnik enthält „Maschinenteknik“ und „Webtechnik“; der Lehrberuf „Sanitär- und Klimatechniker/in“ kann in drei Fachrichtungen erlernt werden (Gas- und Wasserinstallation, Heizungsinstallatioin, Lüftungsinstallation); der Lehrberuf „Entsorgungs- und Recyclingfachmann/frau“ enthält „Abfall“ und „Abwasser“ als Fachrichtungen.

<sup>32</sup> Die Schwerpunkte des Einzelhandelskaufmanns, einer der größten Lehrberufe, werden im Text genannt; kleinere Schwerpunktberufe sind „Gerberei“ (Rotgerben; Weiß- und Sämischgerben), „Oberflächentechnik“ (siehe Text oben).

<sup>33</sup> Z.B. die vierjährigen Metall-Elektro-Lehrberufe in Vorarlberg oder der Mechatroniker; aber auch der Lehrberuf „Veranstaltungstechnik“ kann als Hybridberuf eingestuft werden.

(Absolvierung des 1. Lehrjahres);

- in der Vorlehre (1. Lehrjahr gestreckt über einen längeren Zeitraum);
- in Form von Zusatzangeboten zu Lehrberufen, die neben oder nach der Lehre in Kursform geleistet werden und mit einem Zertifikat abgeschlossen werden (z.B. Rohrschweißerprüfung); und nicht zuletzt
- in Form der vielfältigen Lehrausbildungen für Erwachsene (ausnahmsweise Zulassung zur Lehrabschlussprüfung), die in der Regel modularisiert konzipiert werden.

Es ist offensichtlich, dass im Jahr 2000 das Berufskonzept in vielen neuen und erneuerten Lehrberufen *flexibler ausgelegt wird als in der Vergangenheit*. Ein Beispiel hierfür ist z.B. der zahlenmäßig starke *Einzelhandelskaufmann* mit seinen „Branchenmodulen“: Fleischfachhandel, Lebensmittelhandel, Textilhandel, Einrichtungsberatung und Baustoffhandel sowie dem Allgemeinen Einzelhandel.

Ein anderes Beispiel ist der Lehrberuf „Oberflächentechnik“. Die Lehrausbildung besteht dabei aus einem einheitlichen Basismodul und mindestens einem der nachfolgend angeführten fünf Schwerpunkte, wobei die nicht vertiefend im Betrieb vermittelten Schwerpunkte in der Berufsschule vermittelt werden (3,5 Jahre Lehrzeit, Berufsschulzeit: 1.600 Stunden): Mechanische Oberflächentechnik, Galvanik, Pulverbeschichtung, Emailtechnik und Feuerverzinkung. Das Modell wird als „Schwerpunktausbildung“ bezeichnet und soll dazu führen, „dass der Lehrling nach Ausbildung bereits mit allen Oberflächentechniken sowohl theoretisch als auch praktisch befasst war, wiewohl eine vertiefte Fertigkeit nur in der vom Ausbildungsbetrieb vermittelten Disziplin vorliegt. Der Lehrling kann sich aber rasch in die Anwendung anderer Disziplinen einfinden.“<sup>34</sup> Hierin manifestiert sich beispielhaft hohe Flexibilität bei der Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten. Im Interesse der Sicherung von Ausbildungsmöglichkeiten im Strukturwandel der Beschäftigung wird in Zukunft Flexibilisierung auf verschiedenen Ebenen und in vielfältiger Form unverzichtbar sein.

---

<sup>34</sup> Wirtschaftskammer Österreich (Hrsg.): Oberflächentechnik – Ausbildung erfolgreich gestalten, September 2000, S. 2.

Mit dem Lehrberuf „Elektrobetriebstechnik mit Prozessleittechnik“ wird die Lehrzeit flexibilisiert (und zwar von 3,5 auf 4 Jahre erhöht) und damit ein „Prototyp für ein flexibles Aufbau- und Stufenlehrkonzept“<sup>35</sup> geschaffen.

DARSTELLUNG Ö-1:

**Lehrberufe ohne und mit curricularer Modularisierung**

Ausbildungsform	Ausbildungsinhalte	Bezug zum Beschäftigungssystem
Lehrberuf ohne modulare Elemente	Ein Lehrberuf →	Zuordnung zu einem Beruf
Doppellehre	Zwei Lehrberufe →	Zuordnung zu Berufskombination
Schwerpunktlehrberuf (z.B. Einzelhandelskaufmann; Oberflächentechnik)	Schwerpunkt a →	Spezialisierung a
	Schwerpunkt b →	Spezialisierung b
	Schwerpunkt c →	Spezialisierung c
	Schwerpunkt d →	Spezialisierung d
	Schwerpunkt e →	Spezialisierung e
Elektrobetriebstechnik mit Prozessleittechnik	optionaler Zusatzschwerpunkt	Zuordnung zu einem Beruf plus Spezialisierung
Lehrberuf mit Fachrichtungen (z.B. Sanitär- und Klimatechniker/in)	Fachrichtung a →	Spezialisierung a
	Fachrichtung b →	Spezialisierung b
	Fachrichtung c →	Spezialisierung c
„Hybridlehrberuf“ (z.B. 4j. Metall-Elektrolehrberufe; Veranstaltungstechnik)	Ausbildungskombination →	Qualifikationsmix verschiedener Berufe

Quelle: ibw, 2000

<sup>35</sup> Alfred Freundlinger: Schrittweise Modernisierung der Lehrlingsausbildung durch neue Lehrberufe. In: ibw-Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (Hrsg.): Bildung als Schlüssel zur Informationsgesellschaft. Wien, ibw, 2000, S. 99.



Die Anpassung der Ausbildungsberufe an den Strukturwandel findet in Österreich aber – gleichzeitig mit der Einführung von in sich gegliederten Lehrberufen – auch durch sogenannte Branchenspezialberufe, wie den *Gartencenterkaufmann*, den *Buchhändler* oder den *Sportartikelmonteur (Ausbildungsversuch)*, statt. Diese Berufe sind wichtig sowohl für die berufliche Identitätsgewinnung der Lehrlinge als auch für die Identifikation der Branche mit ihrer Ausbildungsaufgabe.

Es werden mithin faktisch sehr unterschiedliche Strategien zur flexiblen Bewältigung des Strukturwandels seitens des Berufsbildungsbeirates (Sozialpartner) und des Wirtschaftsministeriums praktiziert, um ein ausreichendes Ausbildungsstellenangebot zu erhalten.

Neben der inneren Gliederung von Lehrberufen im Interesse von Spezialisierung und gleichzeitiger Ausbildungsbreite, dem Ausbildungsverbund im ersten Lehrjahr oder über die gesamte Lehrzeit gab es seit Jahren Überlegungen bezüglich Teilqualifizierungen, die am Anfang oder vor der Lehre angesiedelt sind, um die Schwelle für den Einstieg für Jugendliche mit Vermittlungsproblemen etwas niedriger zu machen.

Die Lehrgänge des Auffangnetzes, aber auch das Konzept der Vorlehre, manifestieren eine gewisse Modularisierung im Sinne der Gliederung in curriculare/zeitliche Einheiten. In den Lehrgängen können Abschnitte von kompletten Lehrlingsausbildungen durchlaufen werden (1. Lehrjahr). Das Prinzip, dass Berufsausbildungen nur komplett und an zwei Lernorten (Betrieb und Berufsschule) absolviert werden können, wurde zugunsten jener Jugendlichen, die (noch) keine reguläre Lehrstellen finden konnten, als Ausnahmefall flexibel gehandhabt.

In dem Maße, in dem Ausbildungsverbände und zwischenbetriebliche Ausbildung an Relevanz gewinnen, sei es aufgrund der Spezialisierung der Unternehmen oder als Auffangmaßnahme am Lehrstellenmarkt, wird die Definition von Ausbildungseinheiten unverzichtbar.

Es ist immer wieder die Frage aufgetaucht, ob es nicht für Jugendliche, die we-

der eine Fachschule machen wollen oder können (da kein regionales Angebot vorhanden ist), noch von einem Lehrberechtigten als Lehrling aufgenommen werden, alternative Angebote geben sollte. Hierzu sind verschiedene Möglichkeiten vorgeschlagen worden: die Anlehre, die Vorlehre, vereinfachte Lehrberufe oder zusätzliche Fachschulen.

Im Rahmen des Konzepts der Modularisierung von Ausbildungen können verschiedene Varianten von Teil-Lehren auf ganze Berufe bezogen bleiben, die den jungen Erwachsenen die Möglichkeit des Komplettierens offen lassen. Diese Frage ist in der österreichischen Berufsbildungsdiskussion noch nicht hinreichend beantwortet worden, der Beantwortungsdruck wird nicht zuletzt von der Lehrstellensituation in den nächsten Jahren abhängen, aber auch dem regionalen Ausbau von Fachschulen und BHS (zur Verteilung siehe Tabelle Ö-A-6).

#### DARSTELLUNG Ö-2:

##### **Modulare Teil- und Zusatzqualifizierungen**

Ausbildungsmodus	1. Lehrjahr	2. Lehrjahr	3. Lehrjahr	Zertifizierung
„Auffangmaßnahme“	WB-Einrichtung, Lehrbetrieb, Stiftung	WB-Einrichtung, Lehrbetrieb, Stiftung	WB-Einrichtung, Lehrbetrieb, Stiftung	Lehrabschlussprüfung
Vorlehre	Lehrbetrieb			Zeugnis des Lehrbetriebs
Ausbildungsverbund	Lehrbetrieb, anderer Lehrbetrieb, WB-Einrichtung	Lehrbetrieb, anderer Lehrbetrieb, WB-Einrichtung	Lehrbetrieb, anderer Lehrbetrieb, WB-Einrichtung	Lehrabschlussprüfung
Zusatzausbildung außerhalb der Lehrberufsverordnung	WB-Einrichtung	WB-Einrichtung	WB-Einrichtung	Kursbestätigung

Quelle: ibw, 2000

In Österreich ist insbesondere im Vergleich zu Dänemark und den Niederlanden ein Nachholbedarf im Hinblick auf Teilqualifizierungen festzustellen. Zertifizierte Ausbildungsteile unterhalb einer vollen Lehrlingsausbildung oder Fachschulausbildung haben in Österreich nach wie vor geringen oder – für manche Experten – noch gar keinen Stellenwert. Es bleibt abzuwarten, welche Rolle die „Vorlehre“ in diesem Kontext gewinnen kann. Im Kern geht es um erweiterte soziale und berufliche Integration für jene jungen Menschen, welche mit etwa 15 Jahren (noch) nicht in der Lage sind, eine Lehrstelle zu erhalten oder eine Fachschule zu durchlaufen. Die Frage der Aufbaufähigkeit und der Übertrittsmöglichkeiten ist dabei naturgemäß sehr wichtig.

In der Vorlehre soll ein Zeugnis über die in der Vorlehre erworbenen Qualifikationen ausgestellt werden. Wenn der Jugendliche danach in einen entsprechenden Lehrberuf oder einen Lehrberuf des betreffenden Berufsbereiches eintritt, ist die im Rahmen der Vorlehre zurückgelegte Ausbildungszeit jedenfalls im Ausmaß von sechs Monaten auf die nachfolgende Lehrzeit anzurechnen. Die Vorlehre ist das erste Modell einer Teilqualifizierung in Österreich.

Was hier als österreichische Modularisierungspraktiken rekonstruiert wurde, lässt sich als „bottom up“-Strategie interpretieren. Modulare Ideen werden dann aktiviert, wenn seitens des Lehrstellenmarktes oder der Lehrbetriebe entsprechender Bedarf signalisiert wird. Deduktive „top-down“-Strategien werden zwar diskutiert, finden aber noch keinen Konsens; so z.B. die Frage der allgemeinen Gliederung von Lehrberufen in einen Kernbereich (ca. 70 Prozent des Berufsbildes) sowie Wahlpflichtmodule (Auswahl aus vorgegebenen Schwerpunkten) und Wahlmodule (freie Ausbildungsgestaltung, etwa 10 Prozent). Zeitliche und inhaltliche Differenzierung je nach Lerntempo der Jugendlichen, aber auch Möglichkeiten der Lehrbetriebe (Spezialisierung, zwischenbetriebliche Ergänzung) werden dabei wichtige Themen. Auch die Frage, wer über Modulauswahl entscheidet, rückt in den Vordergrund der Diskussion.

Die angeführten Modelle werden in Deutschland intensiv diskutiert.<sup>36</sup> In einschlägigen Arbeitsgruppensitzungen<sup>37</sup> wurde der Grundidee durchgängig ein gewisses Potential zugestanden. Konsens ist aber auf dieser prinzipiellen Ebene nicht erreichbar, da für alle politisch Involvierten die „institutionellen Rahmenbedingungen der Ausbildung“ der entscheidende Punkt sind. Die Diskussion derartiger Gesamtkonzepte steht erst am Anfang, faktisch ist die bottom-up-Strategie der Flexibilisierung von Ausbildungen in fachlicher, zeitlicher und lernortbezogener Hinsicht prioritär.

Die Lehrstellensituation in Österreich hat sich seit 1996 im positiven Sinne verändert, Verhältnisse wie Anfang der 90er Jahre sind aber nicht in Sicht (siehe Tabelle Ö-6). Obgleich die Lehrlingszahl den Tiefststand von 1996 überwunden hat, finden sich Ende September 2000 wiederum rund 4.000 Jugendliche als lehrstellensuchend vorgemerkt.

Flexible Lehrberufe mit rascher Einführungs- und Erneuerungsmöglichkeit mit hoher personalwirtschaftlicher Relevanz sind ein Mittel der Erhaltung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebotes. Auch die Flexibilität im Berufschulangebot ist besonders wichtig. Flexibilität und innovative Lösungen unter Berücksichtigung modularer Ansätze werden insbesondere auch für Teilqualifizierungen wichtig werden. Das Modularisierungskonzept dient sowohl zur inneren Gliederung von Berufen, um Breite und Flexibilität der Qualifizierung zu gewährleisten, als auch zur Schaffung von Ausbildungsverbänden und Einstiegsmöglichkeiten.

---

<sup>36</sup> Siehe hierzu z.B. die Darstellung des Satellitenmodells im Abschlusskapitel

<sup>37</sup> von Experten in Oberösterreich im Jahr 2000

## Tabellenanhang

TABELLE Ö-A-1:

### Entwicklung der Lehrlingszahl nach Geschlecht

Jahr	Gesamt	Männlich	Weiblich	Anteil: Weiblich in %
1970	137.445	95.452	41.993	30,6
1971	142.284	99.492	42.792	30,1
1972	147.095	102.812	44.283	30,1
1973	155.856	109.563	46.293	29,7
1974	163.551	114.967	48.584	29,7
1975	170.172	119.820	50.352	29,6
1976	176.519	123.577	52.942	30,0
1977	183.659	127.536	56.123	30,6
1978	190.368	130.631	59.737	31,4
1979	193.152	131.924	61.228	31,7
1980	194.089	131.837	62.252	32,1
1981	188.190	127.384	60.806	32,3
1982	181.778	122.894	58.884	32,4
1983	175.717	119.085	56.632	32,2
1984	172.677	116.179	56.498	32,7
1985	169.921	113.296	56.625	33,3
1986	164.950	109.393	55.557	33,7
1987	159.255	105.384	53.871	33,8
1988	153.673	101.240	52.433	34,1
1989	148.901	97.922	50.979	34,2
1990	145.516	95.919	49.597	34,1
1991	141.099	93.113	47.986	34,0
1992	136.027	91.082	44.945	33,0
1993	131.359	89.007	42.352	32,2
1994	127.754	87.183	40.571	31,8
1995	123.377	84.627	38.750	31,4
1996	119.932	82.757	37.175	31,0
1997	121.629	83.423	38.206	31,4
1998	125.499	85.203	40.296	32,1
1999	127.351	85.190	42.161	33,1

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Lehrlingsstatistik; eigene Berechnungen

TABELLE Ö-A-2:

**Entwicklung der Lehranfängerzahl nach Sektionen**

Jahr	Gewerbe und Handwerk	Industrie	Handel	GKV	Ver- kehr	Touris- mus u. Freizeit- wirtschaft	Nicht- kammer- bereich	Nichtk. §§ 29 u. 30*)	Gesamt
1990	23.656	6.428	8.462	269	816	4.023	1.191	-	44.845
1991	22.671	5.829	8.071	266	780	3.749	1.192	-	42.558
1992	22.493	5.098	7.442	218	781	3.461	1.132	-	40.625
1993	22.510	4.213	7.458	215	712	3.841	1.135	-	40.084
1994	22.186	4.232	7.325	254	603	3.760	1.340	-	39.700
1995	21.259	4.086	6.306	229	530	3.564	1.369	-	37.343
1996	21.233	3.817	6.221	209	483	3.940	1.176	-	37.079
1997	22.078	4.162	6.664	236	531	4.280	2.224	-	40.175
1998	20.702	4.325	6.378	309	477	4.294	1.997	570	39.052
1999	20.223	3.932	6.290	298	656	4.275	1.940	813	38.427
Index (1990=100)									
1990	100	100	100	100	100	100	100	-	100
1991	96	91	95	99	96	93	100	-	95
1992	95	79	88	81	96	86	95	-	91
1993	95	66	88	80	87	95	95	-	89
1994	94	66	87	94	74	93	113	-	89
1995	90	64	75	85	65	89	115	-	83
1996	90	59	74	78	59	98	99	-	83
1997	93	65	79	88	65	106	187	-	90
1998	88	67	75	115	58	107	168	-	87
1999	85	61	74	111	80	106	163	-	86

\* Anstalten nach dem Jugendgerichtsgesetz und Fürsorgeerziehungsheime nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz sowie selbständige Ausbildungseinrichtungen

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Lehrlingsstatistik; ibw-Berechnungen

TABELLE Ö-A-3:

**Entwicklung der Lehrlingszahl nach Sektionen**

Jahr	Gewerbe und Hand- werk	Industrie	Handel	GKV	Ver- kehr	Tourismus u. Freizeit- wirtschaft	Nicht- kammer- bereich	Nichtk. §§ 29 u. 30*)	Gesamt
1990	76.120	21.815	26.352	687	2.689	13.941	3.912	-	145.516
1991	74.499	21.327	25.080	759	2.711	12.767	3.956	-	141.099
1992	73.297	20.097	23.402	781	2.698	11.801	3.951	-	136.027
1993	72.449	18.076	22.251	728	2.565	11.562	3.728	-	131.359
1994	71.332	16.278	21.586	708	2.348	11.475	4.027	-	127.754
1995	69.805	14.850	20.212	708	2.126	11.363	4.313	-	123.377
1996	68.942	13.837	19.006	699	1.770	11.589	4.089	-	119.932
1997	69.307	13.973	18.684	682	1.832	12.145	5.006	-	121.629
1998	69.092	14.442	18.925	786	2.065	13.031	5.255	1.903	125.499
1999	68.493	14.275	19.119	875	2.259	13.515	6.316	2.499	127.351
Index (1990=100)									
1990	100	100	100	100	100	100	100	-	100
1991	98	98	95	110	101	92	101	-	97
1992	96	92	89	114	100	85	101	-	93
1993	95	83	84	106	95	83	95	-	90
1994	94	75	82	103	87	82	103	-	88
1995	92	68	77	103	79	82	110	-	85
1996	91	63	72	102	66	83	105	-	82
1997	91	64	71	99	68	87	128	-	84
1998	91	66	72	114	77	93	134	-	86
1999	90	65	73	127	84	97	161	-	88

\* Anstalten nach dem Jugendgerichtsgesetz und Fürsorgeerziehungsheime nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz sowie selbständige Ausbildungseinrichtungen

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Lehrlingsstatistik; eigene Berechnungen

TABELLE Ö-A-4:

**Entwicklung der Lehrabsolventenzahl nach Sektionen  
(Zahl der bestandenen Lehrabschlussprüfungen)**

Jahr	Gewerbe und Handwerk	Industrie	Handel	GKV	Verkehr	Tourismus u. Freizeitwirtschaft	Nichtkammerbereich	Nichtk. §§ 29 u. 30*)	Sonstiges**)	Gesamt
1990	21.626	6.592	9.274	174	1.021	5.008	1.392	-	4.233	49.320
1991	21.211	6.192	9.043	205	1.097	4.920	1.107	-	3.391	47.166
1992	20.876	6.127	8.059	203	1.158	4.528	1.092	-	5.148	47.191
1993	20.492	6.176	7.799	315	1.416	4.113	1.034	-	4.989	46.334
1994	19.650	5.996	7.304	334	1.146	3.604	1.113	-	5.554	44.701
1995	19.030	5.459	6.662	259	827	3.413	1.090	-	6.604	43.344
1996	18.713	4.537	6.511	252	669	3.295	1.117	-	6.149	41.243
1997	18.268	3.981	6.319	250	648	3.248	1.120	-	5.143	38.977
1998	18.347	3.959	5.871	306	664	3.308	995	75	5.195	38.720
1999	18.572	4.039	5.717	264	678	3.408	1.005	95	6.042	39.820
Index (1990 = 100)										
1990	100	100	100	100	100	100	100	-	100	100
1991	98	94	98	118	107	98	80	-	80	96
1992	97	93	87	117	113	90	78	-	122	96
1993	95	94	84	181	139	82	74	-	118	94
1994	91	91	79	192	112	72	80	-	131	91
1995	88	83	72	149	81	68	78	-	156	88
1996	87	69	70	145	66	66	80	-	145	84
1997	84	60	68	144	63	65	80	-	121	79
1998	85	60	63	176	65	66	71	-	123	79
1999	86	61	62	152	66	68	72	-	143	81

\* Anstalten nach dem Jugendgerichtsgesetz und Fürsorgeerziehungsheime nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz sowie selbständige Ausbildungseinrichtungen

\*\* Prüfungen im 2. Bildungsweg; Zusatzprüfungen; Prüfungen gem. § 23 Abs. 5 lit.a, § 23 Abs. 5 lit.b, § 27 Abs. 1 und § 29 Berufsausbildungsgesetz

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Lehrlingsstatistik; eigene Berechnungen



TABELLE Ö-A-5:

**Entwicklung der Lehrbetriebszahl nach Sektionen**

Jahr	Gewerbe und Hand- werk	Industrie	Handel	GKV	Ver- kehr	Touris- mus u. Freizeit- wirtschaft	Nicht- kammer- bereich	Nichtk. §§ 29 u. 30*)	Gesamt
1990	27.820	2.145	10.532	199	332	4.568	724	-	46.320
1991	27.280	2.108	9.938	234	354	4.295	766	-	44.975
1992	26.737	2.004	9.204	231	354	4.019	784	-	43.333
1993	26.466	1.884	8.722	220	328	3.906	778	-	42.304
1994	25.896	1.813	8.222	204	300	3.823	1.041	-	41.299
1995	25.234	1.736	7.810	203	277	3.767	1.332	-	40.359
1996	25.025	1.638	7.497	192	271	3.827	1.213	-	39.663
1997	25.272	1.667	7.402	174	284	4.045	1.509	-	40.353
1998	25.517	1.701	7.387	178	316	4.344	1.908	30	41.381
1999	25.434	1.700	7.271	199	304	4.593	2.196	43	41.740
Index (1990=100)									
1990	100	100	100	100	100	100	100	-	100
1991	98	98	94	118	107	94	106	-	97
1992	96	93	87	116	107	88	108	-	94
1993	95	88	83	111	99	86	107	-	91
1994	93	85	78	103	90	84	144	-	89
1995	91	81	74	102	83	82	184	-	87
1996	90	76	71	96	82	84	168	-	86
1997	91	78	70	87	86	89	208	-	87
1998	92	79	70	89	95	95	264	-	89
1999	91	79	69	100	92	101	303	-	90

\* Anstalten nach dem Jugendgerichtsgesetz und Fürsorgeerziehungsheime nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz sowie selbständige Ausbildungseinrichtungen

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Lehrlingsstatistik; eigene Berechnungen

TABELLE Ö-A-6:

**Verteilung der Schüler in der 10. Schulstufe 1998/99 nach Schularten  
und Bundesländern; Angaben in Spaltenprozenten**

SCHULART	OÖ	NÖ	STMK	TIROL	SLBG	KTN	VLBG	BGLD	WIEN	GESAMT
<b>Berufsbildende Pflichtschulen</b>	<b>47,34</b>	<b>39,14</b>	<b>45,27</b>	<b>43,76</b>	<b>41,14</b>	<b>39,48</b>	<b>44,22</b>	<b>25,97</b>	<b>34,75</b>	<b>41,22</b>
Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche mittlere Schulen**)	3,35	3,53	0,94	4,86	4,97	2,11	4,67	5,21	3,63	3,35
Kaufmännische mittlere Schulen	2,65	5,04	3,73	5,65	3,19	2,21	4,88	7,69	5,99	4,35
Wirtschaftsberufliche mittlere Schulen	3,39	3,54	2,91	3,49	3,97	3,00	3,32	5,18	1,83	3,15
Sozialberufliche mittlere Schulen	0,66	1,68	1,45	0,21	0,80	1,27	0,00	1,57	0,99	1,03
Land- und forstwirtschaftliche mittlere Schulen	3,29	3,39	3,99	3,28	1,75	4,27	1,30	1,77	0,00	2,67
<b>Zwischensumme BMS</b>	<b>13,34</b>	<b>17,18</b>	<b>13,02</b>	<b>17,49</b>	<b>14,68</b>	<b>12,86</b>	<b>14,17</b>	<b>21,42</b>	<b>12,44</b>	<b>14,55</b>
Technische, gewerbliche und kunstgewerbliche höhere Schulen**)	9,04	10,82	7,18	8,03	8,79	9,91	8,15	16,02	11,67	9,66
Kaufmännische höhere Schulen	7,85	9,03	6,93	7,51	9,19	10,35	9,39	12,47	7,10	8,26
Wirtschaftsberufliche höhere Schulen	4,97	5,01	3,58	3,31	4,50	6,97	3,74	6,12	3,32	4,43
Land- u. forstwirtschaftliche höhere Schulen	0,43	1,33	0,92	0,37	0,85	0,86	0,00	0,00	0,17	0,64
Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik	1,45	1,81	2,03	1,31	1,32	1,27	1,37	2,00	2,12	1,70
<b>Zwischensumme BHS</b>	<b>23,74</b>	<b>28,0</b>	<b>20,64</b>	<b>20,53</b>	<b>24,65</b>	<b>29,36</b>	<b>22,65</b>	<b>36,61</b>	<b>24,38</b>	<b>24,69</b>
<b>Allgemeinbildende Höhere Schulen*)</b>	<b>15,57</b>	<b>15,67</b>	<b>21,05</b>	<b>18,21</b>	<b>19,54</b>	<b>18,30</b>	<b>18,96</b>	<b>15,99</b>	<b>28,43</b>	<b>19,54</b>
<b>Gesamt</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>
In Absolutzahlen	19.182	18.004	15.956	9.390	7.660	7.660	4.758	3.496	17.868	103.974

\* inklusive sonstige allgemeinbildende Schulen

\*\* inkl. Schulen für den Tourismus

Quelle: Statistik Österreich, Das Schulwesen in Österreich, Schuljahr 1998/99, Wien, 2000; eigene Berechnungen

## NIEDERLANDE: SCHULISCHE UND DUALE AUSBILDUNG IN VEREINHEITLICHTEM SYSTEM

### Schulpflicht und Bildungssystem

Die allgemeine Schulpflicht beträgt in den Niederlanden seit 1985 11 Jahre und erstreckt sich vom 5. bis zum 16. Lebensjahr. An diese schließt sich eine zweijährige Teilzeitschulpflicht für Lehrlinge und junge Arbeitnehmer an. Die Primarstufe dauert sieben Jahre und umfasst Vorschule (2 Jahre) und Grundschule (5 Jahre). *Die Sekundarstufe* beginnt erst nach der Primarausbildung mit einem Eintrittsalter von 12 Jahren, die Abschlüsse erfolgen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren. Dieses Bildungssystemstadium befindet sich seit der Einführung der Basisbildung als einer integrierten Allgemeinbildung 1993 in einem radikalen Umbruch. Der Sekundarbereich erhielt seine gesetzlichen Grundlagen durch das Mammutgesetz<sup>38</sup> 1955 und das Gesetz für den weiterführenden Unterricht (VWO) 1968.

Sekundarstufe I (4 Jahre, 12 – 16 Jahre): Die Sekundarstufe I beginnt mit einer einjährigen Förderstufe für alle Jugendlichen und gliedert sich dann in *vier verschiedene Zweige* auf: Vorbereitende Wissenschaftliche Schule (VWO), Höhere Allgemeine Weiterführende Schule (HAVO), Mittlere Allgemeine Weiterführende Schule (MAVO) und Unterstufe der Berufsbildenden Schulen (LBO).

Zur Sekundarstufe II (16 – 17, 18 oder 20 Jahre als Regelalter) zählen:

- die zwei- bis vierjährige mittlere Berufsschule (MAVO).
- das 5. Jahr der höheren weiterführenden Schulen (HAVO), deren Abschluss die Fachhochschulreife verleiht
- das 5. und 6. Jahr der vorbereitenden wissenschaftlichen Schulen (VWO), deren Abschluss zur Hochschulreife führt

---

<sup>38</sup> Dieses nach einer sechzigjährigen Diskussion verabschiedete Gesetz zielte auf eine Verbesserung der Durchlässigkeit des Schulsystems durch eine Gliederung mit allgemeinen und beruflichen Schulen für Schüler ab 12 Jahren. Siehe: Hannah de Graauw-Rusch, Uwe Lauterbach: Niederlande. In: Internationales Handbuch der Berufsbildung, hrsg. von Uwe Lauterbach et al., CDG-Carl Duisberg Gesellschaft eV., Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2. Erg.-Lfg., 1995, S. 30f.

Die berufliche Bildung setzt mit 16 Jahren oder etwa später ein. Die Mehrheit erwirbt über berufsbildende Schulen eine Ausbildung, das Lehrlingswesen ist aber ebenfalls quantitativ erheblich vertreten. Der Hochschulsektor differenziert sich in den Berufsbildenden Hochschulunterricht (HBO) und den wissenschaftlichen Unterricht an den Universitäten (WO).

Der Berufsschulunterricht (LBO) ist ein Sammelbegriff für Schulen, die berufliche Ausbildungen vermitteln. Für die meisten Bereiche gibt es drei Stufen der Berufsausbildung: Unterstufe, Mittelstufe, Oberstufe. Nur die Schüler, die nach der Unterstufe das Abschlusszeugnis eines bestimmten Niveaus erreicht haben, können anschließend die Mittelstufe besuchen. Das theoretische Anfangsalter in den verschiedenen Bildungsgängen liegt zwischen 16 und 18 Jahren. Die Pflichtschulzeit endet mit 18 Jahren. Ab dem Alter von 16 kann die Pflichtschule jedoch in Teilzeit absolviert werden.<sup>39</sup> Die Verteilung der Jugendlichen auf die schulischen und dualen Berufsbildungswege sieht wie folgt aus (Bezugsjahr 1993/94)<sup>40</sup>:

a) Schulische Berufsbildung

- Am häufigsten ist die Langversion der schulischen Berufsbildung (MBO lange opleidingen, drei- bis vierjährig): sie macht knapp Hälfte der beruflichen Bildung auf der Sekundarstufe II aus (49,3 Prozent);
- die intermediären MBO-Bildungsgänge (MBO tussen opleidingen, mindestens dreijährig) werden von 1,7 Prozent der Erstausbildungsteilnehmer gewählt;
- die kurzen schulischen Berufsausbildungen (MBO korte opleidingen, zweijährig) verzeichnen 7,4 Prozent der Berufsbildung.

b) Lehrlingswesen, hierbei sind zwei Stufen zu unterscheiden

- Lehrlingswesen auf Anfängerniveau (Leerlingswezen primair): 17,6 Prozent der Personen in beruflicher Erstausbildung sind diesem Bildungsgang zuzuordnen; und
- Lehrlingswesen, fortgeschrittenes Niveau (Leerlingswezen voortgezet): 10,1 Prozent entfallen auf diese Bildungsrouten.

---

<sup>39</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Schlüsselzahlen zur Berufsbildung in der Europäischen Union, Luxemburg, 1997, S. 32.

<sup>40</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen ..., 1997, a.a.O., S. 54f.

Die Majorität der Jugendlichen ab dem 16. Lebensjahr (etwa 58 Prozent) besucht Bildungsgänge, die vorwiegend in einer schulischen berufsbildenden Einrichtung abgewickelt werden, etwa 28 Prozent nehmen an dualen Lehrlingsausbildungsprogrammen teil. Damit sind 86 Prozent der beruflichen Erstausbildung abgedeckt.<sup>41</sup> Der Rest verteilt sich auf erst mit 17 und häufiger mit 18 Jahren startende Berufsbildungsgänge<sup>42</sup>:

- MBO deeltijd (Teilzeitform für Erwachsene), das von 8,6 Prozent der Erstausbildungsteilnehmer frequentiert wird;
- In-service-onderwijs voor verplegende en verzorgende beroepen – Ausbildungen zur Krankenschwester/zum Krankenpfleger (2,5 bis 4 Jahre bei Beschäftigung in der Ausbildungseinrichtung: 5,3 Prozent der Berufsbildungsteilnehmer).

Im Übertrittsverhalten in die beruflichen Erstausbildung zeigen sich signifikante Veränderungen<sup>43</sup>: So konnte die MBO-Ausbildung innerhalb der letzten zwei Dekaden durchgängig hohe Steigerungsraten verzeichnen. 70 Prozent der MAVO-Abgänger entschließen sich zu einer MBO-Ausbildung. Die Teilnehmerzahlen im „Apprenticeship-System“ waren dabei rückläufig. Unter den LBO-Abgängern entscheiden sich allerdings noch mehr als 50 Prozent für diese praktisch orientierte Ausbildung.

Participatie-Unterricht<sup>44</sup>:

Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren, denen weder eine Eingliederung in

---

<sup>41</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1997, a.a.O., S. 54f.

<sup>42</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1997, a.a.O., S. 32.

<sup>43</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), Internationale bildungsstatistische Grundlagen, Vergleich der Bildungssysteme ausgewählter europäischer Länder unter Berücksichtigung der beruflichen Bildung und Hochschulbildung, Projektbericht im Auftrag des BMBF, Metzler-Poeschel-Verlag, Stuttgart, 1997, S. 152. Zudem ist auch ein Zuwachs im „horizontalen Bildungsstrom“ von der HAVO zur MBO zu verzeichnen, beiderseits auf ISCED-Stufe 3 eingruppiert aber unterschiedlich hinsichtlich ihrer Grundorientierung. Die beruflich ausgerichtete MBO-Ausbildung bildet für HAVO-Abgänger, die später an der HBO (Nichtuniversitäre tertiäre Ausbildung) studieren wollen, eine fundierte berufliche Basis.

<sup>44</sup> Siehe: de Graauw-Rusch, Lauterbach, a.a.O., 1995, S. 35f.

den Arbeitsmarkt noch in eine Berufsausbildung gelangen ist, wird entweder durch KMBO-Projekte oder den sogenannten *Participationsunterricht* Unterstützung geboten. Dieses auch „Bildungsarbeit für Jugendliche“ genannte Angebot hat die Funktion, diesen Jugendlichen mit aus dem Lehrlingswesen und der Bildungsarbeit für Erwachsene entlehnten Unterrichtselementen zu einem Neustart in einer allgemeinbildenden Schule bzw. einer Berufsausbildung zu verhelfen.

TABELLE N-1:

**Teilnehmerzahlen an den beruflichen Erstausbildungsgängen 1993-1994**  
**Prozentzahlen (n=476.000)**

Berufliche Ausbildungsgänge	Prozent	Ausbildungsanteile Schule ↔ Arbeitsplatz
Lehrlingswesen 1. Stufe	17,6	75-90 Prozent der Ausbildung in Arbeitsumgebung (Betrieb/Sonstiges)
Lehrlingswesen 2. Stufe	10,1	
MBO Kurzer Ausbildungsgang	7,4	75-90 Prozent der Ausbildung in Schule/Fachschule bzw. Berufsbildungseinrichtung
MBO Intermediärer Ausbildungsgang	1,7	
MBO Langer Ausbildungsgang	49,3	
MBO Teilzeitform	8,6	
Sonstige Ausbildungsgänge (Krankenpflege etc.)	5,3	90 Prozent und mehr der Ausbildung in Arbeitsumgebung (Betrieb/Sonstiges)

Quelle: Schlüsselzahlen zur Berufsbildung in der Europäischen Union

## Schulische Berufsausbildung

Die *berufsbildenden Schulen* im Sekundarbereich II sind vorwiegend als Vollzeitschulen mit verschiedenen Fachrichtungen eingerichtet. Die Geschicke des berufsbildenden Unterrichts der Oberstufe (MBO) werden maßgeblich von den sogenannten überregionalen Einrichtungen für berufliche Ausbildung (LOB) gelenkt.<sup>45</sup> Ihr Auftrag besteht darin, ein Kursangebotssystem von beruflicher

<sup>45</sup> Die überregionalen Einrichtungen für berufliche Ausbildung (LOB) haben im Rahmen des MBO eine wichtige Funktion inne. Sie sind nach Branchen gegliederte Fachzentren, die zwar selbst keine berufliche Erstausbildung vermitteln, aber für die eigene Branche eine kohärente Qualifikationsstruktur auf Grundlage der zwischen LOB und Wirtschaftsverbänden akkordierten Berufsprofile entwickeln sollen. Auch

Ausbildung und Erwachsenenbildung bereitzustellen.

### ***Stufen der Ausbildung***

Die schulische *MBO-Ausbildung* stellt eine in Bezug auf das Qualifikationsniveau mit dem „Apprenticeship-System“ vergleichbare Ausbildungsform dar, wobei eine analoge Gliederung *in drei Stufen* eingerichtet ist. Daher gestattet jede Stufe Übergänge in die jeweils andere Ausbildungsform, wovon jedoch nur gelegentlich Gebrauch<sup>46</sup> gemacht wird. Das Kurssystem stellt je nach Qualifikationsniveau und Fachrichtung (Technik, Sozial- und Gesundheitswesen, Wirtschaft und Verwaltung, Landwirtschaft) zwei- bis vierjährige Kurse, gefasst in einer *modularen Struktur*<sup>47</sup>, bereit. In jeder dieser Fachrichtungen werden *drei Kurse* mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau angeboten:

#### *„Short Courses“:*

entsprechen in Bezug auf das Qualifikationsniveau in etwa der „Primären Ausbildung“ (Elementarkurs) des Apprenticeship-System. Diese Kurse sind LBO- und MAVO-Absolventen unabhängig von ihren Abgangsnoten zugänglich.

#### *„Intermediate Courses“*

gelten als analog zur „Sekundären Ausbildung“ im Apprenticeship-System, die Kursdauer beträgt mindestens 3 Jahre. Der Teilnehmer wird für das Ausbildungsniveau einer selbständig arbeitenden Fachkraft qualifiziert. Als Zulassungsbedingungen gelten ebenfalls der MAVO- oder LBO-Abschluss, aber mit einem Mindestnotenerfordernis.

---

sind sie für die Vermittlung, Bereitstellung und Qualitätskontrolle von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen zuständig. Derzeit bestehen in den Niederlanden 22 überregionale Einrichtungen. Siehe: Internet-Publikation des CEDEFOP, [http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/nl\\_de.asp](http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/nl_de.asp), Stand 22.03.00, S. 3.

<sup>46</sup> Im Jahr 1992 wurden 4.500 Übertritte gezählt. Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 150.

<sup>47</sup> Die Absolvierung einer bestimmten Anzahl von Modulen (Einzelprogrammen) führt zu sog. "certificate units" von Pflicht- und Optionalcharakter. Die offiziellen Abschlussdiplome sind das Kompositum dieser Einheiten. Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 148.

### „Long Courses“

mit einer Regeldauer von 4 Jahren sollen auf Tätigkeiten der mittleren Führungsebene oder auch das selbständige Unternehmertum vorbereiten. Die Kurse können Schüler belegen, welche die MAVO oder LBO in mindestens 3 Fächern mit C-Level (=zufriedenstellend) abgeschlossen haben. Alternativ berechtigt auch der erfolgreiche Besuch von 3 Jahren HAVO oder das Abschlusszeugnis eines Short- oder Intermediate-Kurses oder der vorhergehende Besuch sog. „Guidance or Transition Courses“. Auch auf dieser Ebene ist eine gewisse Entsprechung zur Tertiären Ausbildung im Lehrlingswesen gegeben, ausgenommen aber die Zugangsberechtigung zu den Berufsbildenden Hochschulen/HBO.<sup>48</sup>

### **Praktika**

Der zwei-, drei- oder vierjährige berufsbildende Unterricht der Oberstufe (MBO), der ca. 700 verschiedene Ausbildungsgänge umfasst, wird sowohl in Vollzeitvariante (Ganztagsunterricht mit Praktika, Anteil der Berufspraxis beträgt mindestens 20 und höchstens 60 Prozent der Studiendauer) als auch in berufsbegleitender Teilzeitvariante (Berufspraxisanteil von 60 Prozent oder mehr) angeboten. *Anzumerken bleibt, dass ungefähr die Hälfte des gesamten Ausbildungsangebotes – also 350 Ausbildungen – in beiden Lernwegen absolviert werden kann.*<sup>49</sup>

Die Teilnehmer des Bildungsganges in Teilzeitform „MBO deeltijd“ streben keinen MBO-Abschluss, sondern Befähigungsnachweise in einem oder mehreren Einzelfächern an.<sup>50</sup>

An Vollzeitschulen sind einige längere Betriebspraktika (stages) obligatorisch. *Der zwei- bis dreijährige verkürzte berufsbildende Unterricht der Oberstufe (KMBO) mit stark berufsbezogenem Lehrplan und Praxisanteilen richtet sich an 16-18jährige Jugendliche, die vom MBO-Unterricht mangels Voraussetzungen ausgenommen oder auf dem Lehrstellenmarkt nicht untergekommen sind.*

---

<sup>48</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 148f.

<sup>49</sup> Siehe: Internet-Publikation von BVE Raad und COLO, [http://www.dutch-vet.nl/de/overbve\\_kwalificatie.html](http://www.dutch-vet.nl/de/overbve_kwalificatie.html), Stand 15.02.2000, S. 1.

<sup>50</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1997, a.a.O., S. 55.



## Lehrlingsausbildung

Beim Lehrlingswesen in den Niederlanden<sup>51</sup> handelt es sich um eine alternierende Berufsausbildung von Fachkräften für die Wirtschaft. 1999 waren 150.000 Betriebe im Verzeichnis anerkannter Lehrbetriebe registriert<sup>52</sup>, wobei die nationalen Organe für das Berufsbildungswesen Anstrengungen zur Werbung potentieller Lehrbetriebe unternahmen. Die Anzahl Auszubildender betrug im Jahr 1998/99 123.000; dies waren um 3.000 mehr als im Vorjahr.<sup>53</sup> Der Frauenanteil an den Lehrlingen beträgt etwa 30 Prozent.<sup>54</sup>

Das Lehrlingswesen in seiner traditionellen Verfasstheit (Praxisausbildung in einem Lehrbetrieb) ist seit Anfang der 90er Jahre für annähernd 70 Prozent aller Lehrlinge bestimmend, fast 30 Prozent aller Lehrlinge im primären Lehrlingswesen erhalten ihre Ausbildung in „alternativen“ Varianten (z. B. an mehr als einer betrieblichen Ausbildungsstätte, in graduell abgestuften Ergänzungsmaßnahmen „off the job“ etc.), was mitunter den völligen Ersatz der „on the job“-Ausbildung mit einschließt<sup>55</sup>.

Die Theoriekomponente wird in der Lehrlingsausbildung während der in der Regel zweijährigen Ausbildung ein Mal wöchentlich in einer Schule für berufsbegleitenden Unterricht gelehrt, die Praxisschulung erfolgt an vier Tagen pro Woche im Arbeitsprozess „on the job“. Bereits Anfang der 90er Jahre war jedoch die Tendenz zu erkennen, die Praxiskomponente vermehrt in „off the job“ gelegenen Lehrstellen (beispielsweise in Betriebsschulen oder Lehrwerkstätten)

---

<sup>51</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 146f.

<sup>52</sup> Siehe: Internet-Publikation von BVE Raad und COLO, [http://www.dutch-vet.nl/de/overbve\\_beroepspraktijk.html](http://www.dutch-vet.nl/de/overbve_beroepspraktijk.html), Stand 15.02.2000, S. 1.

<sup>53</sup> Statistics Netherlands: Key figures – Education and science; <http://www.cbs.nl/en/figures/keyfigures/soz4736z.htm>

<sup>54</sup> Siehe: Internet-Publikation des CEDEFOP, [http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/nl\\_de.asp](http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/nl_de.asp), Stand 22.03.2000, S. 2.

<sup>55</sup> Siehe: Jos Frietman, Die berufliche Grundausbildung in den Niederlanden: Ausbildungsformen und Entwicklungstendenzen. In: „Berufsbildung“ Nr. 2/1992, Der Unterricht an berufsbildenden und technischen Schulen, Zeitschrift des CEDEFOP, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg, 1993, S. 36.

zu vermitteln.<sup>56</sup> Der *Lehrvertrag* ist mehrheitlich mit einem Arbeitsvertrag verbunden, aber *das Gesetz schreibt dies nicht bindend vor*. In den Niederlanden wurde infolge von Lehrstellenknappheiten – neben massiver öffentlicher Förderung von Ausbildungsplätzen – die *Kopplung zwischen Lehr- und Arbeitsvertrag aufgelöst*. Dennoch versank der ursprüngliche Vertragstyp keineswegs in Bedeutungslosigkeit, sondern blieb der meist gebräuchliche.<sup>57</sup>

Die genannten Entwicklungen führten zu organisatorischen Neuerungen bei der Gestaltung der Praxiskomponente. Mit der Einführung der sogenannten *Gemeinschaftlichen Ausbildungsaktivitäten (GAA)* wurde die praktische Ausbildung in die Verantwortung einer Gruppe von Betrieben oder Einrichtungen übertragen.

So gesellten sich in den Niederlanden zum traditionellen Ausbildungstypus vier Alternativvarianten der praktischen Ausbildung hinzu, worauf inzwischen 30 Prozent aller Auszubildenden entfallen. Diese Modelle variieren allesamt entlang der beiden Variablen Ausbildung „on the job“ (im Betrieb) versus „off the job“ (Lehrwerkstätten, Betriebspraktika) und exklusive Ausbildung im Einzelbetrieb versus rotierende Ausbildung in einem Betriebsverbund. Doch selbst der Typus mit der geringsten Bindung an den Arbeitsprozess/Betrieb unterscheidet sich noch immer markant vom Praxisunterricht im Rahmen des in den Niederlanden überwiegenden schulischen Vollzeit-Berufsunterrichts.<sup>58</sup>

Zur Ausbildung auf der Elementarstufe in rund 100 Berufen – verteilt auf die *vier Fachrichtungen* („Fields“) Wirtschaft und Verwaltung, Technik, Landwirtschaft und Sozial- und Gesundheitswesen – sind Jugendliche mit einem Mindestalter von 16 Jahren bzw. erfüllter Vollzeitschulpflicht zugelassen.<sup>59</sup> Der theoretische

---

<sup>56</sup> Siehe: Jos Frietman, Ben van Onna, Das niederländische Lehrlingswesen zwischen Nachfrage und Angebot an Lehrarbeitsstellen. In: BWP-Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Heft 2/1992, Zeitschrift des BIBB-Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), W. Bertelsmann Verlag, Berlin, 1992, S. 27.

<sup>57</sup> Siehe: Frietman, van Onna, 1992, a.a.O., S. 28f.

<sup>58</sup> Siehe: Frietman, van Onna, 1992, a.a.O., S. 29.

<sup>59</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 146f.

berufsbegleitende Unterricht (BBO) findet an 1 bis 2 Wochentagen in einer „district-school“ bzw. einem regionalen Lehrlingsausbildungszentrum (Streekscholen) statt. Der praktische Ausbildungsblock vollzieht sich in Betrieben oder in von Unternehmen eingerichteten sogenannten „train workshops“ (=überbetriebliche Lehrwerkstätten). An die Grundausbildung (Primäre Ausbildung/Elementarstufe) kann eine ein- bis zweijährige Höherqualifizierung angeschlossen werden.

Die 3-Stufen-Struktur des „Apprenticeship-Systems“ gliedert sich wie folgt<sup>60</sup>:

- *Primäre Ausbildung* (Elementarkurs) vermittelt über den Zeitraum von 2 bis 3 Jahren Grundfertigkeiten für die Ausübung von Tätigkeiten auf Anfängerniveau. Voraussetzung ist ein LBO/MAVO-Abschluss oder ein Abschluss auf Sekundarstufe I (z.B. VWO/HAVO-Ausbildung).
- *Sekundäre Ausbildung* (höherqualifizierender Kurs) vermittelt bei 1- bis zweijähriger Kursdauer eine Facharbeiter-Ausbildung auf EU-Level 3. Als Zulassungsbedingung gilt der erfolgreiche Abschluss des Elementarkurses bzw. eine gleichwertige Ausbildung (skilled worker level). Diese Ausbildungsstufe mit der *Wertigkeit eines Gesellenbriefes* soll Absolventen zu selbständiger Berufsausübung befähigen.
- *Tertiäre Ausbildung* (Spezialkurs) dient der Vermittlung von beruflichen Spezialkenntnissen für eine Tätigkeit auf höherem Qualifikationsniveau innerhalb von 1 bis 2 Jahren und wird dem EU-Level 4 zugeordnet. Zulassungskriterium ist das Vorliegen einer Facharbeiterqualifikation bzw. einer gleichwertigen schulischen Ausbildung.

Probleme bereitet in der Lehrlingsausbildung der Umstand des *vorzeitigen Ausbildungsabbruches* in der Größenordnung von 40 Prozent. Auch die Förderung des Zustroms von Lehrlingen aus den Reihen neuer und insbesondere benachteiligter Zielgruppen war ein Ziel. Die Resultate blieben jedoch bescheiden.<sup>61</sup>

---

<sup>60</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 147.

<sup>61</sup> Siehe: Frietman, van Onna, 1992, a.a.O., S. 29ff.

## Gravierendes drop-out-Problem

Bereits 1990 legte die *Kommission Rauwenhoff* einen Empfehlungskatalog für die Verbesserung der Übergänge Schule – Arbeitsmarkt vor, welche in Teilen ihren Niederschlag in zwei neuen Gesetzen fand. So sollte der Start ins Berufsleben durch ein *Mindestniveau* beruflicher Qualifikationen gewährleistet sein, eine bessere Abstimmung der beruflichen Bildungsgänge erfolgen und eine Dualisierung der Ausbildungsgänge auf allen Niveaus die *Kooperation zwischen Schule und Betrieb* intensivieren.<sup>62</sup>

Allerdings konnten in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auch etwa 30 Prozent aller Jugendlichen (mit besonderer Betroffenheit städtischer Ballungsräume und allochtoner Bevölkerungsgruppen) keinen Ausbildungsabschluss erreichen. Dieser Befund hat die Regierung zur Verabschiedung eines Aktionsplanes zur Vermeidung folgenschwerer „systemimmanenter Ausgrenzung“ veranlasst, der auf *drei Aktionslinien* beruht<sup>63</sup>:

- Verhütung des frühzeitigen Schulabganges: am „riskanten“ Übergang von der vorberuflichen zur beruflichen Ausbildung sind die Schulen zur Kooperation auf regionaler Ebene aufgerufen;
- Bessere Registrierung zur Identifizierung von Jugendlichen, die aus dem Ausbildungssystem fallen: jede Gemeinde unterhält ein Büro, das alle Jugendlichen bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres (Schulabgangsalter) überprüft;
- Sondermaßnahmen zur Unterstützung besonderer (städtischer) Problemregionen.

---

<sup>62</sup> Es handelt sich dabei um das Gesetz über Sektorenbildung und Erneuerung des MBO-Unterrichts und das Gesetz über den beruflichen Kursunterricht. Siehe: De Graauw-Rusch, Lauterbach, 1995, a.a.O., S. 45.

<sup>63</sup> In den letzten Jahren wurden seitens der Regierung Finanzmittel in der Größenordnung von 48 Mio. Gulden (23,7 Mio. EURO, ca. 320 Mio. ATS) für gezielte Aktivitäten beispielsweise in Gouda und Rotterdam ausgeschüttet. Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, *Le Magazine – Bildung und Kultur in Europa*, Nr. 12/1999, Veröffentlichung der Europäischen Kommission, GD EAC Bildung und Kultur, Luxemburg, 2000, S. 22.

## Kompetenzen

Für die schulische Berufsausbildung ist das Ministerium für Unterricht und Wissenschaft zuständig. Die Bildungsstätten im berufsbildenden Unterricht und die Erwachsenenbildung sind nach dem Gesetz von 1996 die ROCs (Regionale Zentren für Ausbildungen), die für alle Bereiche außer der Landwirtschaft zuständig sind. Für letztere sind die AOCs zuständig.<sup>64</sup> Diese Zentren müssen alle aktuellen Ausbildungen anbieten. Die meisten ROCs bieten an mehreren Orten Ausbildungen an.

Für die berufspraktischen Ausbildungen sind „Landesweite Organe“ (LOBs) zuständig, in deren Vorstand Vertreter der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Bildungsstätten agieren. Sie werden aus einer Branche oder Berufsgruppe gebildet. Diese Organe sind für Praktikumpätze, Lernziele pro Berufsausbildung und Einteilung in Teilqualifikationen im Rahmen der Qualifikationsstruktur zuständig. Die Wirtschaft ist einerseits in den Vorständen der Landesweiten Organe für die berufliche Bildung und häufig auch der ROCs präsent, andererseits leistet sie durch die Bereitstellung von Praktikumpätzen einen wesentlichen Beitrag zum berufsbildenden Unterricht.<sup>65</sup>

Die berufsbildenden Schulen einschließlich der Teilzeitberufsschulen werden vom Staat oder von den Gemeinden finanziert. Die Unternehmen finanzieren die Lehrlingsausbildung selbst oder erhalten Zuschüsse aus Branchenfonds, in die alle Unternehmen einzahlen. Kleinbetriebe können staatliche Ausbildungsförderungen erhalten.

---

<sup>64</sup> Siehe: OCenW-Ministerie van Onderwijs Cultuur en Wetenschappen: Gesetz über Erwachsenenbildung und Berufsbildenden Unterricht, Das Gesetz in Grundzügen, Den Haag, Oktober 1996, S. 21.

<sup>65</sup> Siehe: OCenW-Ministerie van Onderwijs Cultuur en Wetenschappen, 1996, a.a.O., S. 22f.

## Neues Gesetz von 1996

In den Niederlanden ist 1996 ein Gesetz über *Erwachsenenbildung und berufsbildenden Unterricht (WEB)* in Kraft getreten. Wesentlich dabei ist die Entwicklung und Förderung zunehmender Selbständigkeit der Berufsschulen und eine stärkere Berücksichtigung der Anforderungen des Arbeitsmarktes. Hierbei soll das *ergebnisorientierte Finanzierungssystem*, das erst ab dem Jahr 2000 in Kraft treten wird, ein wichtiges Bindeglied zwischen Berufsbildung und Arbeitsmarkt darstellen.<sup>66</sup>

Da es sich in der beruflichen Bildung um 16- oder 18jährige Anfänger handelt, wird nicht von Schülern, sondern „Unterrichtsteilnehmern“ in der gesamten beruflichen Bildung gesprochen.<sup>67</sup>

Grundlegend werden Abschlüsse auf 5 Niveaus in der Qualifikationsstruktur, die sich an das SEDOC<sup>68</sup> anschließt, unterschieden. 4 dieser 5 Niveaus sind über den „berufsbildenden Unterricht“ zu erreichen, das 5. Niveau ist den Berufsbildenden Hochschulen vorbehalten.

Im berufsbildenden Unterricht werden ab 1. August 1997 innerhalb der erreichbaren vier Niveaus fünf Abschlüsse unterschieden, Niveau 4 enthält dabei *zwei* Abschlüsse.

---

<sup>66</sup> Siehe: OcnW-Ministerie van Onderwijs Cultuur en Wetenschappen, 1996, a.a.O., S. 5.

<sup>67</sup> Siehe: Antworten der Delegation der Niederlande. In: BMBF-Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), *Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend – Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen*, Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz vom 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn, April 1999, S. 109.

<sup>68</sup> SEDOC: *Système européen offres et demandes d'emploi dans la communauté européenne* (Informationsdienst der Gemeinschaft über Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt)

TABELLE N-2:

**Ausbildungen im berufsbildenden Unterricht in den Niederlanden nach europäischen Qualifikationsniveaus**

Niveau und Qualifikation	Ausbildung	Dauer
1. Einfache ausführende Tätigkeiten (Assistent) – Niveau 1 des europäischen SEDOC-Systems	Assistenten-ausbildung	0,5 – 1 Jahr
2. Ausführende Tätigkeiten (Arbeitskraft mit beruflicher Grundausbildung) – Niveau 2 des europäischen SEDOC-Systems	Berufliche Grundausbildung	2 – 3 Jahre
3. Vollständig selbständige Durchführung von Tätigkeiten (Fachkraft) – Niveau 3 des europäischen SEDOC-Systems	Fachausbildung	2 – 4 Jahre
4. Vollständig selbständige Durchführung von Tätigkeiten mit breiter Einsetzbarkeit bzw. Spezialisierung (mittlere Führungskraft oder Spezialist) – Niveau 4 des europäischen SEDOC-Systems	Ausbildung für mittlere Führungskräfte	3 – 4 Jahre
	Spezialisten-ausbildung	1 – 2 Jahre

Quelle: OcenW – Ministerie van Onderwijs Cultuur en Wetenschappen, Gesetz über Erwachsenenbildung und Berufsbildenden Unterricht, Das Gesetz in Grundzügen, Den Haag, Oktober 1996, S. 25

In dem neuen Gesetz werden der schulische Berufsunterricht (Vollzeitschule mit Praktikum) und der duale Berufsunterricht (Lehrlingsausbildung) in *einem Berufsunterrichtssystem* erfasst. Es gibt für alle vier Stufen jeweils zwei Wege zu einem Abschluss:

- den „berufsbildenden Ausbildungsweg“ (mindestens 20 – 60 Prozent betrieblicher Ausbildungsanteil an der gesamten Ausbildungszeit);
- den „berufsbegleitenden Ausbildungsweg“ („Beroepsbegeleidend onderwijs“), in dem 60 oder mehr Prozent betriebliche Ausbildung sind, wobei das Lehrlingswesen subsumiert wird.<sup>69</sup>

Die regionalen Bildungszentren (ROCs, zur Zeit ca. 50 an der Zahl) und die bereits zur Normalität gehörenden Berufsbildungszentren vereinen die vormals getrennten Ausbildungen von *beruflicher Ausbildung und Erwachsenenbildung*

<sup>69</sup> Siehe: OCenW-Ministerie van Onderwijs Cultuur en Wetenschappen, 1996, a.a.O., S. 27.

als integriertes Angebot an einem Lernort und sollen zur einer überregionalen Qualifikationsstruktur führen, wie dies das seit 1. Jänner 1996 in Kraft getretene Gesetz über Erwachsenenbildung und berufliche Ausbildung (WEB) bestimmt. Neben einer größeren Kohärenz im Bildungssystem zielt das WEB aber auch auf eine bessere Abstimmung auf dem Arbeitsmarkt, so durch die Einbeziehung örtlicher Arbeitgeber oder durch die Möglichkeit jeder Region zur Gründung breiter Ausbildungsgemeinschaften.<sup>70</sup> Ferner umfassen die Zielvorgaben auch die Qualitätssteigerung des Unterrichts, die Senkung der Quote der Ausbildungsabbrüche und die Heranführung benachteiligter Gruppen an einen Abschluss bzw. eine Startqualifikation.<sup>71</sup>

Das WEB-Gesetz wirkt sich in den Grundzügen wie folgt auf den BUE-Sektor (Berufsbildender Sekundarunterricht und Erwachsenenbildung) aus<sup>72</sup>:

- Größenwachstum und größere Autonomie bei den Ausbildungseinrichtungen (so können Schulen gegenüber Arbeitsämtern, anderen Schulumrichtungen oder auch privaten Teilnehmern als Anbieter von Schulungsangeboten auftreten)
- Integration der früher getrennten Arbeitsfelder des berufsbildenden Unterrichts und der Erwachsenenbildung
- neue Formen der Zusammenarbeit zwischen dem Bildungswesen und der Wirtschaft

Solcherart entstehen neue, häufig regionale Kooperationsverbände oder es werden Ausbildungsfonds ins Leben gerufen. Effekt dieser Restrukturierungen ist jedenfalls eine Erweiterung und Intensivierung des Schulungsangebotes.<sup>73</sup> Das WEB-Gesetz enthält eine Reihe von Instrumenten, mit deren Hilfe der

---

<sup>70</sup> Siehe: Internet-Publikation des CEDEFOP, [http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/nl\\_de.asp](http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/nl_de.asp), Stand 22.03.2000, S. 6f.

<sup>71</sup> Siehe: Internet-Publikation von BVE Raad und COLO, [http://www.dutch-vet.nl/de/overbve\\_weteducatie.html](http://www.dutch-vet.nl/de/overbve_weteducatie.html), Stand 15.02.2000, S. 1.

<sup>72</sup> Siehe: Internet-Publikation von BVE Raad und COLO, [http://www.dutch-vet.nl/de/overbve\\_weteducatie.html](http://www.dutch-vet.nl/de/overbve_weteducatie.html), Stand 15.02.2000, S. 1.

<sup>73</sup> Siehe: Gert Kraayvanger, Ben van Onna, Berufsorientierte Erwachsenenbildung in den Niederlanden: Entwicklungen und Diskussionen. In: „Berufsbildung“, Nr. 2/1990, Zeitschrift des CEDEFOP, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg, 1991, S. 18.



niederländische Staat die Qualität der Einrichtungen steuern und kontrollieren kann: Diese umfassen – in beispielhafter Auflistung – die Qualifikationsstruktur, Prüfungen, externe Legitimierung, Informationspflicht, Auflage zur Veröffentlichung eines Qualitätssicherungsberichtes (in Abstand von 2 Jahren) etc.<sup>74</sup>

TABELLE N-3:

**Teilnahme an der Erwachsenenbildung  
und am berufsbildenden Sekundarunterricht (BUE-Sektor)  
Kursjahr 1997/98**

BUE-Sektor	Absolutzahlen	Prozentzahlen
<b>Berufsbildender Sekundarunterricht</b>		
Berufsausbildender Lernweg	270.000	59,4
Berufsbegleitender Lernweg	123.000	27,1
Sonstige Lernwege	37.000	8,1
<b>Landwirtschaftlich berufsbildender Sekundarunterricht</b>		
Berufsausbildender Lernweg	16.650	3,7
Berufsbegleitender Lernweg	7.650	1,7
<b>Berufsbildender Sekundarunterricht</b>	<b>454.300</b>	<b>100,0/68,4</b>
<b>Erwachsenenbildung</b>	<b>210.000</b>	<b>31,6</b>
<b>BUE-Sektor insgesamt</b>	<b>664.300</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Internet-Publikation von BVE Raad und COLO, [http://www.dutch-vet.nl/de/overbve\\_kwantitatief.html](http://www.dutch-vet.nl/de/overbve_kwantitatief.html), Stand 15.02.2000, S. 1

<sup>74</sup> Siehe: Internet-Publikation von BVE Raad und COLO [http://www.dutch-vet.nl/de/overbve\\_weteducatie.html](http://www.dutch-vet.nl/de/overbve_weteducatie.html), Stand 15/02/2000, S. 2ff.

## Literaturverzeichnis

- AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Le Magazine – Bildung und Kultur in Europa, Nr. 12/1999, Veröffentlichung der Europäischen Kommission, GD EAC Bildung und Kultur, Luxemburg, 2000.
- AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Schlüsselzahlen zur Berufsbildung in der Europäischen Union, Luxemburg, 1997.
- BMBF – BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hrsg.), Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend – Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen, Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz, 1998 in Bonn, Bonn, April 1999.
- BVE RAAD/COLO, Internetpublikation unter:  
<http://www.dutch-vet.nl/de/overbve.html>, Stand 15.02.2000.
- CEDEFOP, Internetpublikation unter:  
[http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/nl\\_de.asp](http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/nl_de.asp), Stand 22.03.2000.
- CEDEFOP (Hrsg.), Das Berufsbildungssystem in den Niederlanden, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg, 1994.
- CBS – STATISTISCHES AMT DER NIEDERLANDE, Internetpublikation unter:  
<http://www.cbs.nl/en/figures/keyfigures/soz>, Stand 30.03.2000.
- DE GRAAUW-RUSCH, Hannah / LAUTERBACH, Uwe, Niederlande. In: Internationales Handbuch der Berufsbildung, hrsg. von Uwe Lauterbach et al., CDG, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2. Erg.-Lfg., 1995.
- FRIETMAN, Jos / VAN ONNA, Ben, Das niederländische Lehrlingswesen zwischen Nachfrage und Angebot an Lehrarbeitsstellen. In: BWP-Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Heft 2/1992, Berlin, 1992, S. 27-32.
- FRIETMAN, Jos, Die berufliche Grundausbildung in den Niederlanden: Ausbildungsformen und Entwicklungstendenzen. In: „Berufsbildung“, Nr. 2/1992, Der Unterricht an berufsbildenden und technischen Schulen, CEDEFOP, 1993, S. 33-37.
- KRAAYVANGER, Gert / VAN ONNA, Ben, Berufsorientierte Erwachsenenbildung in den Niederlanden: Entwicklungen und Diskussionen. In: „Berufsbildung“, Nr. 2/1990, CEDEFOP, 1991, S. 17-22.
- NETHERLANDS MINISTRY OF EDUCATION AND SCIENCE: Changing role of vocational and technical education and training, OECD-VOTEC-project, Amsterdam, autumn 1993.
- OCENW – MINISTERIE VAN ONDERWIJS CULTUUR EN WETENSCHAPPEN, Gesetz über Erwachsenenbildung und Berufsbildenden Unterricht, Das Gesetz in Grundzügen, Den Haag, Oktober 1996.
- STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN (Hrsg.), Internationale bildungsstatistische Grundlagen, Vergleich der Bildungssysteme ausgewählter europäischer Länder unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen Bildung und Hochschulbildung, Projektbericht erstellt im Auftrag des BMBF, Stuttgart, 1997.

## DÄNEMARK: DUALE BERUFSBILDUNG, SCHULISCHE BILDUNG UND INTEGRATIVE PROGRAMME

### Schulpflicht und Berufsbildungswege

Die Unterrichtspflicht in Dänemark erstreckt sich auf neun Jahre und erfasst alle Kinder und Jugendliche im Alter von 7 bis 16 Jahren. 90 Prozent der Schüler absolvieren die Ausbildung in der öffentlichen gemeindeeigenen *Folkeskole*. Auf die 9. Jahrgangsstufe der *Folkeskole* folgt ein wahlfreies 10. Schuljahr, das von ca. 45 Prozent der Schüler genutzt wird. Im dänischen Schulwesen wird keine Unterteilung in Primarbereich und Sekundarbereich I getroffen.<sup>75</sup>

1996 strömten nach Verlassen der unteren Sekundarstufe (Pflichtschule)

41 % der Jugendlichen in einer (in der Regel duale) Berufsbildung,  
39 % in gymnasiale Programme,  
13 % in höhere kaufmännische Colleges (HHX) oder höhere technische Colleges (HTX),  
2 % entfielen auf andere Bildungswege und  
5 % wurden statistisch „keiner Ausbildung“ zugeordnet.<sup>76</sup>

Zusätzlich zu den Standardprogrammen hat Dänemark ein breites Spektrum sozialintegrativer Ausbildungsangebote entwickelt. Die 90er waren vom Trend eines steigenden Zustroms in die allgemeinbildenden höheren Schulen zulasten berufsqualifizierender Bildungswege gekennzeichnet. Gesetzesänderungen 1994 haben dazu geführt, dass sich Berufsausbildungen auf Sekundarstufe II (HHX und HTX) an den kaufmännischen und technischen Schulen von den Lehrlingskursen entfernt und graduell an gymnasiale Strukturen angenähert haben.<sup>77</sup>

---

<sup>75</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Strukturen der allgemeinen und beruflichen Bildung in der Europäischen Union, 1995, S. 71.

<sup>76</sup> Siehe: OECD, Thematic Review of the Transition from Initial Education to Working Life, Country Note Denmark, March 1999, S. 13.

<sup>77</sup> Siehe: Internet-Publikation des CEDEFOP unter [http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/dk\\_en.asp](http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/dk_en.asp), Stand 24.02.2000, S. 2.

Im April 1999 verabschiedete das dänische Parlament ein Programm zur Verbesserung der Qualität der Gesamtheit des allgemeinen und beruflichen Bildungsangebots für Jugendliche (Gesetz Nr. 234), das am 1. Jänner 2001 in Kraft treten wird. Dieses zielt nicht auf eine Entwicklung neuer Bildungsgänge ab, sondern vielmehr auf die Erhöhung der Flexibilität und Verbreiterung der „Eingangsportale“ zur Erleichterung des Überganges aus dem Pflichtschulbereich in weiterführende Bildungsgänge. Damit wird das Ziel verfolgt, bis zum Jahr 2005 95 Prozent der Jugendlichen eines Alterjahrgangs zu einem anerkannten Ausbildungsabschluss zu führen. Mit diesem Ansatz soll dem Drop-out-Problem begegnet werden.<sup>78</sup> Insbesondere die Zahl der Ausbildungsabbrecher während der betrieblichen Ausbildungsabschnitte war Ende der 90er zu hoch – so brach etwa in den technischen Ausbildungsprogrammen jeder vierte Teilnehmer seine Ausbildung ab.<sup>79</sup>

### **Technisches Gymnasium (HTX) und Handelsgymnasium (HHX)**

Beide Bildungsgänge richten sich im allgemeinen an Schüler im Alter von 16 bis 19 Jahren, sind als dreijährige schulische Vollzeitausbildung organisiert und „there is no workplace-based component“<sup>80</sup>. Zwischen 1990/91 und 1995/96 konnte man im Zulauf ein absolutes Wachstum von 34.000 SchülerInnen (+ 45 Prozent) verzeichnen, das zu Lasten der Lehrlingsausbildung und allgemeinbildender Ausbildungsprogramme ging.<sup>81</sup>

Zulassungsvoraussetzung für das *HTX* ist, dass der Schüler seitens der *Folkeskole* als „gymnasialgeeignet“ eingestuft wurde. Dabei handelt es sich um

---

<sup>78</sup> Siehe: Internet-Publikation des CEDEFOP unter [http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/dk\\_en.asp](http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/dk_en.asp), Stand 24.02.2000, S. 2.

<sup>79</sup> Siehe: Internet-Publikation des CEDEFOP unter [http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/overview/eu-avr99\\_de.asp](http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/overview/eu-avr99_de.asp), Stand 22.03.2000, S. 6.

<sup>80</sup> Siehe: OECD, Thematic Review of the Transition from Initial Education to Working Life, Country Note Denmark, March 1999, S. 16.

<sup>81</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 28.

ein gänzlichliches Abgehen von der vor 1991 geltenden Regelung, wonach ein Gymnasialanwärter nachweislich das Berufsgrundbildungsjahr (EFG) hinter sich gebracht haben muss. Die Ausbildung beginnt mit einem halbjährigen Pro-pädeutikum, in welchem die Hälfte des Unterrichts allgemeinbildend ist, die andere Hälfte dem Unterricht in einer beruflichen Ausbildung entspricht. Danach ist der Unterricht eindeutig gymnasial aufgebaut. Es sollen gleichzeitig ein berufsqualifizierender Abschluss und die Hochschulzugangsberechtigung erreicht werden. Schüler haben ständig die Möglichkeit, in eine berufliche Ausbildung oder ein allgemeinbildendes Gymnasium zu wechseln (unter Anrechnung des HTX-Besuches).<sup>82</sup>

Die dreijährige Vollzeitausbildung zum Höheren Handelsexamen/Wirtschaftsabitur (*HHX*) wird häufig als Einstieg in einen der beruflichen Ausbildungsgänge der Handelsschulen genutzt oder um Hochschulzugang zu erlangen. Zulassungsvoraussetzung für das *HHX* ist, dass der Schüler als gymnasialgeeignet eingestuft wurde. Nach dem ersten Jahr, das berufsfeldweit für alle Ausbildungswege der Handelsschulen unterrichtet wird, wird die Eignung zum Übergang in den zweijährigen Zweig zum Höheren Handelsexamen überprüft.<sup>83</sup>

Alternativ und generell ist auch hier – unter Anrechnung der im *HHX* absolvierten Zeit – die Möglichkeit des jederzeitigen Wechsels in eine berufliche Ausbildung oder ein allgemeinbildendes Gymnasium gegeben. Weniger als die Hälfte der Absolventen des ersten Jahres setzen ihre Ausbildung zum Höheren Handelsexamen fort. Trotz ihres primären Zieles, Schüler nicht direkt auf die Berufsausübung sondern die universitäre Bildung vorzubereiten, nimmt ein wachsender Anteil – ca. 50 Prozent der *HHX*-Studenten und ein Sechstel der *HTX*-Studenten – anschließend eine Lehre auf, um dann erst recht auf die tertiäre Bildung einzuschwenken.<sup>84</sup>

---

<sup>82</sup> Siehe: Dänisches Unterrichtsministerium, Ausbildung an beruflichen Schulen in Dänemark, Kopenhagen, Juni 1998, S. 10.

<sup>83</sup> Siehe: Uwe Lauterbach, Wolfgang Huck: Dänemark. In: Internationales Handbuch der Berufsbildung, hrsg. v. Uwe Lauterbach et al., CDG-Carl Duisberg Gesellschaft e.V., IHBB-Grundwerk, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden o. J., S. 40.

<sup>84</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 16.

## Berufliche Grundausbildung (EUD) – Lehrlingswesen

Die Berufliche Grundausbildung (Erhvervsuddannelser, EUD)<sup>85</sup> bildet den größten Anteil an der beruflichen Bildung für Jugendliche in Dänemark. Die Regelungen im Lehrlingswesen werden in einem komplexen Dreiparteien-Verfahren zwischen Regierung und Sozialpartnern verhandelt.<sup>86</sup> Ende der 90er Jahre wurden anstelle der vor 1991 bestehenden fast 300 fachlichen Grundausbildungen 85 Berufsgruppen mit über 200 möglichen Spezialisierungen angeboten. Dabei treten zahlreiche Ausbildungsgänge, die im alten System eigenständige Berufe hervorbrachten, nunmehr als *Spezialisierungen* – darunter finden sich auch viele Neuschöpfungen – eines berufsfeldbreiten Ausbildungsbereichs in Erscheinung.<sup>87</sup> Die – abschließend besprochene – Reform 2000 bringt wiederum neue Ausbildungszuschnitte.

Trotz der prinzipiellen Möglichkeit der Aufnahme einer Lehre mit 16 Jahren, entfielen 1995/96 nur 36 Prozent aller Lehrverhältnisse auf Jugendliche zwischen dem 15. und 19. Lebensjahr, 42 Prozent zählten bereits zwischen 20 und 24 Jahren und 22 Prozent waren 25 Jahre und älter.<sup>88</sup> Grundbildungen werden den Teilnehmern über einen Zeitraum von in der Regel 3 bis 4 Jahren (aber auch 2,5 bis 5 Jahre sind möglich) in alternierenden Berufsschul- und Arbeitsplatzperioden vermittelt.<sup>89</sup>

Die Ausbildungsgänge enthalten einen Berufsschulanteil von bis zu 80 Wochen über die gesamte Ausbildungszeit. Während der gesamten Ausbildungsdauer

---

<sup>85</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 80ff.

<sup>86</sup> Siehe: Danish Ministry of Education, National education authority: The important and innovative features of the REFORM-2000 of the Danish VET system, January 1999, S. 2f.

<sup>87</sup> Siehe: Lauterbach, Huck, a.a.O., S. 42.

<sup>88</sup> Siehe: Office for Official Publications of the European Commission, 2000, a.a.O., S. 149.

<sup>89</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Schlüsselzahlen zur Berufsbildung in der Europäischen Union, Luxemburg, 1997, S. 39.

(also auch in der Unterrichtszeit in der Berufsschule) bezieht der Auszubildende eine Ausbildungsvergütung. Wesentlich hierbei: die Personalkosten während der Schulperioden werden den Unternehmen aus dem kollektiven Ausbildungsfonds der Arbeitgeber (AER)<sup>90</sup> refundiert. Die Frage der „Lehrstellenversorgung“ ist aber auch damit keineswegs gelöst. Im Gegenteil, die zwingende Verbindung von Lehrlingsausbildung und Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb wurde aufgelöst. Auch ein Jugendlicher ohne Ausbildungsvertrag kann in die Berufsausbildung gelangen.

1995/96 hatten aber 87 Prozent der Jugendlichen in Berufsbildungen einen betrieblichen Ausbildungsplatz (two-track System), die restlichen 13 Prozent der Lehrlinge verblieben auf der schulischen Schiene; 11 Prozent blieben während der gesamten Programmdauer *ohne betrieblichen Arbeitsvertrag*.<sup>91</sup>

Mit 1. Januar 1991 ging die bislang von den Arbeitsämtern ausgeübte Vermittlungstätigkeit betrieblicher Ausbildungsplätze auf die beruflichen Schulen über. Gleichzeitig wurden die bestehenden Regelungen zur Ausbildungsbefugnis insofern gelockert, als sich nunmehr hochspezialisierte Betriebe, die für sich genommen keine Ausbildungsbefugnis erreichen würden, Ausbildungsvereinbarungen treffen können, was den Ausbildungsplatzpool insgesamt vergrößern soll.

## **Sozialintegrative Programme**

Von den individuellen Programmen, denen die „Education for All“-Initiative des Lehrlingsausbildungsgesetzes zugrunde liegt, kann im direkten Anschluss an

---

<sup>90</sup> Die Unternehmen leisten einen finanziellen Beitrag, der 1991 bei 400 DKR (ca. 750 ATS) pro Arbeitnehmer lag. Ausbildungsbetriebe können eine Abschreibung von 6000 DK (ca. 10.800 ATS) pro Lehrling/Jahr vornehmen. Siehe: CEDEFOP, Vocational education and training in Denmark, Berlin 1995, S. 56. Seit 1990 werden die Aufwendungen für überbetriebliche Lehrwerkstätten aus dem AER bestritten. Die Verwaltung des AER, einer gemeinnützigen Einrichtung, erfolgt gemeinschaftlich durch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Siehe: Lauterbach, Huck, o.J., a.a.O., S. 19.

<sup>91</sup> Siehe: Office for Official Publications of the European Commission, Young People's Training, Key Data on Vocational Training in the European Union, Luxemburg, 2000, S. 91.

das 9. Jahr die *Folkeskole* Gebrauch gemacht werden, aber die Praxis zeigt, dass auf sie häufig nach Fehlversuchen in anderen Ausbildungen zurückgegriffen wird. „Thus they serve as a form of educational safety net, preventing young people from having to drop out of the system completely“.<sup>92</sup>

Die alternativen Bildungsoptionen umfassen das „Vocational Basic Training (EGU)“, die „Individually Organised Youth Education or Open Youth Education (FUU)“ und die „Production Schools“. Jugendliche können zwischen den Programmen wechseln und zahlreiche Kommunen werten den Besuch von Produktionsschulen als taugliche Vorstufe für die Teilnahme an einem EGU-Programm.<sup>93</sup> Jede Gemeinde ist darüber hinaus per Gesetz verpflichtet, den „Verbleib“ aller Jugendlichen unter 20 Jahren zu registrieren und drop-outs wieder zurückzuholen. „Abgängigen“ Jugendlichen (weder in Ausbildung noch in existenzsichernder Erwerbstätigkeit noch beihilfebeziehend) wird im Zuge eines persönlichen Interviews ein Berater oder Mentor der Begleitagentur (youth guidance service) zur Seite gestellt, mit der Zielvorgabe, einen persönlichen „Aktionsplan“ zu entwickeln, dessen Fortschritt halbjährlich überprüft wird.<sup>94</sup>

Unter dem Titel „Bridge-Building“<sup>95</sup> ist nach der 9. Schulstufe bis zu einem Alter von 19 Jahren eine Art Orientierungslehrgang möglich (Dauer zwischen 5 und 40 Wochen). Typischerweise umfassen sie vierwöchige Betriebspraktika, Schulausbildung in Ausbildungszentren für Anlernberufe von durchschnittlich 8 bis 10 Wochen. Für Benachteiligte und Minderqualifizierte gibt es hierbei noch ein spezielles Eingliederungsprogramm.<sup>96</sup>

---

<sup>92</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 13.

<sup>93</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 16.

<sup>94</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 37.

<sup>95</sup> Siehe: Internet-Publikation des CEDEFOP unter [http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/dk\\_en.asp](http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/dk_en.asp), Stand 24.02.2000, S. 3.

<sup>96</sup> Siehe: DIHT-Gesellschaft für berufliche Bildung, EU-Handbuch zur Bildungspolitik, Bonn 2000, S. 79.



### ***Vocational Basic Training (EGU)***

Mit 1. August 1993 ist ein neues Gesetz über die berufliche Grundbildung (*EGU*) in Kraft getreten, in welchem zum Zwecke einer verbesserten individuellen „Passform“ weder Ausbildungsabschlüsse noch Ausbildungsinhalte festgelegt, sondern lediglich der Rahmen für die *EGU*-Kurse abgesteckt wird, die aus kombinierbaren Elementen bestehen und auf Kommunalebene organisiert werden.<sup>97</sup> Die Kurse dauern zwei Jahre (Verlängerungsmöglichkeit auf drei Jahre) und beinhalten eine praktische Ausbildung in Betrieben und begleitendem Unterricht in technischen Colleges oder AMU-Zentren (Labour market training centres).<sup>98</sup> „Designed to assist the weakest students in a flexible way“<sup>99</sup>, soll den teilnehmenden Jugendlichen der Übergang in einen beruflichen Bildungsgang an eine technische oder kaufmännische berufsbildende Schule oder den Arbeitsmarkt erleichtert werden.

Der jährliche Zustrom wird mit 2 - 3 Prozent einer Jahrgangsguppe an Schulabgängern (entspricht in etwa 1.000 - 1.500 Jugendlichen aus einer Kohorte von ca. 50.000) prognostiziert, ihre Reichweite ist also vergleichsweise beschränkt und es gibt auch keine nennenswerten Expansionsbestrebungen, „lest it comprise the apprenticeship system by blurring the clear demarcation that exists in Denmark between work that is 'skilled' and requires a formal occupational qualification, and work that is 'unskilled' and does not.“<sup>100</sup>

### ***Individuelle Kurse (FUU)***

Die 1995 eingeführten schulbasierten zwei- bis dreijährigen *FUU*-Programme für Jugendliche mit mangelhaften Ausbildungsvoraussetzungen werden kontroversieller beurteilt als die *EGU*-Kurse. Ebenfalls für weniger leistungsstarke

---

<sup>97</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1997, a.a.O., S. 29, S. 39.

<sup>98</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 85f.

<sup>99</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 17.

<sup>100</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 17.

Jugendliche konzipiert und stark an die Prinzipien der „freien“ (unabhängigen) Schulen angelehnt, steht ihre Bilanz deutlich hinter jener der *EGU*-Programme zurück, was sie dem Vorwurf aussetzt, „to be simply a way in which the length of the transition period is extended and clear decisions about the future are delayed.“<sup>101</sup>

### **Produktionsschulen**

Produktionsschulen wurden in den späten 70er Jahren als ein von der Europäischen Gemeinschaft mitgetragenes Experiment ins Leben gerufen. Sie können nach dem Gesetz von 1985 auf Initiative der Kommunal- und Kreisbehörden eingerichtet werden. Mittlerweile gibt es 109 dieser Einrichtungen.<sup>102</sup> Sie bieten als „open-entry, open-exit institutions“<sup>103</sup> im Rahmen eines 12 Monate dauernden Kurses ein kombiniertes Ausbildungs- und Arbeitsprogramm für unter 25jährige ohne Formalqualifikationen und ohne Arbeit in verschiedenen Fachrichtungen (Land- und Forstwirtschaft, Textilgewerbe, Kunst- und Möbeltischlerei usw.) an. Sie zielen darauf ab, „to rapidly reinsert such young people into mainstream education and employment“<sup>104</sup>.

Die Erfahrung von Produktivität wird als erzieherisches Instrument zum Aufbau von Ausbildungsbereitschaft eingesetzt. Als besondere Merkmale können sozialintegrative und persönlichkeitsbildende Züge ebenso wie die Flexibilität der Lehrpläne und der Unterrichtsmethoden wie auch die Tatsache genannt werden, dass es keinen festen Fächerkanon gibt und nach der Verbindung des Unterrichts mit marktorientierten Aktivitäten (Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen) getrachtet wird. Der Lehrer-Schüler-Schlüssel beträgt 1:5 und jedem Student wird projektbegleitend ein „counsellor“ zur Seite gestellt.

---

<sup>101</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 17.

<sup>102</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 85 und OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 39f.

<sup>103</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 39.

<sup>104</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 17.

Jährlich durchlaufen ca. 12.000 Jugendliche über einen durchschnittlichen Zeitraum von 4 Monaten dieses Programm, oft als weitere Etappe in einer „Programmkarriere“. Eine Schätzung aus 1997 geht davon aus, dass 60 Prozent der ehemaligen Teilnehmer einer Weiterbildung oder einer Arbeit nachgehen, 10 Prozent weitere Arbeitsmarktprogramme beanspruchen, sich 15 Prozent anderen Aktivitäten (Militärdienst, Kindererziehung) widmen und 15 Prozent arbeitslos bleiben.<sup>105</sup> Im Gegensatz zu *EGU*- und *FUU*-Programmen führt ihr Besuch zu keinen formalen Qualifikationen.

### **Verlängerte Ausbildungszeiten, verspätete Berufseintritte**

Einerseits gibt es Stimmen, die vor einem sich bereits jetzt abzeichnenden Facharbeitermangel warnen, andererseits ziehen junge Dänen immer häufiger „Schleifen“ im Ausbildungssystem. Ein Problem wird hierbei vor allem in dem nach hinten verlagerten Entscheidungszeitpunkt gesehen, welcher allem Anschein nach im „Selbstverständnis“ junger Dänen breit verankert ist.

Junge Dänen verbleiben hierdurch relativ lange im Bildungssystem. So verfolgt die Mehrheit der Jugendlichen keinen linearen Ausbildungsweg, sondern Ausbildungswechsel und parallele Ausbildungen – ohne den Anspruch, diese in multiplen Abschlüssen einzulösen, wobei sie zudem oft noch einer begleitenden Beschäftigung nachgehen. Bei den 25jährigen stehen 53 Prozent in einem Arbeitsverhältnis, 21 Prozent sind in Ausbildung und berufstätig, 9 Prozent arbeitslos und über 11 Prozent können keine gesicherten Angaben gemacht werden.<sup>106</sup> Zeitliche Spannen und Verzerrungen finden sich auch auf höheren Bildungsebenen wieder: „In the early 1990s the average gap between completing general upper education and starting tertiary education was two and a half years, and this had grown significantly in the previous decade.“<sup>107</sup>

Der im internationalen Vergleich spät erfolgende Eintritt in die Berufsbildung (1.

---

<sup>105</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 40f.

<sup>106</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 24f.

<sup>107</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 24.

Schwelle) und der in der Folge zurückversetzte „volle“ Eintritt in die Berufstätigkeit (2. Schwelle) kennt mehrere Verursachungsfaktoren, hier illustriert durch einige Fakten<sup>108</sup>:

- Das „double dipping“, also die Verfolgung „mehrgleisiger“ Ausbildungsambitionen, genießt bei den SchülerInnen große Beliebtheit, d.h. sie beginnen parallel oder sequentiell mehr als eine Ausbildung, ohne den Ehrgeiz multipler Abschlüsse.
- 60 Prozent aller Schüler absolvieren das freiwillige 10. Jahr der *Folkeskole*.
- Nach dem Abschluss einer allgemeinbildenden Höheren Sekundarstufe (Gymnasium oder HF) schreiben sich 12 Prozent für einen HHX- bzw. HTX-Kurs ein und weitere 9 Prozent nehmen – nach einer durchschnittlichen einjährigen „Schaffenspause“ eine Lehre oder Ausbildungskurse auf (Zahlen aus 1992/93). Der Anteil der „doppelqualifizierten“ Jugendlichen (Sekundarschul- und Berufsabschluss) hat sich von Anfang der 80er bis Mitte der 90er von acht auf 15 Prozent fast verdoppelt.
- Das Einstiegsalter für die Aufnahme einer Lehre stieg zwischen 1993 und 1997 von knapp über 20 Jahren auf knapp 22 Jahre.
- Das Alter, in welchem 50 Prozent einer Altersgruppe beschäftigt sind, aber nicht mehr in Ausbildung stehen, stieg zwischen 1989 und 1996 um drei Jahre von 21 auf 24 Jahre an.<sup>109</sup>

Diese Entwicklungen führten Berufsbildungsexperten zu dem Schluss, dass „the Danish education and training system has not been flexible enough to create combinations of general and vocational education within a single qualification that can be taken within a relatively shorter period.“<sup>110</sup>

## **Reform der Berufsausbildung 2000**

Mit der im April 1999 verabschiedeten Reform zum Ausbildungswesen in Dänemark soll sich eine das segmentierte und verzweigte System ersetzende neue Systematik entfalten, die auf Erhöhung der Übersichtlichkeit, Vereinfachung der Wahl, verstärkte „Interaktivität“ zwischen Berufs- und Weiter-

---

<sup>108</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 25f.

<sup>109</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 56.

<sup>110</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 28.

bildung, Kundenorientierung und Individualisierbarkeit der Bildungswahl anstelle „genormter“ Bildungsstandards setzen soll.<sup>111</sup>

Vor dem Übertritt der Pflichtschulabgänger in den zehn- bis 60wöchigen Einführungskurs der Berufsschulen (vor der Lehrlingsausbildung!), erstellt jeder Jugendliche mit seinem Begleitbetreuer ein „Inventar“ seiner Leistungen, Potentiale und Ziele. Diesem berufswunschexplorativen Programm wird von Befürwortern Vorzug vor dem oftmals als „time out“ verstandenen 10. Jahres der *Folkeskole* eingeräumt.<sup>112</sup>

Um die Wahl des angestrebten Berufes zu erleichtern, werden die 85 Lehrberufe in *sieben Beschäftigungsfeldern* (Technologie und Kommunikation / Bau- und Anlagengewerbe / Handwerk und Technik / Lebensmittel, Gastronomie, Hotel- und Gastgewerbe / Maschinenbau, Transport und Logistik / Dienstleistung / Wirtschaft-Handel, Bürowirtschaft und Bankwesen) zusammengefasst, um damit breitere Eintrittsportale in das Berufsbildungswesen einzurichten. Von jeder dieser Grundausbildungen, die in „Basiskursen“ absolviert werden, öffnen sich die Türen zu graduellen beruflichen Spezialisierungen, die in einem „Hauptkurs“ erlernt werden und mit den 85 Ausbildungsgängen im jetzigen Berufsbildungssystem übereinstimmen.<sup>113</sup>

Im internationalen Vergleich stellt dies eine Verstärkung von Ansätzen dar, wie sie in den 90er Jahren in Schweden und Norwegen (1994) eingeschlagen wurden, die von 11 bis 14 Beschäftigungsfelder bzw. Berufsclustern ausgingen.<sup>114</sup> Auch der Einfluss des finnischen Systems der modularisierten Ausbildungskurse ist unverkennbar.<sup>115</sup>

---

<sup>111</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 43ff.

<sup>112</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 43.

<sup>113</sup> Siehe: Dänisches Unterrichtsministerium, Die neue Struktur – Berufliche Bildung in Dänemark, Dänemark, Mai 2000, S. 17.

<sup>114</sup> Siehe: OECD, Thematic Review, 1999, a.a.O., S. 44.

<sup>115</sup> Sh. Internet-Publikation des CEDEFOP unter [http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/overview/eu-avr99\\_de.asp](http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/overview/eu-avr99_de.asp), Stand 22.03.2000, S. 3. Der "finnische Weg" definiert Module als 38 Unterrichtseinheiten

Auf die mit einem Abschlusszeugnis zertifizierte Grundausbildung folgt die berufliche Spezialisierung in der Hauptausbildung, die den Auszubildenden mindestens auf das vor der Reform gegebene berufsfachliche Niveau qualifizieren soll. Die volle Hauptausbildung dauert normalerweise 3,5 Jahre, beginnend mit einem betrieblichen Praktikum und alternierenden Abschnitten in Schule und Betrieb (Sandwich-System). Die Gesellenprüfung bildet den Abschluss der Hauptausbildung.

### **Modulares Berufsschulangebot**

Das schulische Curriculum unterscheidet zwischen

- Grundlagenfächern und berufsfeldbreiten Qualifikationen, denen jeweils ein Drittel der Unterrichtszeit gewidmet sind, und
- Schwerpunktfächern (zum Erwerb von Zusatzqualifikationen)
- sowie Wahlfächern, die jeweils ein Unterrichtssechstel belegen.

Die Inhalte der Gegenstände werden von den Ausbildungsstätten in Kooperation mit den lokalen Ausbildungskomitees festgelegt und in der Folge die ermittelten Prinzipien in praktischen Unterricht transformiert.<sup>116</sup> Für die Schulperioden sind in Summe maximal 60 Wochen (1,5 Jahre) und damit *ein Drittel der Ausbildungszeit* veranschlagt.<sup>117</sup> Wie bisher – siehe weiter oben – werden die Personalkosten, die während des Berufsschulbesuchs anfallen, über einen Ausbildungsfonds der Wirtschaft an die Lehrbetriebe refundiert.

Das modulare Organisationsprinzip des Curriculums soll Individualisierung der Lernwege und den Übergang von der beruflichen Erstausbildung in die

---

verteilt auf 8 Wochen. Alle 8 Wochen muss der Jugendliche seine Wahl für die nächste Ausbildungsrunde bekanntgeben, damit die Schuladministration die Allokation von Personal und Unterrichtsräumlichkeiten sicherstellen kann. Ein Programm dauert zwischen 2 und 4 Jahren. Siehe: Danish Ministry of Education, 1999, a.a.O., S. 9.

<sup>116</sup> Siehe: S. P. Nielsen, Vocational education and training in Denmark, CEDEFOP, Berlin 1995, S. 47.

<sup>117</sup> Siehe: Dänisches Bildungsministerium, 2000, a.a.O., S. 17ff. und Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 81f.

Weiterbildung unter Wahrung systemischer Kohärenz ermöglichen. Die Berufsschulen, die ihrerseits Verfahren zur Qualitätssicherung zu installieren haben<sup>118</sup>, werden Module in einem Katalog oder einer Matrix ausstellen, aus welchem sich die Auszubildenden während der Grundausbildung ihr persönliches Ausbildungs Menü zusammenstellen können.

Mit Einführung eines flexibel strukturierten Angebotes von Zusatzqualifikationen soll eine innovative Verknüpfung von Aus- und Weiterbildung durch einen Katalog von Kursen und Modulen herbeigeführt werden.<sup>119</sup>

### ***Persönlicher Bildungsplan und individuelles Logbuch***

In einem kooperativen Verfahren mit der Berufsschule bzw. einem sogenannten Kontaktlehrer entwickelt der Auszubildende seinen persönlichen Bildungsplan, sozusagen als Begleitdokument seines Ausbildungsweges. Zu Ausbildungsbeginn werden die vorgesehenen Lernsequenzen festgelegt und Berufsschule und Betrieb sind ihrerseits dazu verpflichtet, die kontinuierliche Lernspirale durch Aufstellung bzw. Revidierung des jederzeit abänderbaren Portfolio aufrechtzuerhalten.

Die Einführung eines individuellen Logbuches soll dazu beitragen, die alternierenden Sequenzen in Betrieb und Berufsschule besser zu koordinieren und die faktischen Lernresultate zu dokumentieren. Das Logbuch versteht sich als ein „pädagogisches Werkzeug“, das dem Auszubildenden systemische Zusammenhänge und seine aktive Rolle im Lernprozess verdeutlichen soll.<sup>120</sup>

### ***Flexibilisierte Qualifikationsebenen***

Doppel- und Teilqualifizierung sollen gestufte Kombinationen oder Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung ermöglichen. Die *Doppelqualifizierung*

---

<sup>118</sup> Siehe: Dänisches Bildungsministerium, 2000, a.a.O., S. 30f.

<sup>119</sup> Siehe: Dänisches Bildungsministerium, 2000, a.a.O., S. 23.

<sup>120</sup> Siehe: Dänisches Bildungsministerium, 2000, a.a.O., S. 24f.

ermöglicht Auszubildenden den Besuch von Parallelkursen mit allgemeinen (akademischen) Fächern. Die verlängerte Ausbildungsdauer kann entweder in den Flexibilitätspuffern der Grundausbildung (10 bis 60 Wochen) oder einer nachgeordneten Weiterbildung (bis zu 1,5 Jahre) untergebracht werden. Die Ergänzungsfächer zur Erfüllung der Aufnahmebedingungen z.B. der Universität werden normalerweise aus dem Curriculum des gewerblichen Abiturs (*HTX*) entnommen.

Die *Teilqualifizierung* für Jugendliche mit geringerem Leistungsvermögen ist in zwei Varianten (mit einer Mindestdauer von 2 Jahren) zugänglich: Entweder als klar definierter und integrierter Teil einer „normalen“ Ausbildung mit der Anerkennung von beruflicher Kompetenz in einem spezifischen Arbeitsmarktsegment oder als individuell zusammengestelltes Paket mit impliziter Option auf eine „vollwertige“ Berufsausbildung.

Vorsichtige Schätzungen beziffern das jährliche Klientel mit 1-3 Prozent der Neuzugänge (also in etwa 250-750 Auszubildende).<sup>121</sup>

### ***Option auf „additive“ akademische Vorbildung***

Die dänischen Kollegs zur Lehrlingsausbildung offerieren Programme allgemeinbildender Zielsetzung (*HHX* und *HTX*) als auch Programme mit berufsbildender Ausrichtung. Die relative Abschottung zwischen diesen beiden Optionen soll über die Reform 2000 aufgehoben werden.

- Die erste Option sieht vor, dass bei einem „Schienenwechsel“ nach einem bzw. eineinhalb Jahren eine „Gutschrift“ bzw. Anrechnung der erworbenen Kenntnisse innerhalb der Startperiode in der anderen Ausbildungsspur erfolgt.
- Der zweite „Spurwechsel“ ist durch die Öffnung der allgemeinbildenden Programme für Jugendliche aus laufenden oder auch abgeschlossenen berufsbildenden Programmen, welche durch den Erwerb von Modulen oder

---

<sup>121</sup> Siehe: Dänisches Bildungsministerium, 2000, a.a.O., S. 28f.



Unterrichtseinheiten in allgemeinbildenden Fächern eine Doppelqualifizierung erhalten, möglich. Diese „akademischen Programme“ vermitteln u.a. Hochschulzugangsberechtigung.<sup>122</sup>

Insgesamt sollen die Verbindungen zwischen den *HHX*- und *HTX*-Programmen, der Lehre und den Sicherheitsnetzprogrammen dichter geknüpft werden, um mehr Jugendliche von der „Systemperipherie“ in das zentrale Qualifizierungssystem zu bringen. Mit diesen Maßnahmen und einer verstärkt projektbasierten Pädagogik ist das Ziel einer Attraktivierung des Lehrlingswesens verbunden.

---

<sup>122</sup> Siehe: Danish Ministry of Education, 1999, a.a.O., S. 5, S. 18.

## Literaturverzeichnis

- AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Schlüsselzahlen zur Berufsbildung in der Europäischen Union, Luxemburg, 1997.
- AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Strukturen der allgemeinen und beruflichen Bildung in der Europäischen Union, Luxemburg, 1995.
- CEDEFOP, Internet-Publikation  
[http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/overview/eu-avr99\\_de.asp](http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/overview/eu-avr99_de.asp), Stand 22.03.2000.
- CEDEFOP, Internet-Publikation  
[http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/dk\\_en.asp](http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/report/dk_en.asp), Stand 24.02.2000.
- DÄNISCHES BILDUNGSMINISTERIUM [ausgearbeitet von Søren P. Nielsen, Dänisches Landesinstitut für das Berufsschulwesen (DEL) für das Bildungsministerium], Die neue Struktur: Berufliche Bildung in Dänemark, Dänemark, Mai 2000.
- DÄNISCHES UNTERRICHTSMINISTERIUM, Internet-Publikation  
<http://www.uvm.dk/eng/publications/factsheets/fact6.htm>, Stand 03.05.2000.
- DÄNISCHES UNTERRICHTSMINISTERIUM [Publikation verfasst von Bent Bräuner und Casper Syskind in Absprache mit dem Verband der Handelsschuldirektoren und dem Verband der Direktoren der technischen Schulen durch Finanzierung des Unterrichtsministerium], Ausbildung an beruflichen Schulen in Dänemark, Kopenhagen, Juni 1998.
- DANISH MINISTRY OF EDUCATION, NATIONAL EDUCATION AUTHORITY: The important and innovative features of the REFORM-2000 of the Danish VET system, January 1999.
- DIHT – Gesellschaft für berufliche Bildung (Hrsg.) [Autorin: Barbara Fabian, DIHT Brüssel unter Mitarbeit von Michaela Gassmann], EU-Handbuch zur Bildungspolitik, Themen und Fakten, Bonn, 2000.
- LAUTERBACH, Uwe / HUCK, Wolfgang, Dänemark. In: Internationales Handbuch der Berufsbildung, hrsg. von Uwe Lauterbach et al., CDG – Carl Duisberg Gesellschaft e. V., IHBB-Grundwerk, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, o.J.,
- NIELSEN, Søren P.: Vocational education and training in Denmark, CEDEFOP, Berlin, 1995.
- OECD, Thematic Review of the Transition from Initial Education to Working Life, Country Note Denmark, March 1999.
- OFFICE FOR OFFICIAL PUBLICATIONS OF THE EUROPEAN COMMISSION, Young People's Training, Key Data on Vocational Training in the European Union, Luxemburg, 2000.

## LUXEMBURG: GEMISCHTES SYSTEM AUS BERUFLICHEN SCHULEN UND LEHRLINGSWESEN

### Schulpflicht und nachfolgende Bildungswege

Die Schulpflicht in Luxemburg umfasst elf Schuljahre (4. bis 15. Lebensjahr), und gliedert sich in eine zweijährige „Vorschulerziehung“, gefolgt von einer sechsjährigen Primarbildung in der Grundschule und einer dreijährigen Sekundarbildung.<sup>123</sup> Der Primarbereich umfasst sechs Jahrgangsstufen. Für die zahlreichen ausländischen Kinder gibt es sogenannte „Einführungsklassen“. Nach der Primarschule sind die Schüler verpflichtet, weitere drei Jahre (vom 12. bis zum 15. Lebensjahr) eine Schule des Sekundarbereichs in Vollzeitform zu besuchen.

Die schulischen Ausbildungen mit beruflicher Orientierung der Sekundarstufe sind mehrheitlich „alternierende“ Berufsausbildungen, die sich aber durch eine große Variationsbreite zwischen Phasen schulischen Unterrichts und Betriebspraktika auszeichnen.<sup>124</sup> Nicht alle Jugendlichen erfüllen jedoch nach Beendigung der Schulpflicht die Voraussetzungen für eine weiterführende Ausbildung. Um diesen Jugendlichen ebenfalls ein berufliches Vorankommen zu ermöglichen, wurden in den letzten Jahren verstärkt Ausbildungsgänge unterhalb des qualifizierten Facharbeiterniveaus geschaffen.<sup>125</sup>

Das berufliche Bildungswesen ist ein Mischsystem aus beruflichen Schulen und Lehrlingswesen. 1979 wurden mit dem *Gesetz über das technische Sekundar-*

---

<sup>123</sup> Die Besuchsquote im Bereich der vorschulischen Erziehung beträgt nahezu 100 Prozent. Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Strukturen der allgemeinen und beruflichen Bildung in der Europäischen Union, Luxemburg, 1995, S. 259.

<sup>124</sup> Siehe: DIHT-Gesellschaft für berufliche Bildung (Hrsg.), EU-Handbuch zur Bildungspolitik - Themen und Fakten, Barbara Fabian unter Mitarbeit von Michaela Gassmann, Bonn, 2000, S. 89.

<sup>125</sup> Siehe: Wolfgang Huck: Luxemburg. In: Internationales Handbuch der Berufsbildung, Länderstudie Luxemburg, hrsg. von Uwe Lauterbach et al., CARL DUISBERG GESELLSCHAFT e. V. (CDG), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2. Erg.-Lfg., 1995, S. 43

*schulwesen* die vormaligen unterschiedlichen Ausbildungsmöglichkeiten an Fachschulen, höheren Fachschulen, im Lehrlingswesen usw. in einem gesetzlichen Rahmen über das technische Sekundarschulwesen zusammengeführt. Das traditionelle Lehrlingswesen sowie die schulischen Ausbildungsgänge sind hierbei formal integriert, ohne dass die organisatorischen Strukturen grundsätzlich geändert wurden.<sup>126</sup>

Die Berufsausbildung findet in Luxemburg schwerpunktmäßig in schulischer Bildungstradition statt. Die technischen Sekundarschulen bieten hier umfassende Qualifizierungsangebote. Die Bedeutung der Lehre hat sich auf einem vergleichsweise bescheidenen zahlenmäßigen Niveau eingependelt. Die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer als einfache Fachkräfte spielt in Luxemburg eine erhebliche Rolle in der Arbeitskräfterekrutierung.<sup>127</sup> Die Berufsausbildung als solche hat jedoch sukzessive Differenzierungsmöglichkeiten inkorporiert, sodass sowohl leistungsschwächere wie auch leistungstärkere Jugendliche adäquate Förderungs- und Ausbildungsangebote vorfinden. 15 Prozent der Jugendlichen erreichen ein allgemeines Abitur, 8 Prozent ein Fachabitur, 2 Prozent einen Facharbeiterbrief, 22 Prozent einen Gesellenbrief. Die verbleibenden 53 Prozent gelangen auf anderen Bildungswegen zu arbeitsmarktverwertbaren Qualifikationen (Abschluss der 3. Klasse der allgemeinbildenden Sekundarschule, eine abgeschlossene Ausbildung in nichtärztlichen Heilberufen etc.).<sup>128</sup>

---

<sup>126</sup> Siehe: Wolfgang Huck: Luxemburg. In: Internationales Handbuch der Berufsbildung, hrsg. von Uwe Lauterbach et al., CDG, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2. Erg.-Lfg., 1995, S. 28.

<sup>127</sup> Siehe: Dieter K. Reibold: Die Berufsausbildung in Europa – ein internationaler Vergleich: Ein Kurzüberblick über die allgemeine und berufliche Bildung in über 25 Staaten Europas, expert-Verlag, Reihe Praxiswissen Wirtschaft Nr. 38, Renningen-Malmsheim 1997, S. 201.

<sup>128</sup> Siehe: CEDEFOP, Das Berufsbildungssystem in Luxemburg, Monographie erstellt von José Frideres-Poos u.a. im Auftrag des CEDEFOP, Luxemburg, 1996, S. 39.

## Lehrlingswesen

Luxemburg kennt seit 1929 eine Tradition der Ausbildung nach dem dualen System, doch bestand von Anfang an in bestimmten Berufssektoren auch eine Ausbildung in schulischer Vollzeitform. Seit Ende der 60er Jahre hat aber eine Entwicklung eingesetzt, die immer mehr Berufsbildungen in die Schule verlegt, wobei aber längere Praktika in Betrieben vorgesehen sind. Die schulischen Berufsbildungswege sind besonders für die technischen und kaufmännischen Berufe relevant, während die duale Ausbildung vorrangig noch im Handwerksbereich oder der Vorbereitung zu Verkäufer/Verkäuferin zu finden ist.<sup>129</sup> Das Bildungssystem Luxemburgs wurde immer von den Nachbarländern beeinflusst. An Deutschland orientierte sich die duale Ausbildung, an Belgien und Frankreich lehnt sich die schulische Vollzeitausbildung an.

Eine Lehrstellenlücke, wie in anderen Ländern mit dualen Systemen, kennt das Land nicht, wie aus der Beantwortung einer einschlägigen Frage durch Experten hervorgeht:

„Im Großherzogtum Luxemburg stellt sich die Frage eines ausreichenden Ausbildungsangebotes nicht. Im Gegenteil, die Zahl der Lehrstellenbewerber ist nicht ausreichend, um alle angebotenen Ausbildungsplätze zu besetzen.“<sup>130</sup>

Momentan gibt es im Bereich der beruflichen Erstausbildung in Luxemburg *drei Formen der Lehrlingsausbildung* mit unterschiedlichen Abschlüssen<sup>131</sup>:

1. Qualifizierte Facharbeiterausbildung mit Abschluss CATP (certificat d'aptitude technique et professionnelle, Lehrabschlussbrief): Es handelt sich hierbei um einen traditionell vollqualifizierenden Facharbeiterausbildungsgang, dual, vollzeitschulisch oder auch in Mischform (ein oder zwei Jahre

---

<sup>129</sup> Siehe: Antworten der Delegation Luxemburgs, in: BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), *Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend – Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen*, Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz vom 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn, April 1999, S. 105.

<sup>130</sup> Antworten der Delegation Luxemburgs, a.a.O., 1999, S. 105.

<sup>131</sup> Siehe Wolfgang Huck, 1995, a.a.O., S. 35f.

Schule, zwei bzw. ein Jahr Betrieb) organisiert.

2. Ausbildungsgang mit Abschluss CCM (Certificat de capacité manuelle, praktisch-beruflicher Befähigungsnachweis): Dabei handelt es sich um einen Ausbildungsgang mit vorwiegendem Vorkommen im Bereich Handwerk und Gewerbe in ausgewählten Berufen für leistungs- bzw. lernschwächere Schüler in der Form einer dreijährige Lehre im dualen System. Die Besonderheit liegt darin, dass bei der praktischen Abschlussprüfung weitgehend auf theoretische Prüfungsanteile verzichtet wird. Von den Teilnehmern beruflicher Erstausbildungsgänge entfielen 1993-94 4,9 Prozent auf das CCM.<sup>132</sup>
3. Ausbildungsgang mit Abschluss CITP (certificat d'initiation technique et professionnelle, technisch-berufliches Einführungszeugnis): Auf schwierige oder lernschwache Schüler ist die Möglichkeit einer CITP-Ausbildung mit eingeschränktem Theorieteil und unter Auslassung der theoretischen Abschlussprüfung zugeschnitten. Bei der berufspraktischen Abschlussprüfung ergibt die Summe der bestandenen Module das Schlusszertifikat im theoretischen Teil. Der Abschluss CITP gilt als Berufsbefähigungsnachweis, aber nicht als vollwertiger Berufsabschluss. Die zum CITP führende Ausbildung ist gleichwertig zur Lehrlingsausbildung, kennt jedoch keine schulischen Voraussetzungen.<sup>133</sup> Von diesem Bildungsangebot machten 1994-94 1,3 Prozent aller Teilnehmer beruflicher Erstausbildungsgänge Gebrauch.<sup>134</sup>

Die durchschnittlich dreijährige „Lehrlingsausbildung“ besteht aus einer Ausbildung im Betrieb (32 Wochenstunden) mit – je nach Beruf – unterschiedlichen Anteilen theoretischer Unterweisung im Rahmen allgemeiner und fachlicher Begleitkurse an einer technischen Sekundarschule (berufliches Lycée) oder an Berufsschulzentren im Umfang von mindestens 8 Wochenstunden (z.B. in Handwerksberufen) bis zu maximal 20 Schulwochenstunden (z.B. bei der Industrielehre zum Verfahrensmechaniker)<sup>135</sup>.

Die Lehrlingsausbildung ist der traditionelle und schwerpunktmäßige Bildungs-

---

<sup>132</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1997, a.a.O., S. 52.

<sup>133</sup> Siehe: CEDEFOP, Internetpublikation, unter:  
<http://www.trainingvillage.gr/etv/library/apprenticeship/country/1.asp>,  
Stand 28.06.2000, S. 5.

<sup>134</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1997, a.a.O., S. 52.

<sup>135</sup> Siehe: Wolfgang Huck, 1995, a.a.O., S. 38.

weg für Berufe des Handwerks, der Industrie, des Handels, des Hotel- und Gaststättengewerbes, der Landwirtschaft und der Pflege- und Sozialberufe.<sup>136</sup>

Ende der 90er Jahre gab es insgesamt 130 Ausbildungsberufe, wobei etwa 80 allein auf das Handwerk entfallen, 20 auf die verarbeitende Industrie, 10 auf den Handel, der Rest verteilt sich auf Landwirtschaft und Gartenbau, Hotelfach und Tourismus und Hauswirtschaft.<sup>137</sup>

Lehrlinge in der betrieblichen Ausbildung erhalten eine zwischen Regierung und zuständigen Berufskammern ausverhandelte Ausbildungsvergütung, wobei das Mindestgehalt<sup>138</sup> für Lehrlinge in Variation von Ausbildungsberuf und Lehrjahr durch eine ministerielle Regelung festgelegt wird, und gegebenenfalls „aufgebessert“ durch erfolgs- und berufsabhängige staatliche Zuschüsse. Man unterscheidet drei Varianten<sup>139</sup>:

- Der Duale Ausbildungsweg (*filière concomitante*), d.h. die klassische Lehre nach der 9. Klasse des fachbezogenen Sekundarschulunterrichts, kombiniert eine auf einem Lehrvertrag basierende mindestens dreijährige betriebspraktische Ausbildung mit dem Besuch berufsbildender theoretischer Begleitkurse in einem technischen Gymnasium (Umfang von mindestens 8 Wochenstunden).
- Der „gemischte“ Ausbildungsgang (*filière mixte*) besteht nach Abschluss der 9. Klasse entweder aus einem einjährigen Vollzeitunterricht mit anschließendem zweijährigen Teilzeitunterricht plus Betriebspraktikum oder umgekehrt aus einem zweijährigen Vollzeitunterricht gefolgt von einem einjährigen Teilzeitunterricht mit Betriebspraktikum.
- Die dritte Variante des vollzeitschulischen Ausbildungsganges, wo die dreijährige Ausbildung zur Gänze im Klassenzimmer erteilt wird, ist auf einige wenige Berufe limitiert.

---

<sup>136</sup> Siehe: Dieter K. Reibold, 1997, a.a.O., S. 201., sh. weiters Wolfgang Huck, 1995, a.a.O., S. 30f.

<sup>137</sup> Siehe: Dieter K. Reibold, 1997, a.a.O., S. 202, weiters CEDEFOP, Internetpublikation, unter [http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/overview/avr99\\_de.asp](http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/overview/avr99_de.asp), Stand 22.03.2000, S. 9.

<sup>138</sup> So betrug beispielsweise die minimale Ausbildungsvergütung für Maschinenschlosser im 1. Lehrjahr 13.568 lfr (ca. 4.600 ATS), im 2. Lehrjahr 18.093 lfr (ca. 6.200 ATS), im 3. Lj. 23.743 lfr (ca. 8.100 ATS) und nach dem erfolgreichen Examen 35.054 lfr (ca. 12.000 ATS). Siehe: Wolfgang Huck, 1995, a.a.O., S. 38.

<sup>139</sup> Siehe: CEDEFOP, 1996, a.a.O., S. 41.

In Zahlen ausgedrückt entfielen 1993-94 17,7 Prozent aller Teilnehmer an beruflichen Erstausbildungsgängen auf das alternierende Ausbildungssystem mit Ausbildungsvertrag (klassische Lehre und gemischter Ausbildungsgang zusammengefasst), knapp gefolgt von der rein schulischen Variante mit einer Besuchsquote von 15 Prozent.<sup>140</sup>

Nach Einschätzung einer Luxemburger Expertendelegation geht der Trend in Luxemburg zusehends in die Richtung eines Ausbildungsbeginnes mit einem ersten vollzeitschulischen Ausbildungsjahr, gefolgt von 2 Jahren Ausbildung nach dem Dualsystem. Die Delegierten führten weiter aus, dass im technologischen Bereich die schulische Vollzeitausbildung im Verbund mit Betriebspraktika vorrangig bleiben würde.<sup>141</sup>

Begleitend zur Lehre haben die Berufskammern ein Maßnahmenbündel geschnürt, welches u.a. folgende Maßnahmen inkludiert: Einführung eines Lehrlingsheftes zur Protokollierung betrieblicher und schulischer Lernfortschritte, Durchführung von ebenfalls erfolgsmessenden Zwischentests nach dem 1. Lehrjahr zum Zwecke der Planung weiterer Ausbildungsetappen und die Einführung einer Beratungs- und Vermittlungsagentur für alle Lehrbeteiligten und Ausbildungsbelange (inklusive Abstimmung der Ausbildung auf technische Modernisierung).<sup>142</sup>

Das niedrige zahlenmäßige Niveau der betrieblichen Berufsausbildung wird im Zeitverlauf durch die zwischen 1980 und 1996 stattgefundene Halbierung (Minus von 58 Prozent) der Berufsausbildungsverträge illustriert, welche für 1995/96 gezählte 570 Verträge bzw. Ausbildungsverhältnisse im Vergleich zu durchschnittlich 850 neuen Verträgen in der Periode zwischen 1975-1985 bei

---

<sup>140</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1997, a.a.O., S. 52.

<sup>141</sup> Siehe: Antworten der Delegation Luxemburgs, 1999, a.a.O., S. 108.

<sup>142</sup> Siehe: CEDEFOP, Internetpublikation, 28.06. 2000, a.a.O., S. 8.



einer Wohnbevölkerung von 400.000 Einwohnern registrierte.<sup>143</sup> Dem ersten und chronischen Defizit an Facharbeitern in der Industrie mit ihren 100 Unternehmen und 27.000 Beschäftigten mit einem CATP-Abschluss könnte zwar durch eine belebte Lehrlingsausbildung die Spitze genommen werden, die fortbestehende Knappheit an Lehrkandidaten hat aber zahlreiche vormals ausbildungsüberzeugte Betriebe zu Rückschnitten in ihrem Ausbildungsvolumen veranlasst.

Im Handwerk bietet sich ein ähnliches Bild.<sup>144</sup> Aus diesem Grunde hat die Handelskammer sogar die Veröffentlichung von Statistiken zur Lehrlingsregistrierung eingestellt, weil das zum CATP-Niveau führende Ausbildungsangebot im Falle der Industrierberufe größtenteils auf einer vollzeitschulischen Basis von „Lycées Techniques“ (technical schools) bereitgestellt wird.<sup>145</sup>

## Schulische Berufsbildung

In den technischen Gymnasien werden – in zwei unterschiedlichen Niveauebenen – doppeltqualifizierende vollzeitschulische Ausbildungsgänge angeboten, die auch Lehrlingen – unter Anerkennung von zwei Ausbildungsjahren – direkt im Anschluss an die berufliche Lehre zur Weiterqualifizierung offen stehen.<sup>146</sup>

### *Régime de la formation de techniciens:*

Diese Techniker-Ausbildung ist ein schulischer Vollzeit-Ausbildungsgang und gliedert sich in je zwei zweijährige Ausbildungsabschnitte (Mittel- und Oberstufe). Es richtet sich an Schüler, die das neunte Schuljahr der Unterstufe des technischen Sekundarschulunterrichts (berufstheoretischer Zweig eines allgemeinbildenden oder technischen Gymnasiums) erfolgreich bestanden haben

---

<sup>143</sup> Siehe: CEDEFOP, Internetpublikation, Stand 28.06.2000, a.a.O., S. 3.

<sup>144</sup> Siehe: CEDEFOP, Internetpublikation, 28.06. 2000, a.a.O., S. 3. Im Handwerk beschäftigten Mitte der 90er Jahre 4.000 Unternehmen mehr als 43.000 Personen, was einem Anteil von ca. einem Viertel am gesamten Beschäftigtenstand entspricht. Zwischen 1982 und 1994 wurden 14.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, dennoch ist dieser Wirtschaftssektor von einem Defizit an Facharbeitern mit CATP nachhaltig betroffen.

<sup>145</sup> Siehe: CEDEFOP, Internetpublikation, 28.06.2000, a.a.O., S. 3.

<sup>146</sup> Siehe: Wolfgang Huck, 1995, a.a.O., S. 7.

bzw. in definierten Fällen als direktes Fortsetzungsangebot an Absolventen einer Berufsausbildung mit CATP-Abschluss.

Der Abschluss der Oberstufe, zertifiziert durch einen Facharbeiterbrief (Diplôme de technicien), ist auf der einen Seite direkt berufsqualifizierend, ermöglicht aber auch ein fachgebundenes Studium im tertiären Bereich.<sup>147</sup> 1993-94 entfielen 14,9 Prozent aller Teilnehmer beruflicher Erstausbildungsgänge auf diesen Ausbildungszweig.<sup>148</sup>

*Régime technique:* Das sogenannte régime technique als vierjährige schulische Vollzeitausbildung (2 Jahre Mittelstufe, 2 Jahre Oberstufe) umfasst folgende Ausbildungsgrundrichtungen:

- landwirtschaftliche Berufe,
- verwaltungstechnische und kaufmännische Berufe,
- Berufe im Bereich Hotel und Touristik,
- medizinische und soziale Berufe,
- künstlerische Berufe und
- Techniker (allgemein)

Für die Aufnahme in eine Fachrichtung benötigen die Anwärter eine gute Beurteilung in der neunten Technikklasse eines beruflichen oder allgemeinbildenden Gymnasiums.

Nach bestandener Prüfung am Ende des elften Schuljahres wechseln die Schüler in eine Ausbildungsrichtung der Oberstufe. Hierbei gibt es Abteilungen für verwaltungstechnische oder kaufmännische Berufe, medizinische oder soziale Berufe sowie Techniker-Berufe. Die beiden erstgenannten Abteilungen führen zum Fachabitur („diplome de fin d'etudes secondaires techniques“), und zur fachgebundenen Hochschulreife, während die dritte Abteilung mit dem Techniker-Diplom abschließt.

Im Hinblick auf den Zugang zu den anerkannten Ausbildungsberufen und die Beschäftigung im öffentlichen Dienst sind der Facharbeiterbrief und das Fachabitur gleichgestellt und das Fachabitur wiederum ist gleichwertig zum allge-

---

<sup>147</sup> Siehe: Dieter K. Reibold, 1997, a.a.O., S. 199.

<sup>148</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1997, a.a.O., S. 52.

meinbildenden Abitur.<sup>149</sup> Zahlen aus 1993-94 ordnen 31 Prozent aller Teilnehmer beruflicher Erstausbildungsgänge dieser Ausbildungsform zu.<sup>150</sup>

## **Kompetenzverteilung und Zuständigkeiten**

Das gesamte allgemeine und berufliche Bildungswesen von der vorschulischen Erziehung bis hin zur universitären Hochschulbildung fällt in die Zuständigkeit des *Ministeriums für Unterricht und berufliche Ausbildung*. Ausarbeitung und Verwaltung der Berufsausbildungen sind überwiegend vom Drei-Parteien-Modell bestimmt, worin die Kammern eine wichtige Position innehaben. Im übrigen erfolgt der soziale Dialog innerhalb von Kommissionen und Gremien (z. B. Ausschuss für die Koordination der Berufsausbildung, nationale Ausbildungs- und Lehrlingskommission etc.), die sich aus Vertretern des Ministeriums für Erziehung und berufliche Bildung, den Sozialpartnern und anderen sozio-ökonomischen Akteuren, unter anderem auch den Unternehmen, zusammensetzen.<sup>151</sup>

Die Kompetenzen der Kammern reichen von der Mitberatung bei Gesetzesentwürfen im Bereich der Berufsbildung über die Festlegung der Ausbildungsberufe, bis hin zu den Ausbildungsregelungen. Auch die Überwachung der betrieblichen Ausbildung obliegt den Kammern.<sup>152</sup>

---

<sup>149</sup> Siehe: DIHT – Deutscher Industrie- und Handelstag (Hrsg.), EG-Binnenmarkt – Berufsausbildung, Eine Kurzdarstellung von Sigrid Kümmerlein und Joachim Häußler, Bonn, 1989, S. 25., sh. weiters Wolfgang Huck, 1995, a.a.O., S. 33f., sh. weiters CEDEFOP, 1996, a.a.O., S. 38.

<sup>150</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1997, a.a.O., S. 52.

<sup>151</sup> Siehe: DIHT – Gesellschaft für berufliche Bildung (Hrsg.), 2000, a.a.O., S. 90.

<sup>152</sup> Siehe: Wolfgang Huck, 1995, a.a.O., S. 13f.

## Finanzierung

Die Kosten der betrieblichen Ausbildung werden von den Unternehmen aus eigenen Mitteln getragen, für die schulische Berufsbildung kommt das Unterrichtsministerium aus seinem Haushalt auf. Lehrlinge in der betrieblichen Ausbildung erhalten eine zwischen Regierung und zuständigen Berufskammern ausverhandelte Ausbildungsvergütung.<sup>153</sup> Diese wurde über die letzten Jahre beträchtlich angehoben.

Mit dem am *12. Mai 1987 verabschiedeten Gesetz zur Förderung der Lehre* wurde ein Fonds eingerichtet, welcher für Ausbildungsbetriebe wie Lehrlinge substanzielle finanzielle Unterstützung vorsieht. Jeder Arbeitgeber, der einen Lehrling unter Vertrag nimmt, ist dazu berechtigt, eine achtprozentige Vergütung (zwölfprozentige in Handwerk und Gewerbe) auf das Lehrlingsentgelt zu beziehen, eine zusätzliche 12prozentige „finanzielle Zuwendung“ bei Lehrlingsausbildung in einem von strukturellem Fachkräftemangel gekennzeichneten Beruf und nicht zuletzt die proportional zum Lehrlingsentgelt bemessene Rückerstattung des Arbeitgeberanteiles zur Sozialversicherung.<sup>154</sup>

Eine weitere Neuerung bezüglich der Finanzierung der Ausbildungskosten ist die Einführung von Prämien an Lehrbetriebe, welche Auszubildende zu einem positiven Abschluss ihrer Ausbildung führen.<sup>155</sup> Jedoch kann auch der Lehrling in den Genuss staatlicher Beihilfen kommen: so kann er einen Bonus von monatlich 1.500 LuxFR (ca. 500 ATS) bei Prüfungsbestehen und einen zusätzlich Anreizbonus von monatlich 2.400 LuxFR (ca. 800 ATS) geltend machen, wenn er die Lehre in einem von Lehrlingsknappheit betroffenen Beruf ergreift.<sup>156</sup>

---

<sup>153</sup> Siehe: DIHT, 1989, a.a.O., S. 27.

<sup>154</sup> Siehe: CEDEFOP Internetpublikation, 28.06. 2000, a.a.O., S. 8f.

<sup>155</sup> Siehe: Antworten der Delegation Luxemburgs, 1999, a.a.O., S. 105.

<sup>156</sup> Siehe: CEDEFOP, Internetpublikation, 28.06. 2000, a.a.O., S. 8f.

## Veränderungen seit Mitte der 80er Jahre

Mit dem Gesetz vom 30. Mai 1984, das eine erste Neufassung des Gesetzes vom 21. Mai 1979 (Homogenisierung des fachbezogenen Sekundarschulunterrichts und Einführung der Gleichwertigkeit der Zeugnisse der verschiedenen Ausbildungswege und damit von Übergängen zwischen den Zweigen) vornimmt, wurde dem fachbezogenen Sekundarschulunterricht größere Flexibilität verliehen. Obwohl laut Gesetz von 1979 die Lehrlingsausbildung in Form einer alternierenden Ausbildung erfolgt, sieht das Gesetz von 1984 die *Möglichkeit einer rein schulischen Ausbildung für den Fall eines Lehrstellenmangels in der betreffenden Berufssparte bei gleichzeitig anhaltender Nachfrage nach qualifiziertem Fachpersonal* vor. Ferner erweitert das Gesetz von 1984 die Zugangsmöglichkeiten zum CCM (Certificat de capacité manuelle – Zeugnis über den Erwerb manueller Grundfertigkeiten).

Durch das jüngste Gesetz vom 4. September 1990 wird das Gesetz vom 21. Mai 1979 neuerlich umgestaltet und harmonisiert. Es verfolgt das Ziel, eine größeren Zahl von Jugendlichen zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung zu verhelfen, die Anstrengungen rund um die Berufsorientierung zu intensivieren bzw. die Berufsausbildung als solche aufzuwerten und zukunftstauglich zu machen.<sup>157</sup>

Als Beispiel für eine Reforminitiative in der beruflichen Erstausbildung kann das Projekt PROF angeführt werden. Ausgehend von den Lernzielen der Abgangsklassen beruflicher Bildungswege erfolgt die schrittweise Durchgestaltung der Ausbildungsgänge auf Grundlage der Bestimmung eines Berufsprofils, gefolgt von der Erarbeitung der jahrgangsgestufteten Rahmenprogramme und der schlussendlichen Konzeption ausführlicher Lehrpläne.<sup>158</sup>

---

<sup>157</sup> Siehe: CEDEFOP, 1996, a.a.O., S. 26.

<sup>158</sup> Siehe: CEDEFOP, 1996, a.a.O., S. 62, sh. weiters <http://www.trainingvillage.gr/etv/library/apprenticeship/country/1.asp>, Stand 28.06.2000, S. 11.

Ein weiterer Handlungsbedarf entspringt dem Umstand eines sich verschärfenden Ungleichgewichtes zwischen den alternierenden Berufsausbildungen im Handwerks- und Industriebereich im Vergleich zum Dienstleistungssektor. Es ist absehbar, dass der Dienstleistungssektor nicht mehr mit der an ihn gestellten Nachfrage nach Praktikumplätzen Schritt halten kann und so verspricht man sich von einer Re-Attraktivierung der Erstausbildung z.B. im Handwerk spürbare Entlastungseffekte.<sup>159</sup>

---

<sup>159</sup> Siehe: DIHT, 2000, a.a.O., S. 90.

## Literaturverzeichnis

- AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Schlüsselzahlen zur Berufsbildung in der Europäischen Union, Luxemburg, 1997.
- AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Strukturen der allgemeinen und beruflichen Bildung in der Europäischen Union, Luxemburg, 1995.
- BMBF – BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hrsg.), Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend – Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen, Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz vom 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn, April 1999.
- CEDEFOP, Internetpublikation, Apprenticeship in the Grand Duchy of Luxemburg, unter <http://www.trainingvillage.gr/etv/library/apprenticeship/country/1.asp>, Stand 28.06.2000.
- CEDEFOP, Internet-Publikation, unter [http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/overview/eu-avr99\\_de.asp](http://www.trainingvillage.gr/etv/vetsystems/overview/eu-avr99_de.asp), Stand 22.03. 2000.
- CEDEFOP, Das Berufsbildungssystem in Luxemburg, Monographie erstellt von José Frideres-Poos u.a. im Auftrag des CEDEFOP, Luxemburg, 1996.
- DIHT – Gesellschaft für berufliche Bildung (Hrsg.), EU-Handbuch zur Bildungspolitik – Themen und Fakten, Autorin: Barbara Fabian, DIHT Brüssel, unter Mitarbeit von Michaela Gassmann, Bonn, 2000.
- DIHT – DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSTAG (Hrsg.), EG-Binnenmarkt – Berufsausbildung, Eine Kurzdarstellung von Sigrid Kümmerlein und Joachim Häußler, Bonn, 1989.
- WOLFGANG HUCK: Luxemburg. In: Internationales Handbuch der Berufsbildung, Länderstudie Luxemburg, hrsg. von Uwe Lauterbach et al., CARL DUISBERG GESELLSCHAFT e. V. (CDG), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2. Erg.-Lfg., 1995.
- REIBOLD, Dieter K., Die Berufsausbildung in Europa – ein internationaler Vergleich: Ein Kurzüberblick über die allgemeine und berufliche Bildung in über 25 Staaten Europas, expert-Verlag, Reihe Praxiswissen Wirtschaft Nr. 38, Renningen-Malmsheim, 1997.

## SCHWEIZ: BETRIEBSLEHRE IN EINEM VERÄNDERTEN UMFELD

### Schulpflicht und Struktur des Bildungswesens

Die Struktur des Bildungswesens in der Schweiz weist mit der zum akademischen Studium führenden Allgemeinbildung und der Berufsbildung zwei traditionellerweise durch nur wenige Schnittstellen verbundene Bildungsrouten auf.<sup>160</sup> Diese Trennung in zwei Bildungssphären wurde durch die Einführung der Berufsmaturität 1993, welche Lehrabsolventen Zugang zu den neuen Fachhochschulen (welche aus den früheren Höheren Fachschulen seit 1997 hervorgehen) ebnet, relativiert.

In der Schweiz setzt die Primarschule im Alter von sechs bzw. sieben Jahren ein. Der Erfüllung der *neunjährigen allgemeinen Schulpflicht* ist durch den Besuch der Volksschule, die sich in eine vier- bis sechsjährige Primarstufe und eine drei- bis fünfjährige Sekundarstufe I gliedert, nachzukommen.

In einigen Kantonen ist der Sekundarbereich I ohne externe Differenzierung, in anderen lassen sich die verschiedenen Bildungsgänge entweder Schulformen mit einem obligatorischen Basislehrplan oder Schulen mit einem erweiterten obligatorischen Lehrplan zuordnen.<sup>161</sup> Für den Eintritt in eine weiterführende nachobligatorische Bildungsinstitution des Sekundarbereichs II sind der Notendurchschnitt sowie gegebenenfalls eine Aufnahmeprüfung ausschlaggebend.<sup>162</sup> Mit Ausnahme des sog. „Zwischenjahres“ zur beruflichen Vorbildung bzw. Berufswahlvorbereitung nach Abschluss der obligatorischen Schule existieren in der Schweiz auf Sekundarstufe I keine berufsvorbereitenden Bildungsgänge.<sup>163</sup>

---

<sup>160</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), Internationale bildungsstatistische Grundlagen, Vergleich der Bildungssysteme ausgewählter europäischer Länder unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen Bildung und Hochschulbildung, Metzler-Poeschel-Verlag, Stuttgart, 1997, S. 102.

<sup>161</sup> Siehe: OECD, Bildung auf einen Blick, OECD-Indikatoren, Paris, 1996, S. 325.

<sup>162</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 131.

<sup>163</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 106.



## Übergang nach Absolvierung der Schulpflicht

Der Übertritt in das berufliche Bildungswesen erfolgt in der Regel nach Abschluss des obligatorischen 9jährigen Schulbesuchs, allenfalls nach Besuch eines *Zwischenjahres*. Im Anschluss an die Schulpflicht erfolgt eine Differenzierung in:<sup>164</sup>

- Die Betriebslehre in Betrieb und Berufsschule als häufigste Form der weiterführenden Ausbildung in der Schweiz
- berufliche Vollzeitschulen (Fachschulen)
- Anlehre
- Lehrkräfteausbildung (für die Primarschule etc.)
- Assistentenausbildungen in Pflegeberufen
- allgemeinbildende Bildungsgänge

Etwa zwei Drittel der Jugendlichen strömen in eine Form der Berufsbildung, 15 Prozent besuchen das Gymnasium und 5 Prozent andere allgemeinbildende Schulen.<sup>165</sup> Innerhalb der Sekundarstufe II ist einerseits nach wie vor eine Dominanz der betrieblichen Berufsausbildung gegeben, wie sie in keinem anderen Land zu verzeichnen ist, andererseits ist eine etwa 5-prozentige Verschiebung zugunsten der allgemeinbildenden Wege im letzten Jahrzehnt feststellbar. Gerade weil in der Schweiz die Betriebslehre – vor allem in den deutschsprachigen Regionen so dominant war und ist – hat auch diese Veränderung erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit gefunden.<sup>166</sup>

Neben der Betriebslehre verleihen einige der Beruflichen Vollzeitschulen (Handelsschulen und Öffentliche Lehrwerkstätten) einen der Betriebslehre formal

---

<sup>164</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 104f.

<sup>165</sup> Siehe: Dieter K. Reibold: Die Berufsausbildung in Europa – ein internationaler Vergleich: Ein Kurzüberblick über die allgemeine und berufliche Bildung in über 25 Staaten Europas (=Reihe Praxiswissen Wirtschaft Nr. 38), expert-Verlag, Renningen-Malmsheim 1997, S. 287.

<sup>166</sup> Siehe dazu: Philip Gonon: Neue Reformbestrebungen im beruflichen Bildungswesen in der Schweiz, in: Berufsbildung - Europäische Zeitschrift des CEDEFOP-Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Hrsg.), Nr. 17, Thessaloniki (GR) 1999, S. 53.

äquivalenten Abschluss.<sup>167</sup>

Anzumerken ist, dass in der Schweiz betriebliche Berufsbildung in den deutschsprachigen Regionen vorherrscht und dass es eine unverkennbare Tendenz zur rein schulischen Ausbildung in den französisch und italienisch sprechenden Kantonen des Tessin und der Westschweiz gibt.<sup>168</sup>

TABELLE CH-1:

**Abgeschlossene Ausbildung der Zwanzigjährigen in %**

Bildungsweg	1988/89	1998/99
Berufsausbildung (mehrjährig)	74	68
Maturität	13	18
Seminar (Unterrichtsberufe)	2	2
Ohne Ausbildung, nur Pflichtschule	11	12
Gesamt	100	100

Quelle: Bundesamt für Statistik, Bildungsstatistik 1999, Neuchâtel, 1999

## Die Betriebslehre

Für rund zwei Drittel der Jugendlichen führt der Weg in die Berufswelt über einen der *rund 270 reglementierten Ausbildungsberufe*.<sup>169</sup> Die zwei- bis vierjährige Lehre wird mit einer Prüfung abgeschlossen, nach deren Bestehen das „eidgenössische Fähigkeitszeugnis“ ausgestellt wird.<sup>170</sup> Die Betriebslehre

<sup>167</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 106.

<sup>168</sup> Siehe: Dieter K. Reibold, 1997, a.a.O., 287.

<sup>169</sup> Siehe: Antworten der Delegation der Schweiz, in: BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), *Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend – Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen*, Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz vom 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn, April 1999, S. 122.

<sup>170</sup> Siehe: Dieter K. Reibold, 1997, a.a.O., S. 287ff.

besteht im Kern aus produktiver Arbeit und Ausbildung der Jugendlichen an ursprünglich zwei Lernorten. Der Anteil der Berufsschule stieg dabei von einem halben Tag in der ersten Hälfte des Jahrhunderts auf einen bis zwei Tage pro Woche heute. Zwei Tage ist die derzeit gesetzlich fixierte maximale Dauer, darin enthalten ist auch der Besuch von Freifächern oder Stützkursen.<sup>171</sup>

### ***Duales und triales System***

In der Schweiz besteht eine Koexistenz zwischen dem *dualen und dem trialen System*. Das *triale System* bedeutet, dass es neben dem Lehrbetrieb und der Berufsschule (an 1 - 2 Tagen pro Woche) noch den Einführungskurs gibt oder geben kann. Betriebe, welche den Kurs nicht selbst anbieten können, entsenden die Lehrlinge an überbetriebliche Ausbildungszentren der Berufsverbände als einen eigenständigen, dritten Lernort.

Dort finden die seit 1980 verbindlichen „Einführungskurse“ zur systematischen Einführung in die Grundfertigkeiten des Berufs zur Entlastung der Betriebe in der Lehreingangsphase statt. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass infolge zunehmend rationalisierter Arbeitsweise besonders kleinere Gewerbebetriebe Schwierigkeiten hätten, alle geforderten Fertigkeiten eines Lehrprogramms abzudecken.<sup>172</sup>

Je nach Beruf dauern die Einführungskurse 2 bis etwa 20 Wochen, verteilt auf alle Lehrjahre. Sie sind meist als Blockkurse mit drei oder vier Tagen pro Woche organisiert.<sup>173</sup>

### ***Lehrantrittsalter***

Das theoretische Anfangsalter in den beruflichen Erstausbildungen setzt bei 15 Jahren (Ende der Schulpflicht) ein. Insgesamt sind 61 Prozent der Berufs-

---

<sup>171</sup> Siehe: Emil Wettstein: Berufliche Bildung in der Schweiz, DBK, Luzern, 2. Auflage, 1999, S. 35.

<sup>172</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 111f.

<sup>173</sup> Emil Wettstein, 1999, a.a.O., S. 37.

bildungsteilnehmer zwischen 15 und 19 Jahren alt, 21 Prozent zwischen 20 und 24 Jahren und 18 Prozent zählen bereits 25 Jahre und mehr. 17 Prozent der Teilnehmer in dualen Berufsbildungen sind mehr als 5 Jahre älter als ein Lehrling im theoretischen Alter.<sup>174</sup>

### **Berufsmaturität**

Eine bedeutende Innovation der letzten Jahre ist in der 1993 erfolgten Einführung der Berufsmaturität für Lehrlinge zu sehen. Sie vereinigt ein berufliches Fähigkeitszeugnis (Lehrabschlussprüfung) mit einer Studienberechtigung. Auslöser für die Schaffung der „Berufsmatura“ waren u.a. die langjährigen Bemühungen der Ingenieurschulen, ihre Position im schweizerischen und internationalen Bildungsgefüge zu stärken. Mit internationalen Verweisen pochten sie auf eine Anerkennung ihrer Institutionen als Hochschulen. Die Berufsmaturität entstand daher im Schatten der Fachhochschuldiskussion. Die Anforderungen an den Berufsschulunterricht sollen dabei für die Zielgruppe der Berufsmatur so gehoben werden, dass die Berufslehre als „natürlicher Zubringer“ zu den neu zu schaffenden Fachhochschulen fungieren kann.<sup>175</sup>

An der Berufsmatur interessierte Jugendliche erhalten an den „Berufsmittelschulen“ (BMS) einen schulischen Zusatzunterricht mit erweiterter Allgemeinbildung. *Der Besuch der BMS erweitert den Berufsschulunterricht um einen halben oder einen ganzen Tag.*<sup>176</sup> Die Berufsmaturität kann in technischer, kaufmännischer, gewerblicher, gestalterischer oder landwirtschaftlicher Richtung und demnächst auch im Sozial- und Pflegebereich erworben werden.<sup>177</sup>

Die Vorbereitung kann entweder *ausbildungsbegleitend* mit einem erweiterten

---

<sup>174</sup> siehe: Office for Official Publications of the European Communities, Young People's Training, Key Data on Vocational Training in the European Union, Luxemburg, 2000, S. 190.

<sup>175</sup> Siehe: Philip Gonon, 1999, a.a.O., S. 51ff.

<sup>176</sup> Emil Wettstein, 1999, a.a.O., S. 30.

<sup>177</sup> Siehe Philip Gonon, 1999, a.a.O., S. 51f.

Unterricht an einer Berufsschule (Berufsmittelsschule) oder *nach dem Lehrabschluss* in Voll- oder Teilzeitform (Dauer von zwei bis drei Semestern an einer dafür eingerichteten Ausbildungsstätte) erfolgen. Zielvorstellung der Bildungspolitik waren 15 Prozent eines Altersjahrganges.<sup>178</sup> Hierbei ist auch an die im Vergleich zu Österreich oder Deutschland niedrige Maturantenquote der Schweiz zu denken (18 Prozent zu etwa 35 Prozent, siehe Tabelle CH-1).

### **2 Prozent machen eine Anlehre**

Für „vorwiegend praktisch begabte Jugendliche“, wurde 1980 die Anlehre mit einer wahlweise ein- bzw. zweijährigen Dauer eingeführt. Ihre Besonderheit liegt darin, dass im Rahmen eines an die spezifischen Lernmöglichkeiten des Jugendlichen anknüpfenden Ausbildungsprogrammes nur *Teilbereiche* eines Berufes erlernt werden. Dies wird in einem Zusatz zum *Anlehrvertrag* individuell festgelegt. Nach Abschluss der Anlehre wird in einer Beilage zum „amtlichen Ausweis“ festgehalten, welche Fähigkeiten tatsächlich erworben wurden. Berufsschulunterricht soll in Anlehrklassen einen Tag pro Woche stattfinden. Durchschnittlich 2,2 Prozent der Lehrlinge machen eine Anlehre.<sup>179</sup>

### **Die Vorlehre**

Mit der Einführung der Vorlehre 1997/98 wurde eine weitere Möglichkeit für Jugendliche geschaffen, die nach der Schulpflicht noch keine Lehrstelle finden. Die Vorlehre gehört zu den intermediären schulischen Angeboten des „10. Schuljahrs“ und soll dem Heranwachsenden einen qualifizierenden Übergang (sog. „Passerelle“) ermöglichen.<sup>180</sup> 1998/99 wurden vom Bundesamt für

---

<sup>178</sup> Siehe: Philip Gonon, 1999, a.a.O., S. 52.

<sup>179</sup> Emil Wettstein, 1999, a.a.O., S. 29.

<sup>180</sup> Siehe: Schweizerische Gesellschaft für angewandte Berufsbildungsforschung SGAB und Schweizerischer Verband für Berufsberatung SVB, in Zusammenarbeit mit BWA, Abteilung Arbeitsmarkt (Hrsg.), Sonderheft der Zeitschrift "Panorama", Beilage zu Nr. 6/98, Die Sekundarstufe II in der Schweiz: Realitäten und Zukunftsmusik, unter Mitwirkung des Kontaktnetzes der Projektgruppe Sekundarstufe II EDK/BBT in den Kantonen, Bern, November 1998, S. 11.

Statistik 416 Jugendliche in der Vorlehre registriert.<sup>181</sup>

Der im Gesetz eröffnete Interpretationsspielraum begünstigte eine lokal und kantonale geprägte Umsetzung der Vorlehre. Unter diesen Prämissen handelt es sich bei der Vorlehre weder um ein flächendeckend eingeführtes Bildungsangebot, noch präsentiert es sich in vereinheitlichter Erscheinungsform, noch wird die „Vorlehre“ bundesweit unter gleichen Titeln geführt. Die Vorlehre wird in einigen Kantonen der Sekundarstufe I zugeordnet, in anderen wiederum der Sekundarstufe II bzw. dem „10. Schuljahr“ als „Hinführungsangebot“ zur Berufsbildung. Im Raum Zürich werden 2 - 4 Vorlehrklassen geführt, im Raum Bern, in welchem das duale System hingegen keine starke Verankerung inne hat, 10 - 15 Klassen (Quelle: Auskunft der SGAB, Zürich).

### ***Finanzierung der Berufsbildung – Reaktionen auf die Lehrstellenlücke***

Die Berufsschulen werden fast ausschließlich von der öffentlichen Hand finanziert: der Bund trägt 10 - 30 Prozent, der überwiegende Rest wird je nach Kanton von diesem allein oder zu geteilten Kosten von Kanton und Gemeinden übernommen. Wirtschaftsverbände beteiligen sich gezielt mit der Finanzierung von Material und Weiterbildungsangeboten.

Die Ausbildungszentren, in denen die Einführungskurse stattfinden, werden in der Regel von den Verbänden geführt. Die Finanzierung übernimmt die öffentliche Hand zusammen mit den Trägerverbänden. Auch die Lehrbetriebe, die Lehrlinge entsenden, müssen einen Anteil leisten, der über alle Lehrjahre oft mehrere tausend Franken pro Lehrling ausmacht.<sup>182</sup>

Im Gewerbe schließlich gibt es einzelne Berufsverbände, welche die theoretische Ausbildung an eigenen Schulen vermitteln und ebenfalls von der öffentli-

---

<sup>181</sup> Siehe: Bundesamt für Statistik Schweiz (BFS), Bildungsstatistik 1999, Neuchâtel 1999, o.S.

<sup>182</sup> Emil Wettstein, 1999, a.a.O., S. 31f.

chen Hand unterstützt werden. Die Ausbildung in den Betrieben wird vollständig von den Betrieben selbst finanziert, darüber existieren jedoch keine repräsentativen Zahlen.<sup>183</sup>

Wie auch in Österreich, war die Lehrstellenlücke ein Anstoß für öffentliche Debatten und politische Aktivitäten. Mit dem „Lehrstellenbeschluss“ vom 30. April 1997 bewilligte das eidgenössische Parlament einen Kredit von 60 Mio SFr, um in den Jahren 1997 – 1999 das Lehrstellenangebot zu verbessern. Anlass hierzu war eine – vor allem in städtischen Agglomerationen – „eingetretene Verknappung der angebotenen Lehrstellen mit entsprechenden Schwierigkeiten, für schwächere Jugendliche und solche mit schulischen Defiziten Ausbildungsplätze zu finden. Die Zielsetzung des Lehrstellenbeschlusses ist *in erster Linie quantitativer Art*, doch sollen keine Zugeständnisse bezüglich der Qualität verbunden werden.“<sup>184</sup> Die Mittel wurden für Projekte mit folgender Prioritätensetzung eingesetzt:

- Lehrstellenmarketing und Motivationskampagnen (Gewinnung neuer Firmen für die Lehrlingsausbildung),
- Verbesserung der Berufsinformation Jugendlicher und ihrer Eltern, mit einer besonderen Ausrichtung auf Frauenförderung und Beratung von Randgruppen (Fremdsprachige),
- Unterstützung von Ausbildungsverbänden mehrerer Betriebe,
- Ausbau überbetrieblicher Einführungskurse zur Entlastung der Betriebe in der Lehreingangsphase.<sup>185</sup>

Die bereits zuvor zitierte Schweizer Expertendelegation gab 1998 folgende Einschätzung bezüglich der zukünftigen Finanzierung der beruflichen Erstausbildung („Grundausbildung“ in der Schweiz genannt) bzw. der Einführung eines Bonus-Malus-Systems:

---

<sup>183</sup> Emil Wettstein, 1999, a.a.O., S. 30ff.

<sup>184</sup> Antworten der Delegation aus der Schweiz, 1999, a.a.O., S. 118f.; Kursivsetzung nicht im Original

<sup>185</sup> Antworten der Delegation aus der Schweiz, 1999, a.a.O., S. 119.

„Im Bereich der Grundausbildung sind parlamentarische Vorstöße von linker Seite hängig und eine Volksinitiative der Gewerkschaftsjugend angekündigt, die im wesentlichen eine Belastung nicht-ausbildender Betriebe zugunsten der ausbildenden („Bonus/Malus“) vorsehen. Das Begehren wird von bürgerlicher und Unternehmerseite abgelehnt als Bruch mit dem bisher *eheren Prinzip der Freiwilligkeit* in der Lehrlingsausbildung. Wenn es gelingt, durch Motivationskampagne, staatliche Hilfe z.B. bei den Einführungskursen, Befreiung von administrativen Gebühren *die Lehrstellenknappheit zu überwinden*, dürfte die zur Zeit breite Unterstützung des Bonus/Malus-Gedankens schwinden.“<sup>186</sup>

## **Berufliche Vollzeitschulen (Fachschulen)**

Rund 12 Prozent der Jugendlichen, die eine berufliche Bildung anstreben, besuchen sogenannte öffentliche Lehrwerkstätten oder andere Vollzeitschulen. Voll- oder Teilzeitschulen gibt es für 79 Ausbildungsrichtungen.<sup>187</sup>

*Handelsmittelschulen* (Dauer: 3 Jahre) bilden für Berufe in Wirtschaft, Handel und Verwaltung aus. Die Ausbildung an einer Handelsmittelschule führt zu einem eidgenössisch anerkannten kaufmännischen Abschluss, der mit demjenigen einer Betriebslehre vergleichbar ist. Das Abschlussdiplom berechtigt zur Teilnahme an Berufsprüfungen und zum Zugang zu Höheren Fachschulen.

*Handelsschulen* (Dauer: 1-3 Jahre): Für Schüler an Handelsschulen, die zusätzlich ein Praktikum absolvieren, besteht die Möglichkeit, an der Lehrabschlussprüfung für kaufmännische Angestellte teilzunehmen. Bei sehr guter Abschlussprüfung besteht die Möglichkeit zum Übertritt in die Maturitätsschule vom Typ E (Schwerpunkt Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und Politik).<sup>188</sup>

*Die Öffentlichen Lehrwerkstätten (für etwa 3 Prozent der Jugendlichen)* sind Vollzeit-Berufsschulen mit Lehrwerkstätten. In rund dreißig Lehrwerkstätten können ca. 40 Berufe erlernt werden. Einem systematischen Ausbau der Ausbildungsplätze in Lehrwerkstätten wurde in der Schweiz *per Volksentscheid*

---

<sup>186</sup> Antworten der Delegation aus der Schweiz, 1999, a.a.O., S. 121; Kursivsetzungen nicht im Original.

<sup>187</sup> Emil Wettstein, 1999, a.a.O., S. 41.

<sup>188</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 110.



1986 eine deutliche Absage erteilt. Eine wichtige Funktion haben die Lehrwerkstätten aber für Behinderte sowie sozial schwierige Jugendliche.<sup>189</sup>

*Pflegeschulen* werden vom Schweizerischen Roten Kreuz im Auftrag der Kantone geführt, die Ausbildung erfolgt abwechselnd in Schulblöcken und Praktika.<sup>190</sup>

## **Allgemeinbildende Bildungsgänge**

*Maturitätsschulen* (Mittelschulen) sollen in 4 Jahren auf ein Hochschulstudium vorbereiten. Man unterscheidet in der Schweiz (aufgrund der Wahl von Schwerpunktfächern) fünf verschiedene Maturitätstypen.

*Diplommittelschulen* (Dauer: 2-3 Jahre) vermitteln zwar ebenfalls überwiegend Allgemeinbildung, dabei aber mit besonderer Gewichtung von Fremdsprachen. Sie bereiten die Schüler sowohl auf eine Berufsausbildung im Sekundarbereich II als auch auf eine höhere Ausbildung (insbesondere Lehrerausbildung) vor, daher werden sie auch als ein „Grenzfall“ zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung gesehen.<sup>191</sup>

## **Höhere Berufsbildung auf Tertiärstufe**

Der Tertiärbereich weist neben den traditionellen Studiengängen an Universitäten und Hochschulen eine Reihe von nicht-universitären Bildungsgängen zur beruflichen Fortbildung auf, für die es kaum Vergleichbares in anderen Ländern gibt. Generell schließen diese *Höheren Berufsausbildungen* an eine mehrjährige abgeschlossene Ausbildung auf Sekundarstufe II (Berufslehre, ein Handelsmittelschuldiplom oder eventuell ein Lehrpatent) bzw. eine mehrjährige Berufspraxis an. Die Eintrittsquote (Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung) in höhere Berufsausbildungen einschließlich der Lehrerausbildung lag im Jahr

---

<sup>189</sup> Emil Wettstein, 1999, a.a.O., S. 43.

<sup>190</sup> Emil Wettstein, 1999, a.a.O., S. 44.

<sup>191</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 107f.

1993/94 bei 27 Prozent.<sup>192</sup>

Im Unterschied zu Österreich geht man in der Schweiz z.B. in eine HTL in der Regel *erst nach* einer Betriebslehre. Dies hat weitreichende Auswirkungen auf die Bildungsströme nach der Pflichtschule.

Im Hinblick auf die Ausbildungsform unterscheidet man zwischen drei Kategorien:

1. *Ausbildung an Höheren Fachschulen, die bis 2003 zu Fachhochschulen werden sollen*

Diese Ausbildung ist stark schulisch strukturiert und man unterscheidet zwischen einer mindestens zwei- bis dreijährigen Vollzeitausbildung und einer berufsbegleitenden Ausbildung mit drei- oder vierjähriger Studiendauer. Die höheren Fachschulen – mit Dominanz technischer Fachrichtungen (Ingenieurschulen: 64 Prozent der Abschlüsse) – befinden sich inmitten eines breit angelegten Revisionsprozesses, welcher sie bis 2003 zu Fachhochschulen mit mindestens dreijähriger Studiendauer in Vollzeitform transformieren soll.<sup>193</sup> Exemplarisch seien an dieser Stelle die Höheren Technischen Lehranstalten (Ingenieurschulen, HTL) angeführt. Diese vermitteln den Studierenden theoretisches und praktisches Ingenieurwissen und setzen eine Berufslehre oder eine andere gleichwertige Vorbildung voraus. Infolge der Einführung der Berufsmaturität wird künftig der Abschluss einer der Studienrichtung entsprechenden Berufsmaturität vorausgesetzt. Die FH-Ausbildung dauert i.d.R. 6 Semester in Vollzeitform bzw. 8-9 Semester in Teilzeitform.<sup>194</sup>

2. *Ausbildung an „Fachschulen auf der Stufe der Technikerschulen“ (TS)*

Technikerschulen sollen auf die Übernahme technischer Aufgaben und Führungsfunktionen auf mittlerer Stufe im Betrieb vorbereiten. Innerhalb der technischen Berufsausbildungen nimmt die Technikerschule eine Mittelposition zwischen der Höheren Fachprüfung (Meisterprüfung) und der Ingenieurausbildung an einer Höheren Technischen Lehranstalt ein. Die Ausbildung in Vollzeitform, auf die etwa ein Drittel der TS-Diplome entfällt, dauert im Allgemeinen mindestens 4 Semester.<sup>195</sup>

---

<sup>192</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 115.

<sup>193</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 135.

<sup>194</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 116.

<sup>195</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 119.

### 3. Ausbildungsgänge zur Vorbereitung auf die Berufs- und Fachprüfungen (z.B. Meisterprüfung)

Die „Berufsprüfungen“ stellen eine an die berufliche Tätigkeit eng gekoppelte Ergänzungsbildung dar. Die Vorbereitung erfolgt in der Regel in Teilzeit-Ausbildungsgängen und setzt eine mehrjährige einschlägige Berufstätigkeit sowie eine abgeschlossene Berufslehre voraus oder ein Handelsmittelschuldiplom. In den meisten Fällen ist die Berufsprüfung notwendige Voraussetzung für eine Zulassung zur Höheren Fachprüfung. Bei Bestehen der Berufsprüfung wird der „Eidgenössische Fachausweis“ verliehen.<sup>196</sup>

## Kompetenzverteilung und Zuständigkeiten

Das schweizerische Bildungswesen ist durch eine ausgeprägt dezentrale politische Struktur (Föderalismus) und kulturelle Vielfalt aufgrund der Sprachenvielfalt charakterisiert. Verfassungsmäßig liegt das Bildungswesen und damit die Schulhoheit in der Zuständigkeit der 26 Kantone, die das Schulwesen in Eigenregie regeln<sup>197</sup>, der Bund als Gesetzgebungsinstanz erlässt lediglich Vorschriften über einen Teil der Berufsbildung. In der Schweiz gibt es kein eidgenössisches Erziehungs- oder Unterrichtsministerium und damit kein nationales Bildungs- und Ausbildungswesen als solches, obwohl die kantonalen Bildungssysteme übereinstimmende Grundstrukturen besitzen.<sup>198</sup>

Steuerung und Regelung gehören zum Tätigkeitsbereich des dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement unterstellten *Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA)*. In einem „Vernehmlassungs-Verfahren“ werden von den um den „runden Tisch“ versammelten Akteuren der Sozialpartner (Berufsverbände) und Bundesbehörden, insbesondere dem Bundesamt für Bildung und Technologie (BBT), Verordnungen oder Vereinbarungen mit rechtlich bin-

---

<sup>196</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 121f.

<sup>197</sup> Die Kantone haben zur interkantonalen Koordinierung bzw. Regelung ihrer Bildungspolitik ein Koordinationsorgan geschaffen, die Erziehungsdirektoren-Konferenz. Siehe: Emil Wettstein / Uwe Lauterbach: Schweiz. In: Internationales Handbuch der Berufsbildung, Länderstudie Schweiz, hrsg. von Uwe Lauterbach et al., CARL DUISBERG GESELLSCHAFT e. V. (CDG), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, IHBB-Grundwerk, o.J., S. 17.

<sup>198</sup> Siehe: OECD, Bildung auf einen Blick, OECD-Indikatoren, Paris, 1996, S. 325.

dendem Charakter ausgehandelt. Die Implementierung in den einzelnen Kantonen erfolgt gestützt durch spezifische Einführungsgesetzgebungen unter Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten.

Die Gesetzgebung in Berufsbildungsfragen wird national vom Bund geregelt, um landesweit einheitliche „Ausbildungsstandards“ zu gewährleisten. Dies geschieht über die in den Ausbildungsreglementen formulierten wissens- und fertigungsbezogenen Anforderungen, Prüfungsverfahren und Kodifizierungen zu Curriculum und Organisation des Schulunterrichts. Anders als im deutschen dualen System der Berufsbildung werden in den Schweizerischen Ausbildungsreglementen die allgemeinbildenden Fächer der Berufsschule als Bestandteil der Lehrabschlussprüfung betrachtet.<sup>199</sup>

Die wichtigste gesetzliche Grundlage bildet das Berufsbildungsgesetz (BBG) aus 1978, in Kraft seit 1980. Es regelt bundeseinheitlich die Ausbildung in den Berufen der Industrie, des Handwerks, des Handels, des Bank- und Versicherungswesens, des Transport- und Gastgewerbes sowie anderer Dienstleistungsgewerbe. Für die Berufe der Landwirtschaft gilt das Landwirtschaftsgesetz von 1951. Berufe der Erziehung, soziale Berufe, Berufe der Wissenschaft, Kunst und Fischerei unterstehen der Gesetzgebungskompetenz der 26 Kantone.<sup>200</sup> Die Ausbildung in Pflegeberufen und anderen medizinischen Hilfsberufen untersteht im Auftrag der Kantone dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK).<sup>201</sup>

## **Aktuelle Entwicklungen der beruflichen Ausbildung**

In einem Bildungssystem wie jenem der Schweiz, in dem 2/3 der Jugendlichen nach der obligatorischen Schulzeit eine Betriebslehre durchlaufen, bleibt die Berufsbildung durch ihre Einbettung ins wirtschaftliche Umfeld von Effekten der

---

<sup>199</sup> Siehe: Philip Gonon, 1999, a.a.O., S. 48.

<sup>200</sup> Siehe: Dieter K. Reibold, 1997, a.a.O., S. 289.

<sup>201</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), 1997, a.a.O., S. 112.

Wirtschaftskonjunktur nicht unbeeinflusst. So erweckte die seit Mitte der achtziger Jahre – auch rezessionsbedingte – deutliche Abnahme der jährlich abgeschlossenen Lehrverträge starke Besorgnis. Andere Aspekte, wie ein stärkerer demographischer Druck sowie die Tendenz schulisch leistungsstarker Jugendlicher, allgemeinbildenden Schulen den Vorzug einzuräumen, setzen dem dualen System weiter zu. Am wichtigsten ist aber, dass sich das Phänomen eines Lehrstellennachfrageüberhanges und eines verschärften Wettbewerbes am Lehrstellenmarkt verstetigt.<sup>202</sup> Hierfür sprechen auch die weiter oben gemachten Aussagen zur Lehrstellenlücke und deren politischen Folgen.

Im Berufsbildungsbereich sind gegenwärtig eine Reihe von Reformen und Maßnahmen mit der Zielsetzung „Aufwertung der Berufsbildung“ im Gang oder in Planung. Der Erhöhung der Breitenwirksamkeit der Berufsmaturität, der Umwidmung der Höheren Schulen zu Fachhochschulen (FH), Änderungen des Berufsbildungsgesetzes (BBG), Revisionen in Bereichen der Maschinenindustrie und der kaufmännischen Berufe etc. liegt die Absicht zugrunde, die horizontale und vertikale Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungsgängen zu erhöhen und trotz der Fragmentierung der politischen Zuständigkeiten ein weniger segmentiertes, flexibleres System zu realisieren.<sup>203</sup>

Von großer Tragweite ist die laufende Revision der *kaufmännischen Ausbildung*, denn der „Kaufmännische Angestellte“ ist der lehrlingsstärkste Bereich in der Schweiz. Mit der Reform soll grundsätzlich am Einheitsberuf festgehalten werden – aber nach einer branchenübergreifenden Einführungsphase – soll die Ausbildung verstärkt auf die *betriebsspezifischen Gegebenheiten* ausgerichtet werden. Die Lehrabschlussprüfung soll teilweise durch eine Längsschnitt-Evaluation ersetzt werden.

Die *Neuordnung der Metallberufe* hat mit der vor zwanzig Jahren eingeleiteten

---

<sup>202</sup> Siehe: Länderbericht im Rahmen des OECD-Transitions-Projektes, Françoise Galley und Thomas Meyer im Auftrag von BBT u. a., Bern, September 1998; Internet-Publikation, [http://agora.unige.ch/csre/oecd/d\\_rap.html](http://agora.unige.ch/csre/oecd/d_rap.html), Stand 17.08.2000, S. 3f.

<sup>203</sup> Siehe: Françoise Galley / Thomas Meyer, 1998, a.a.O., S. 4.

Reduktion auf wenige Schlüsselberufe in einer Konzentration auf vier Berufe ihren vorläufigen Abschluss gefunden. Die neuen Vorschriften (aus 1997) lassen sich sowohl auf die gewerblichen wie die industriellen Lehrbetriebe anwenden.<sup>204</sup>

Die seit Oktober 1996 in Kraft befindliche Bundesgesetzgebung über die Fachhochschulen ist Grundlage für den Aufbau des schweizerischen Fachhochschulnetzes (bis 2003) in Fortentwicklung der bisherigen Höheren Fachschulen mit der Absicht einer objektiven Qualitätssteigerung der höheren Ausbildung einerseits, andererseits im Hinblick auf eine internationale Anerkennung der Diplome.<sup>205</sup>

---

<sup>204</sup> Siehe: Antworten der Delegation aus der Schweiz, 1999, a.a.O., S. 119.

<sup>205</sup> Siehe: Antworten der Delegation aus der Schweiz, 1999, a.a.O., S. 119.

## Literaturverzeichnis

- BUNDESAMT FÜR BERUFSBILDUNG UND TECHNOLOGIE (BBT) u.a., Länderbericht Schweiz im Rahmen des OECD-Projektes „Übergänge (Transitionen) zwischen Erstausbildung und Erwerbsleben“, Autoren: Françoise Galley und Thomas Meyer im Auftrag von BBT u.a., Bern, September 1998, Internet-Publikation, [http://agora.unige.ch/csre/oecd/d\\_rap.html](http://agora.unige.ch/csre/oecd/d_rap.html), Stand 17.08.2000.
- BUNDESAMT FÜR STATISTIK SCHWEIZ (BFS), Bereich Bildung und Wissenschaft, Neuchâtel, 1999, Internet-Publikation, [http://www.statistik.admin.ch/stat\\_ch/ber15/du1501.htm](http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber15/du1501.htm), Stand 17.08.2000.
- BUNDESAMT FÜR STATISTIK SCHWEIZ (BFS), Bildungsstatistik 1999, Neuchâtel, Schweiz, 1999.
- BUNDESAMT FÜR STATISTIK SCHWEIZ (BFS), Bildungsindikatoren Schweiz, Bildungssystem(e) Schweiz im Wandel, Bern, 1995.
- BUNDESAMT FÜR STATISTIK SCHWEIZ (BFS), Bildungsstatistik 1994, Neuchâtel, Schweiz, 1994.
- BUNDESAMT FÜR STATISTIK SCHWEIZ (BFS), Bildungsmosaik Schweiz, Bern, 1992.
- BMBF – BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hrsg.), Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend – Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen, Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz vom 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn, April 1999.
- CARL DUISBERG GESELLSCHAFT e. V. (CDG), Internationales Handbuch der Berufsbildung, Länderstudie Schweiz, Autoren: Emil Wettstein, Uwe Lauterbach, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, IHBB-Grundwerk, o.J.
- GONON Philip, Neue Reformbestrebungen im beruflichen Bildungswesen in der Schweiz, in: Berufsbildung – Europäische Zeitschrift des CEDEFOP – Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Hrsg.), Nr. 17, Thessaloniki (GR), 1999.
- ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (OECD), (Publikation erstellt vom Zentrum für Forschung und Innovation im Bildungswesen im Auftrag der OECD), Bildung auf einen Blick, OECD-Indikatoren, Paris, 1996.
- OFFICE FOR OFFICIAL PUBLICATIONS OF THE EUROPEAN COMMUNITIES, Young People's Training, Key Data on Vocational Training in the European Union, Luxemburg, 2000.
- REIBOLD, Dieter K., Die Berufsausbildung in Europa – ein internationaler Vergleich: Ein Kurzüberblick über die allgemeine und berufliche Bildung in über 25 Staaten Europas, expert-Verlag, Reihe Praxiswissen Wirtschaft Nr. 38, Renningen-Malmsheim, 1997.
- SCHWEIZERISCHE GESELLSCHAFT FÜR ANGEWANDTE BERUFSBILDUNGS-FORSCHUNG SGAB und Schweizerischer Verband für Berufsberatung SVB, in Zusammenarbeit mit BWA, Abteilung Arbeitsmarkt (Hrsg.), Sonderheft der Zeitschrift „Panorama“, Beilage zu Nr. 6/98, Die Sekundarstufe II in der

Schweiz: Realitäten und Zukunftsmusik, unter Mitwirkung des Kontaktnetzes der Projektgruppe Sekundarstufe II EDK/BBT in den Kantonen, Bern, November 1998.

STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN (Hrsg.), Internationale bildungsstatistische Grundlagen, Vergleich der Bildungssysteme ausgewählter europäischer Länder unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen Bildung und Hochschulbildung, Projektbericht erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) in Bonn, Metzler-Poeschel-Verlag, Stuttgart, 1997.

WETTSTEIN, Emil, Berufliche Bildung in der Schweiz, DBK – Deutschschweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz (Hrsg.), Luzern, 2. Auflage, 1999.

WETTSTEIN, Emil / LAUTERBACH, Uwe: Schweiz. In: Internationales Handbuch der Berufsbildung, Länderstudie Schweiz, hrsg. von Uwe Lauterbach et al., CARL DUISBERG GESELLSCHAFT e. V. (CDG), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, IHBB-Grundwerk, o.J.



## LIECHTENSTEIN: AUSBILDUNGSPARTNERSCHAFT MIT DER SCHWEIZ

### Allgemeines

Die Wohnbevölkerung von Liechtenstein belief sich Ende 1994 auf rund 30.600 Personen, die Zahl der Beschäftigten betrug dabei rund 21.100, wobei über 7.300 Zupendler inkludiert waren.<sup>206</sup> Die Möglichkeiten eines Kleinstaates, ein vielfältiges Bildungssystem anzubieten, sind begrenzt. Allgemeinbildung wird durch Einrichtungen im Lande gut abgedeckt, schulische Berufsbildung erfolgt jedoch fast ausschließlich in der Schweiz. Für Liechtenstein besteht eine „wesentliche Herausforderung deshalb darin, durch engste länderübergreifende Zusammenarbeit jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die Zugang zu allen Angeboten eines gut ausgebauten Bildungswesens gewährleisten.“<sup>207</sup>

Rund 70 Prozent der Jugendlichen im Alter von 16 bis 20 machen – nach Angaben von 1997 – eine Berufslehre, 7 Prozent besuchen Fachschulen (vollzeit-schulische Berufsbildung) und 20 Prozent eine Maturitätsschule.<sup>208</sup> Trotz dieses hohen Lehrlingsanteils – in Relation zu anderen Ländern – wurde 1998 von einem Trend zur gymnasialen Ausbildung gesprochen, dem gegengesteuert werden müsse.<sup>209</sup> Wesentliche Reformmaßnahmen sind dabei die Reform der Maschinenbauberufe (Reduktion von 20 Berufen auf 7 Basisberufe) ab 1998, die Reform der kaufmännischen Ausbildung und die Berufsmatura.

---

<sup>206</sup> Liechtensteinisches Amt für Berufsbildung / Leonardo da Vinci-Büro Liechtenstein: Berufliche Bildung im Fürstentum Liechtenstein, Liechtenstein, 1997, S. 7.

<sup>207</sup> Liechtensteinisches Amt für Berufsbildung, 1997, a.a.O., S. 4.

<sup>208</sup> Liechtensteinisches Amt für Berufsbildung, 1997, a.a.O., S. 25.

<sup>209</sup> Siehe: Antworten der Delegation Liechtensteins, in: BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend – Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen, Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz vom 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn, April 1999, S. 100.

## Berufsbildung

Die partnerschaftliche Beziehung zur Schweiz gilt als einer der Schlüsselfaktoren für das Funktionieren des liechtensteinischen Berufsbildungssystems. Die in der Schweiz geltenden Berufsbilder, Ausbildungs- und Prüfungsreglemente sind auch für Liechtenstein von entsprechender Bedeutung. Auf Behördenebene wird Liechtenstein eine Mitsprachemöglichkeit eingeräumt.<sup>210</sup> Den rechtlichen Rahmen der Berufsbildung in Liechtenstein bildet das *Berufsbildungsgesetz von 1976*. Aufgrund veränderter wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen und des EWR-Beitritts von 1995 befasste sich das Parlament 1997 mit einem Revisionsentwurf zum Berufsbildungsgesetz. Der Vollzug des Gesetzes liegt beim *Amt für Berufsbildung*.

1997 gab es ca. 900 Lehrlinge in rund 100 verschiedenen Berufen in Liechtenstein. Insgesamt wurden rund 800 Lehrbetriebe gezählt. Die Lehren dauern zwei bis vier Jahre. Neben der betrieblichen Fachausbildung besuchen die Lehrlinge ein bis zwei Tage pro Woche die Berufsschule. Neben Betrieb und Berufsschule bieten zuständige Berufsverbände auch sogenannte Einführungskurse an (Triales System).

Die *Lehrlingsentschädigung* variiert zwischen den Berufsbranchen. Für 1997 wurde jedoch eine Brutto-Durchschnitts-Lehrlingsentschädigung von CHF 500 im ersten Lehrjahr und etwa CHF 1000 im vierten Ausbildungsjahr genannt.<sup>211</sup> Am Ende der Berufslehre steht eine Lehrabschlussprüfung, deren positive Absolvierung zum Erwerb eines *Fähigkeitszeugnisses* führt. Weiterbildungen standardisierter Art reichen von den höheren Fachprüfungen zum Meister bis zum Erwerb eines Fachhochschulabschlusses.

Das berufliche Bildungswesen in Liechtenstein sieht – sehr ähnlich wie die

---

<sup>210</sup> Liechtensteinisches Amt für Berufsbildung, 1997, a.a.O., S. 9.

<sup>211</sup> Liechtensteinisches Amt für Berufsbildung, 1997, a.a.O., S. 9.

Schweiz – verschiedene Differenzierungsmöglichkeiten vor.<sup>212</sup> Auf lernschwächere Jugendliche bezieht sich die „Anlehre“, die in 2 Jahren eine Ausbildung in Teilbereichen eines Berufes bietet. Anlehren sind in allen Berufen möglich und machen derzeit 1 bis 2 Prozent aller abgeschlossenen Lehrverhältnisse aus. Anlehrlinge besuchen den Unterricht in besonderen Klassen der Berufsschule.

Die „Vorlehre“ ist ein Angebot an fremdsprachige Jugendliche, welche noch nicht über genügend Deutschkenntnisse verfügen, um dem Unterricht an einer Berufsschule folgen zu können. In der einjährigen Ausbildung kann sich der Jugendliche mit seinem künftigen Beruf auseinandersetzen und an drei Halbtagen pro Woche seine Deutschkenntnisse verbessern. Die Vorlehre ist vertraglich geregelt. Es gibt einen Lehrlingslohn.

Die Berufsmittelschule bietet begabten und leistungswilligen Lehrlingen eine vertiefte Allgemeinbildung, die den Zugang zur Fachhochschule ermöglicht. Den Abschluss bildet die *Berufsmaturitätsprüfung*.

Neben dem dualen oder trialen System gibt es *Spezifische Fachschulen*, die von einer kleinen Zahl von Jugendlichen besucht werden, besonders beliebt sind die Handelsschulen.

---

<sup>212</sup> Liechtensteinisches Amt für Berufsbildung, 1997, a.a.O., S. 15ff.

## Literaturverzeichnis

BMBF – BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hrsg.), Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend – Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen, Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz vom 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn, April 1999.

LIECHTENSTEINISCHES AMT FÜR BERUFSBILDUNG / LEONARDO DA VINCI-BÜRO LIECHTENSTEIN, Berufliche Bildung im Fürstentum Liechtenstein, Liechtenstein, 1997.

## **DEUTSCHLAND: NEUE LEHRBERUFE, LERNORT-DIVERSIFIKATION UND MODERNISIERUNGSDISKUSSION**

### **Schulpflicht und Bildungssystem**

Die Schulpflicht beginnt in Deutschland einheitlich nach der Vollendung des 6. Lebensjahres und beträgt in den meisten Ländern<sup>213</sup> 12 Jahre (davon 9 Vollzeitschuljahre und 3 Teilzeitschuljahre, wobei sich die Teilzeitschulpflicht nach der Dauer des Ausbildungsverhältnisses richtet). Für Jugendliche, die weder eine weiterführende allgemeinbildende Schule besuchen noch in ein Ausbildungsverhältnis einmünden, gibt es Regelungen einer verlängerten Vollzeitschulpflicht im beruflichen Schulwesen. Ferner besteht in der Mehrzahl der Länder das Angebot eines freiwilligen 10. Bildungsjahres.<sup>214</sup>

Aufbauend auf die einheitliche Grundschule (Primarstufe) mit den Jahrgangsstufen 1-4 folgen Schulen im Sekundarbereich I, die mindestens bis zum Ende der Vollzeitschulpflicht (in der Regel bis zum vollendeten 15. Lebensjahr) besucht werden müssen. Die Schulbesuchsoptionen im Rahmen der dreigliedrigen Sekundarschule sind: Hauptschule, Realschule und Gymnasium als Schularten mit einem Bildungsgang und die Gesamtschule als Schulart mit mehreren Bildungsgängen. Innerhalb der letzten 20 Jahre hat eine Anteilsverschiebung zugunsten der Realschule und des Gymnasiums stattgefunden.<sup>215</sup>

Der Stellenwert des dualen Ausbildungssystems in Deutschland lässt sich an-

---

<sup>213</sup> In einigen Bundesländern und Städten sind 10 Vollzeitschuljahre vorgesehen (Berlin, Brandenburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen). Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften: Strukturen der allgemeinen und beruflichen Bildung in der Europäischen Union, Luxemburg, 1995, S. 99.

<sup>214</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 99.

<sup>215</sup> Siehe: CEDEFOP – Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Hrsg.), Das Berufsbildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland, Monografie verfasst von Joachim Münch, Universität Kaiserslautern, 1992, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg, 1994, S. 25.

hand einiger Strukturdaten aufzeigen:

- 16,5 Prozent der 608.000 Auszubildenden mit neuem Ausbildungsvertrag hatten 1998 Hochschulreife vorzuweisen.<sup>216</sup>
- 1998 wiesen von allen Fachhochschulstudienanfängern in den Ingenieurwissenschaften 57 Prozent den Abschluss einer Berufsausbildung auf.<sup>217</sup>
- Rund 62 Prozent der 25- bis 30jährigen Bevölkerung im früheren Bundesgebiet Deutschlands wiesen 1998 eine berufliche Bildung oder eine auf diese aufbauende Aufstiegsfortbildung auf; unter den Erwerbspersonen gleichen Alters waren es rund 68 Prozent, wobei die Fachhochschulabsolventen mit vorhergehender Berufsausbildung noch nicht einbezogen sind.<sup>218</sup>

## Vom dualen zum „pluralen“ System?

Gesetzliche Grundlage für die Berufsbildung ist das Berufsbildungsgesetz (BBiG) 1969, ein Bundesgesetz, dessen materieller Geltungsbereich nicht nur die Berufsausbildung (Lehrlingsausbildung) umfasst, sondern auch die berufliche Fortbildung und die berufliche Umschulung. Sobald jedoch eine Beteiligung berufsbildender Schulen an der beruflichen Bildung vorliegt, kommt wieder die *Kulturhoheit der Länder* zur Geltung.<sup>219</sup>

Das Gros der Schulabgänger erhält seine drei- bis dreieinhalbjährige Berufsausbildung im sogenannten *dualen System*, welches sich durch das Zusammenwirken zweier Bildungsträger, nämlich (überwiegend) privater Betriebe und öffentlicher Berufsschulen, konstituiert. Wie es im Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 14./15.03.1991 in der Rahmenvereinbarung über die Berufsschule heißt, „erfüllen die Berufsschule und die Ausbildungsbetriebe (...) in der dualen Berufsausbildung einen gemeinsamen Bildungsauftrag.“<sup>220</sup>

---

<sup>216</sup> bmb+f-Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Grund- und Strukturdaten 1999/2000, Bonn, 2000, S. 122.

<sup>217</sup> bmb+f, 2000, a.a.O., S. 186.

<sup>218</sup> bmb+f, 2000, a.a.O., S. 372.

<sup>219</sup> Siehe: CEDEFOP – Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung: Beschreibung der Berufsbildungssysteme in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, Vergleichende Studie, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg, 1982, S. 164.

<sup>220</sup> Siehe: CEDEFOP (Hrsg.), 1994, a.a.O., S. 51.

Grundlage des Ausbildungsverhältnisses ist der privatrechtliche *Ausbildungsvertrag* zwischen Ausbildungsbetrieb und Auszubildendem in einem der staatlich anerkannten Ausbildungsberufe<sup>221</sup>. Die Ausbildung ist beruflich relativ hoch spezialisiert, obgleich die Zahl der Ausbildungsberufe zurückgeht. 1998 gab es 356 Ausbildungsberufe (1991: 377) in Deutschland<sup>222</sup>. Jährlich nehmen etwa 600.000 Jugendliche eine Ausbildung im dualen System auf, das sind *mehr als zwei Drittel* der jährlichen Absolventen allgemeinbildender Schulen.<sup>223</sup> 1998 gab es 1,657.800 Auszubildende in Deutschland, wobei sowohl die Gesamtzahl als auch die Anfängerzahl wieder steigende Tendenz aufweisen.<sup>224</sup>

Die Betriebe vermitteln unter Ausrichtung auf die betriebliche Praxis auf der Basis der Ausbildungsordnungen und verknüpft mit den in der Berufsschule erworbenen fachtheoretischen Kenntnissen die anwendungsorientierten fachlichen und überfachlichen Qualifikationen. Für jeden staatlich anerkannten Ausbildungsberuf besteht ein Standard einer regelmäßig aktualisierten und die Mindestinhalte festlegenden bundeseinheitlichen *Ausbildungsordnung*. Das *Berufsbild* ist neben dem *Ausbildungsrahmenplan*, welcher auf Betriebsebene in einem individuellen Ausbildungsplan konkretisiert wird, der maßgebliche Standard für die betriebliche Ausbildung.

Die *Abschlussprüfung* wird vor einer regionalen oder sektoralen Selbstverwaltungseinrichtung der Wirtschaft, wie beispielsweise der Industrie- und Handelskammer oder der Handwerkskammer, abgelegt und ihr Bestehen wird durch

---

<sup>221</sup> Siehe: CEDEFOP (Hrsg.), 1994, a.a.O., S. 50f. 1950 gab es insgesamt 901 staatlich anerkannte Ausbildungsberufe, deren Zahl sich bis 1991 auf 377 Berufe reduzierte.

<sup>222</sup> Grünewald, Uwe / Hanf, Georg / Koch, Richard / Reuling, Jochen: Reformen der dualen Berufsausbildung in sieben Ländern Europas – Auswertung der Antworten auf die Fragen des BMBF. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend. Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen. Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz, 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn, April 1999, S. 15.

<sup>223</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 110.

<sup>224</sup> Siehe: bmb+f, 2000, a.a.O., S. 116.

einen Facharbeiter- oder Gesellenbrief dokumentiert.<sup>225</sup>

Der Status der Berufsschüler resultiert aus den Schulpflichtgesetzen der Länder. *Berufsschulen* sind im Regelfall dreijährige Pflichtschulen für Jugendliche nach Vollendung der Sekundarstufe I, die als Lehrlinge („Auszubildende“) bereits in der Berufsausbildung oder einem Arbeitsverhältnis als Hilfsarbeiter stehen. Berufsschulen sind Teilzeitschulen, wo Jugendliche an wöchentlich 1 bzw. 2 Berufsschultagen (Mindeststundenumfang von 12 Stunden) bzw. im mehrwöchigen zusammenhängenden *Blockunterricht* betriebsergänzend ausgebildet werden. Der *Rahmenlehrplan* für den Berufsschulunterricht legt die berufsfachlichen Inhalte fest.<sup>226</sup>

Kosten- und Kapazitätsgründe und eine zunehmende Relevanz arbeitsteiliger Ausbildungsorganisation sind ausschlaggebend für die Inanspruchnahme teilweise ausgelagerter Ausbildung an *zusätzlichen Lernorten*, wie überbetriebliche Ausbildungs- und Lehrwerkstätten, Lehrecken, Übungsbüros etc., wo die Vermittlung kursmäßig organisierter Ausbildungsteile stattfindet. Im Vollzug kann es zu variantenreichen Lernort-Kombinationen kommen, die im Grunde genommen sogar eine Art *plurales* System errichten.<sup>227</sup> Die außerbetriebliche Qualifizierung in Berufsbildungsstätten ist insbesondere für Jugendliche in den *neuen Ländern* wegen der noch nicht beseitigten Umstellungsprobleme der Wirtschaft gang und gäbe. Die von Bildungsträgern installierten Lehrwerkstätten und Lernbüros ersetzen die realbetriebliche Ausbildung, halten jedoch über Betriebspraktika die Verbindung aufrecht.<sup>228</sup>

Für *Helmut Pütz* hat sich das duale System der beruflichen Ausbildung längst

---

<sup>225</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 111.

<sup>226</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 110f.

<sup>227</sup> Siehe: CEDEFOP, 1994, a.a.O., S. 41f.

<sup>228</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 112.



zu einem „pluralen System“ gewandelt. Das zeige nicht nur die Entwicklung überbetrieblicher Ausbildungsstätten, sondern auch die zunehmende Bedeutung der Berufsfachschulen als eigenständige Lernorte. Die alte Dualität von theoretischer und praktischer Ausbildung sieht Pütz heute nur noch in den Handwerksberufen gegeben, während in den neuen Informations- und Telekommunikationsberufen Theorie und Praxis kaum noch zu trennen seien.<sup>229</sup> Pütz sieht in einer Mischung aus bewährtem Berufskonzept und Baustein-Gliederungen (Modularisierung) einen Ansatz, der den Betrieben, Jugendlichen und den technisch-organisatorischen Abläufen die erforderliche Flexibilität sichere. In den kommenden Jahren wird es zu einer weitgehenden Modernisierung des „pluralen Berufsbildungssystems“ mit Erneuerungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung und Umgestaltung der Prüfungen kommen. Effiziente Modernisierung sichere die Attraktivität des deutschen Berufsbildungssystems. In den vergangenen Jahren seien in fast allen neu geordneten Ausbildungsberufen *modulare Konzeptionen* zumindest im dritten Lehrjahr eingeführt. Die Schwerpunkte im Neuordnungsprozess waren dabei höher qualifizierte technische Dienstleistungsberufe etwa der Information und Telekommunikation oder der Mediengestalter für Digital- und Printmedien.<sup>230</sup>

Aus den Vorbildungsdaten der Auszubildenden lässt sich der Wandel der Umwelt des Lehrlingswesens in Deutschland deutlich ablesen. Obgleich nach wie vor ausschließlich die Absolvierung der Schulpflicht Formalerfordernis des Lehreintritts ist, dominieren weiterführende Vorbildungen. War vor 30 Jahren der typische Lehrling ein Absolvent der Volksschule (heute: Hauptschule), so überwiegt heute die Zahl der Lehrlinge mit Realschul- bzw. gleichwertigem Abschluss (36 Prozent 1998) vor der Zahl der Lehrlinge mit Hauptschulabschluss (30 Prozent 1998). 16,5 Prozent der 608.000 Auszubildenden mit neuen Ausbil-

---

<sup>229</sup> CEDEFOP – Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung, CEDEFOP INFO zur beruflichen Bildung in der Europäischen Union, Nr. 2/2000, Belgien, 2000, S. 6.

<sup>230</sup> CEDEFOP, CEDEFOP INFO, Nr. 2/2000, S. 6.

dungsvertrag hatten 1998 Hochschulreife vorzuweisen.<sup>231</sup> Rund 12 Prozent der neuen Auszubildenden haben ein Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (2,9 Prozent), eine Berufsfachschule (7,1 Prozent) oder ein Berufsvorbereitungsjahr vor Lehreintritt absolviert oder besucht; nur 2,5 Prozent haben keinen Hauptschulabschluss.<sup>232</sup>

Mit der gestiegenen formalen Vorbildung hat sich auch die Altersstruktur der Auszubildenden merklich gewandelt. Der Berufsbildungsbericht 1999 weist das Alter der Lehrlinge auf Basis der Berufsschulstatistik aus: Das Durchschnittsalter der Berufsschüler belief sich 1970 auf 16,6 Jahre, 1997 aber auf 19,0 Jahre.<sup>233</sup>

## **Ausbildungsstellenlücke als prioritäres Thema**

Die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen steht in einem engen Wechselverhältnis zu konjunkturellen, regionalen und strukturellen Entwicklungen, worauf sich die Grundtendenz zur kontinuierlichen Schrumpfung der Ausbildungsquote<sup>234</sup> neben einem erhöhten Kostenbewusstsein bei der Personalrekrutierung zurückführen lässt. Angesichts eines sich demographiebedingt weiter zuspitzenden Engpasses bei der Ausbildungsstellenversorgung<sup>235</sup> wird die Mobilisierung von Ausbildungskapazitäten zu einem prioritären Thema, welches

---

<sup>231</sup> bmb+f, 2000, a.a.O., S. 122.

<sup>232</sup> bmb+f, 2000, a.a.O., S. 122.

<sup>233</sup> bmb+f – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 1999, Bonn, 1999, S. 65.

<sup>234</sup> Bei der Begründung des Umstandes, dass sich durchschnittlich weniger als 30 Prozent der Betriebe an der Berufsausbildung beteiligen, wird insbesondere auf die Spezialisierung der Betriebe verwiesen, wodurch eine breit angelegte und vollständige Berufsausbildung im Betrieb nicht realisierbar sei. Siehe dazu: Kultusministerkonferenz, Überlegungen der KMK zur Weiterentwicklung der Berufsbildung, Positionspapier verabschiedet am 23.10.1998, S. 9.

<sup>235</sup> So gehen Prognosen für die nächsten 10 Jahre vom Erfordernis einer kontinuierlichen Ausweitung des betrieblichen Lehrstellenangebotes um jährlich 1 % bis 2 % aus. Siehe: Deutscher Bundestag, Drucksache 13/7625 vom 29.04.1997, Vorlage des Deutschen Bundestages aus der 13. Wahlperiode, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Reformprojekt Berufliche Bildung – Flexible Strukturen und moderne Berufe, Bonn, 1997, S. 5.

durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die betriebliche Berufsbildung insbesondere durch den „Abbau von Ausbildungshemmnissen“ Auftrieb erhalten sollte.<sup>236</sup>

Das Ausbildungsstellenangebot in den neuen Bundesländern ist nach wie vor durch Mängel gekennzeichnet. Die Funktionsfähigkeit des dualen Systems in den neuen Bundesländern ist – aufgrund fehlender Voraussetzungen erwartungsgemäß – nur unter maßgeblicher staatlicher Stützung (Subventionierung des Aktionsprogramms „Lehrstellen Ost“, Bereitstellung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze, eigene Förderprogramme der Länder) erst im Werden begriffen.<sup>237</sup> Es wurde dabei die These vertreten, dass das Ausbildungsstellenangebot mit der Nachfrage in höherem Maße zur Deckung gebracht werden könnte, wenn seitens der Jugendlichen erhöhte Bereitschaft für eine regionale oder Berufswunsch-Mobilität aufgebracht würde.<sup>238</sup>

Zahlreiche konzertierte Gemeinschaftsinitiativen von Wirtschaft, Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit konnten zur Belebung des Lehrstellenmarktes beitragen, doch das Hauptaugenmerk liegt auf längerfristig angelegten Konzepten. Vor allem in Regionen mit Lehrstellendefizit wird der Einsatz von Lehrstellenentwicklern, Ausbildungsplatzwerbern, Ausbildungs- und Berufsberatern über eine Verschränkung der Aktivitäten von Kammern und Arbeitsämtern zur Gewinnung von Lehrstellen intensiviert. Auch über regionale Bündnisse für Ausbildung und Ausbildungsverbände (Lernortkooperationen) sollen erhebliche Potentiale zusätzlicher Lehrstellen mobilisiert werden.<sup>239</sup>

---

<sup>236</sup> Siehe: Euler, Dieter, Modernisierung des dualen Systems – Problembereiche, Reformvorschläge, Konsens- und Dissenslinien. Eine Untersuchung im Auftrag der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Nürnberg, August 1997, S. 149.

<sup>237</sup> Siehe: Euler, 1997, a.a.O., S. 68f.

<sup>238</sup> Siehe Euler, 1997, a.a.O., S. 154.

<sup>239</sup> Siehe: Deutscher Bundestag, Drucksache 13/7625 vom 29.04.1997, Vorlage des Deutschen Bundestages aus der 13. Wahlperiode, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Reformprojekt Berufliche Bildung – Flexible Strukturen und moderne Berufe, Bonn, 1997, S. 10f.

Über das mit Mitteln des *European Recovery Program (ERP)* finanzierte Ausbildungsplatzprogramm (zinsgünstige und langlaufende Darlehen) werden ausbildungsbedingte Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe angeregt. Davon unberührt sprach sich die Regierung dafür aus, bei den Tarifverhandlungen über das Einfrieren von Ausbildungsvergütungen auf eine Kostenentlastung der Ausbildungsbetriebe abzielen. Auch die Kammern als Interessensvertretung sollten über die Erhöhung des Finanzierungsanteils aus dem allgemeinen Kammerhaushalt und eine Absenkung der berufsbildungsbezogenen Teile der Kammerumlage einen kostendämpfenden Beitrag leisten.<sup>240</sup>

## Schulische Berufsbildung

Schulische berufliche Bildung erfolgt in Deutschland in verschiedenen Zusammenhängen. Die Mehrheit der schulischen Berufsbildungen ist aber mit der betrieblichen Berufsbildung eng verknüpft, sei es vor, während oder nach Abschluss der Lehrlingsausbildung. Es gibt Teilzeit-Berufsschulen, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen (berufliche Vollzeitschule, siehe die obigen Angaben zur Vorbildung der Auszubildenden), Fachoberschulen, Berufliche Gymnasien/Fachgymnasien und Fachschulen (nach dem 19. Lebensjahr, werden nach der betrieblichen Ausbildung besucht).<sup>241</sup>

Der eigentlichen Berufsausbildung kann eine Berufsvorbereitungsphase vorgeschaltet werden. So handelt es sich beim *Berufsvorbereitungsjahr* (66.400 Teilnehmer 1997<sup>242</sup>) um einen einjährigen Ausbildungsgang in schulischer Vollzeitform, welcher sich speziell zum Nachholen des Hauptschulabschlusses eignet. Eine kontinuierliche Nachfragesteigerung hierfür ist auch in den neuen Ländern zu registrieren.<sup>243</sup>

---

<sup>240</sup> Siehe: Deutscher Bundestag, 1997, a.a.O., S. 10f.

<sup>241</sup> Siehe: CEDEFOP, 1982, a.a.O., S. 164ff.

<sup>242</sup> Siehe: bmb+f, 1999, a.a.O., S. 79.

<sup>243</sup> Siehe: bmb+f, 1998, a.a.O., S. 67; so verfügten 1995 mehr als zwei Drittel über keinen Hauptschulabschluss.

Im *Berufsgrundbildungsjahr* (40.200 Teilnehmer 1997<sup>244</sup>) erhalten die Schüler eine berufsfeldbezogene Grundbildung in einem der 13 Berufsfelder (z.B. Metalltechnik, Elektrotechnik oder Wirtschaft und Verwaltung). Der Unterricht wird im Gegensatz zur kooperativen Form, wo die Schüler zugleich Auszubildende sind, vollzeitschulisch durchgeführt. Bei Verbleib im Berufsfeld wird der positive Abschluss als erstes Ausbildungsjahr im dualen System angerechnet. In den neuen Ländern kommt dieser Einrichtung eine verhältnismäßig geringe Bedeutung zu.<sup>245</sup>

*Berufsfachschulen* als Vollzeitschulen vermitteln in unterschiedlicher Dauer (1 bis 4 Jahre) parallel zur Allgemeinbildung eine berufsfeldorientierte Grundbildung (z.B. für kaufmännische / handwerkliche / sozialpflegerische / Fremdsprachenberufe etc.). Außerdem besteht die Möglichkeit der Anrechenbarkeit als erstes Jahr der Ausbildung im dualen System.<sup>246</sup> Soweit durch die Berufsfachschule die betriebliche Ausbildung ersetzt wird, erwerben die Jugendlichen zum Abschluss in der Prüfung der Industrie- und Handelskammer den Gehilfen- oder Facharbeiterbrief. Darüber hinaus können auch „erweiterte Bildungsziele“ verfolgt werden, die zum Erwerb eines allgemeinen Bildungszertifikats, dem „Mittleren Bildungsabschluss“, führen und den Absolventen in einen dem Realschulabschluss gleichrangigen Stand versetzen.<sup>247</sup> 1997 betrug die Teilnehmerzahl 366.600 bei anhaltend steigender Tendenz in allen Ländern.<sup>248</sup>

*Fachschulen* (z.B. Meisterschule, Technikerschule) mit einer 1 - 3jährigen Dauer dienen der beruflichen Spezialisierung und weiteren Qualifizierung von beruflich erfahrenen Fachkräften für gehobene und leitende betriebliche Funktionsbereiche. Schulbesuchsvoraussetzung sind eine berufliche Erstquali-

---

<sup>244</sup> Siehe: bmb+f, 1999, a.a.O., S. 80.

<sup>245</sup> Siehe: bmb+f, 1998, a.a.O., S. 67.

<sup>246</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 107.

<sup>247</sup> Siehe: bmb+f, Berufsbildungsbericht 1998, a.a.O., S. 68.

<sup>248</sup> Siehe: bmb+f, 1999, a.a.O., S. 80.

fikation, z.B. Gesellenprüfung, und eine durchwegs mehrjährige Berufserfahrung. Der erfolgreiche Abschluss berechtigt zur Führung von Berufsbezeichnungen wie „Staatlich geprüfter Betriebswirt / Techniker / Wirtschaftler“ etc.<sup>249</sup>

Die *Berufsaufbauschule* vermittelt Jugendlichen mit abgeschlossener Berufsausbildung und mehrjähriger Berufserfahrung eine über das Haupt- und Realschulniveau hinausreichende Allgemein- und Fachbildung in den Fachrichtungen Technik/Wirtschaft/Hauswirtschaft-Sozialwesen/Landwirtschaft. Sie kann als Teilzeitschule neben der Berufsschule besucht werden (Dauer 3 Jahre) oder nach der Berufsausbildung als Vollzeitschule (Dauer 1 Jahr). Mit dem Bestehen wird ein dem Realschulabschluss gleichwertiger Abschluss (Mittlerer Schulabschluss) als Zugangsvoraussetzung zum Besuch von Berufsfachschule, Fachoberschule, Berufliches Gymnasium/Fachgymnasium erworben.<sup>250</sup>

Die *Fachoberschulen*<sup>251</sup> als zweijährige Schulart wurden 1969 als Vorstufenmodell für die ebenfalls neu geschaffenen Fachhochschulen (Umwandlung der früheren Ingenieurschulen) gegründet. Sie führen – aufbauend auf dem Realschulabschluss („Mittlerer Bildungsabschluss“) oder der Fachschulreife – auf Jahrgangsstufe 11 und 12 über Vermittlung allgemeiner, fachtheoretischer und fachpraktischer Kenntnisse und Fähigkeiten in den Sektoren Technik / Wirtschaft / Verwaltung / Agrarwirtschaft / Sozialwesen etc. – zur Fachschulreife. Für Absolventen der Berufsaufbauschule mit Fachschulreife und Absolventen mit Realschulabschluss gilt, wenn sie zudem eine berufliche Erstausbildung absolviert haben, ein unmittelbares und „abkürzendes“ Eintrittsrecht auf Jahrgangsstufe 12.<sup>252</sup> Der erfolgreiche Abschluss gilt als Befähigungsnachweis

---

<sup>249</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 108.

<sup>250</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 107.

<sup>251</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 91.

<sup>252</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 108.

zum Studium an Fachhochschulen.

Die *beruflichen Gymnasien/Fachgymnasien* (Technische und Wirtschaftsgymnasien) sind eine Form der gymnasialen Oberstufe mit berufsbezogenen Fachrichtungen und Schwerpunkten, wie Wirtschaft und Technik, als zweites Leistungsfach anstelle allgemeinbildender Fächer. Sie schließen mit dem Abitur und einer beruflichen Abschlussprüfung, an welche sich die allgemeine Hochschulstudienberechtigung knüpft. Schulbesuchsvoraussetzung sind entweder der Mittlere Bildungsabschluss oder Fachschulreife.<sup>253</sup>

Diese berufsbezogenen Bildungsgänge gibt es auch in besonderen Schulverbandsystemen von Gymnasien und Beruflichen Schulen (z.B. Berufsfachschulen, Oberstufenzentren) oder innerhalb einer eigenen Schulart wie der Kollegschule in Nordrhein-Westfalen. Die vierjährigen doppelqualifizierenden Bildungsgänge schließen mit zwei getrennten Prüfungen (Abiturprüfung und berufliche Abschlussprüfung) ab.<sup>254</sup> Für berufliche Bildungsgänge besteht seit der zwischen den Ländern getroffenen Rahmenvereinbarung von 1991 und 1992 das auf Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung abzielende Novum, dass neben dem berufsqualifizierenden Abschluss zusätzlich eine weiterführende schulische Berechtigung (Mittlerer Schulabschluss und Hochschulreife) erworben werden kann.<sup>255</sup>

## **Topoi der Modernisierungsdiskussion**

Die deutsche Berufsbildung war in der zweiten Hälfte der 90er Jahre durch Modernisierungsanstrengungen und Modernisierungsdiskussion der dualen Berufsbildung gekennzeichnet. Aktualisierung von Ausbildungsordnungen war

---

<sup>253</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 108.

<sup>254</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 108.

<sup>255</sup> Siehe: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1995, a.a.O., S. 105.

dabei ein zentraler Ansatz. So wurde der Altbestand an Ausbildungsberufen laufenden Neuordnungsverfahren unterzogen, gleichzeitig erlangten Ausbildungsverordnungen für neue Lehrberufe Rechtsgültigkeit. So sind 1997 z.B. 49 neue Ausbildungsverordnungen in Kraft getreten, davon 14 für neue Berufe.<sup>256</sup>

### ***Berufsprinzip in der Diskussion***

Die Aktualisierung der Ausbildungsordnungen war von einer grundsätzlichen ordnungspolitischen Diskussion begleitet. In dieser Debatte gerät das über Jahrzehnte hinweg mit dem Nimbus der Unantastbarkeit versehene deutsche Berufsprinzip unter Druck. Nur im Handwerk als eine Bastion des Dualen Systems bliebe das Berufskonzept relativ funktional und stabil, während sich im Bereich der Industrie und Dienstleistungen – so der Tenor der Argumentationen – eine fortschreitende Auflösung der idealtypischen Berufskategorie zugunsten der Qualifikationskategorie manifestiere.<sup>257</sup>

Betont wurde hierbei insbesondere die sozialintegrative Rolle des deutschen Berufskonzepts und des Berufsbildungssystems. Der deutsche Ansatz, „Beruflichkeit“ über das Duale System herzustellen, könnte zwar – so argumentieren *Heidegger und Rauner*<sup>258</sup> – prinzipiell auch zugunsten einer vorwiegend

---

<sup>256</sup> bmb+f – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 1998, Bonn, 1998, S. 72ff. Siehe weiters: bmb+f, 1999, a.a.O., S. 6. Die Modernisierung bestehender Ausbildungsberufe und die Entwicklung von neuen Berufen, insbesondere im beschäftigungsbedeutsamen und wachsenden Dienstleistungssektor, wurde auch 1998 mit hoher Intensität fortgesetzt. Insgesamt sind 1998 29 neue Ausbildungsordnungen in Kraft getreten, davon elf neue Berufe.

<sup>257</sup> Baethge, Martin: Berufsprinzip und duale Ausbildung: Vom Erfolgsgaranten zum Bremsklotz der Entwicklung?; In: Wittwer, Wolfgang (Hrsg.): Von der Meisterschaft zur Bildungswanderschaft: berufliche Bildung auf dem Weg in das Jahr 2000, Bielefeld 1996. Auch Antonius Lipsmeier kommt in seinem Beitrag „Vom verblässenden Wert des Berufes für das berufliche Lernen“ (In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 94. Band, Heft 4/1998) zu der Schlussfolgerung, dass durch Internationalisierung und Globalisierung der Arbeitsmärkte und die Europäisierung der Berufsbildungspolitik die Kategorie „Beruflichkeit“ bis auf das Handwerk (und überwiegend akademische Berufe) für viele Berufsbereiche relativiert wird.

<sup>258</sup> Siehe: Heidegger, Gerald / Rauner, Felix: Reformbedarf in der beruflichen Bildung, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie



schulischen, staatlich organisierten Berufsausbildung zurückgestellt bzw. überhaupt durch das japanische beziehungsweise US-amerikanische Modell der High-School als Allgemeinbildung vermittelnder Gesamtschule ersetzt werden. Durch schleichende Entberuflichung von Beschäftigung, die Unterminierung von Facharbeiteridentität und den Verlust von Übersichtlichkeit bei Arbeitsmarktstrukturen und Nachvollziehbarkeit von Berufsperspektiven stünde jedoch die „soziale Kohäsion“ in Deutschland auf dem Spiel.<sup>259</sup>

Da sich zudem die zukünftige arbeitsteilige Strukturierung des Beschäftigungssystems nicht über Prognosen ermitteln lässt, seien prospektive Vorkehrungen zur Entschärfung von Abstimmungsproblemen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem zu treffen. Ein Ansatz hierzu soll die Einführung *offener, dynamischer Berufsbilder mit gestaltungsoffenen Ausbildungsordnungen*<sup>260</sup> sein, wo die Ausbildung Beruflichkeit exemplarisch erfahrbar macht und die spätere Mobilität unterstützt, indem sie auch auf andere Berufstätigkeiten transferierbare Kenntnisse vermittelt – ohne die Berufsform der Arbeit per se aufzubrechen.

Gestaltungsoffene Berufskonzepte waren Ende der 90er Jahre Grundlage für die Modernisierung bestehender und die Entwicklung neuer Ausbildungsordnungen speziell in den Wachstumsfeldern (Neue Medien, Informations- und Kommunikationstechniken etc.), in denen bisher nicht ausgebildet wurde.<sup>261</sup> Nach dem Strukturkonzept mit Kern- und flexiblen Bereichen setzen sich offene, dynamische Berufsbilder aus einem obligatorischen, bundeseinheitlich geregelten Kernbereich (50 - 60 Prozent) mit berufsfeld- oder berufsbezogenen Inhalten, einem betriebs- und regionalspezifischen Wahlpflichtbereich (fach-

---

und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, o.J., o.O., S. 11ff.

<sup>259</sup> Siehe: Heidegger, Rauner, o.J., a.a.O., S. 17.

<sup>260</sup> Siehe: Heidegger, Rauner, o.J., S. 9, 21, 26ff.

<sup>261</sup> Siehe: Pütz, Helmut (BIBB): Berufsbildung im Wandel – Die Bedeutung des Berufskonzepts, Referat gehalten beim 45. Studiengespräch zum Thema: „Qualität und Innovation der Berufsbildung als Wettbewerbsfaktor“ im Haus Lämmerbuckel vom 10.-12.5.1999, S. 1.

licher Vertiefungsbereich) in der Größenordnung von 20 - 30 Prozent für betriebs- und anwendungsorientierte Inhalte und einem Integrationsbereich (für das arbeits- und betriebsbezogene Zusammenhangswissen) von ebenfalls 20 - 30 Prozent (Wahlbereich – inhaltliche Ausgestaltung liegt in der Zuständigkeit der Betriebe und Berufsschulen) zusammen.<sup>262</sup> Das betriebliche Erfahrungswissen ist die Ausgangsbasis, welche die Vermittlung von „Schlüsselkompetenz“, mit ihrem Kern der „Gestaltungskompetenz“, den „Mitnahme-Effekt“ generalisierter Dispositionen und überfachlicher Kenntnisse beim Berufswechsel ermöglicht.<sup>263</sup> Der Ausbildungsberuf soll nicht länger ein statisches Qualifikationsprofil vermitteln, sondern auf einen *multifunktionalen Arbeits-einsatz* vorbereiten.<sup>264</sup> In dieselbe Kerbe schlägt das in weiterer Folge skizzierte mobilitätsfördernde Konzept der Kernberufe.

Die Kultusministerkonferenz hat eine zum heftig umstrittenen Konzept der Basisberufe letztlich wohl nur terminologisch abweichende Begrifflichkeit eingeführt. Demnach sind Basisberufe offen konzipiert und sollen ein breites berufliches Orientierungswissen vermitteln, an das sich ein ergänzendes Vertiefungswissen anschließen kann. „Bezugspunkte sind Arbeitszusammenhänge und -prozesse und nicht mehr ausschließlich berufliche Tätigkeiten, die in Form der exemplarischen Fachbildung aber weiterhin in der Ausbildung enthalten sind.“<sup>265</sup>

Andere klassifikatorische Vorschläge zur Neuordnung der Berufsfelder stellen auf ein einheitliches dreigliedriges Ordnungsschema zur *Entschärfung der Schnittstellenproblematik zwischen den Berufsfeldern* ab. Neben berufsfeldübergreifend einheitlichen Schlüsselqualifikationen, umfassen Kernqualifikationen den zentralen Qualifikationsbestand eines Berufsfeldes oder einer

---

<sup>262</sup> Siehe: Heidegger, Rauner, o.J., a.a.O., S. 20f.

<sup>263</sup> Siehe: Heidegger, Rauner, o.J., a.a.O., S. 17.

<sup>264</sup> Siehe: Deutscher Bundestag, 1997, a.a.O., S. 4.

<sup>265</sup> Kultusministerkonferenz, 1998, a.a.O., S. 7.

Branche, komplettiert um die fachrichtungsspezifischen Qualifikationen. Nicht mehr die ganze Ausbildungsordnung wäre die Zielgröße einer Aktualisierung, sondern das reformbedürftige Qualifizierungselement.<sup>266</sup>

*Satellitenmodell der Wirtschaft:* Fachlich verkürzte Basis- oder Grundberufe, welche unverzichtbare fachliche Ausbildungsteile in eine Weiterbildung verschieben, und die verlässliche und unmittelbare Berufstätigkeit aufweichen, scheiden aus Sicht von IHK und DIHT als Berufsbildungsmodelle aus. Sie schlagen das *Satellitenmodell der Berufsbildung* als grundsätzlich für alle Formen der Qualifizierung nach Berufsbildern geeignetes Ordnungsmodell vor, in dem sich um einen Kern berufsprofilprägender Grundqualifikationen Wahlpflichtbausteine und Wahlbausteine gruppieren. Kernelement ist dabei der *variable Zeitkorridor* (in Eckwerten verbindlicher Zeitrahmen zwischen mindestens zwei und höchstens 3,5 Jahren), der Wahloptionen bezüglich Ausbildungszeit und Ausbildungspaket ermöglicht.<sup>267</sup>

### ***Zusatzqualifikationen und Weiterbildung***

Berufliche und betriebliche Weiterbildung sollen – so die politische Qualifizierungsstrategie – als Grundpfeiler einer neuen betrieblichen Lern- und Unternehmenskultur fungieren, welche sich neben der betriebseigenen „hohen Lernintensität der Arbeitssysteme“<sup>268</sup> auf begleitende Lernpfade stützen soll. Als Instrument zur gezielten Förderung des besonders leistungsbereiten Nachwuchses und zur Personalentwicklung soll – so die Programmatik – die systematische Entwicklung einer Säule flexibel einsetzbarer und zertifizierter Zusatzqualifikationen auf unterschiedlichen Niveaus zum Zwecke anspruchsvoller Spezialisierungen (z.B. mit Anrechnungsmöglichkeiten bei der Fortbildung zum

---

<sup>266</sup> Siehe: Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Abteilung Bildung (Hrsg.), Zeitschrift Gewerkschaftliche Bildungspolitik 1/2-99, Düsseldorf, 1999, S.3f.

<sup>267</sup> Siehe: IHK (Industrie- und Handelskammer) und DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag), Leitlinien Ausbildungsreform - Wege zu einer modernen Beruflichkeit, Bonn, o. J., S. 6f.

<sup>268</sup> Siehe: Deutscher Bundestag, 1997, a.a.O., S. 7.

Meister, Fachwirt etc.) intensiviert werden. Hier würde eine neue Option für „Karriere durch Lehre“ einlösbar.<sup>269</sup> Solcherart flexibilisierte Weiterbildungsstrukturen und die Bereitschaft zu selbstorganisiertem Lernen würden künftig neben dem Lernen im Arbeitsprozess beträchtliche Relevanzzuwächse erfahren, zumal mit einer Grundausbildung kaum mehr ein gesamtes Berufsleben zu bestreiten sein wird.

Die Realisierung eines nach Ebenen gegliederten, integrierten und nach Niveaus gestuften Systems der Weiterbildung ist dort möglich, wo über die Stufenleiter von Weiterbildungsbausteinen die Option eröffnet wird, im Berufsbildungsgang bei minimierten Verweilzeiten die Zugangsberechtigung zur Folgestufe zu erwerben.<sup>270</sup>

### **„Lernende Regionen“, Ausbildungsfinanzierung**

In Belangen der Sicherung von Ausbildungskapazitäten und in Finanzierungsfragen (über Umlagebeteiligung) wird zunehmend die Verlagerung von Verantwortung in die Region als wichtig erachtet.<sup>271</sup> Das Leitbild der „lernenden Region“ basiert auf der Vorstellung der Organisierbarkeit eines „innovativen Milieus“ durch die Etablierung eines dem Interessenausgleich und der Stärkung der ökonomischen und sozialen Wettbewerbsfähigkeit dienenden regionalisierten sozialen Dialogs zwischen Bürgern, Bildungsträgern (Schulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen), Unternehmen, Kammern, Regionalbehörden, Arbeitsämtern etc.

Einer zu installierenden Berufsbildungskonferenz würde dabei die Rolle zufallen, in einer jährlich zu erstellenden Berufsbildungsbilanz alle Kapazitäten der Berufsqualifizierung in Betrieben und Schulen auszuweisen und sie der Nach-

---

<sup>269</sup> Siehe: Deutscher Bundestag, 1997, a.a.O., S. 6f.

<sup>270</sup> Siehe: Friedemann Stooß, Reformbedarf in der beruflichen Bildung, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Geschäftsstelle Ausbildungskonsens NRW, Düsseldorf, 1997, S. 56.

<sup>271</sup> Siehe: Heidegger, Rauner, o.J., a.a.O., S. 9, 24ff.

frage gegenüberzustellen. Pendel- und Austauschverflechtungen mit Nachbarregionen bzw. Ballungszentren sollten sich darin ebenfalls wiederfinden.<sup>272</sup> Im Rahmen eines zu institutionalisierenden „*regionalen Berufsbildungsdialoges*“ sollen unter Federführung von Innovationsagenturen Konzepte zielgerichteter Regionalentwicklung z.B. durch die Schaffung von Ausbildungs- und Lernortverbänden (Einschluss aller Bildungsträger) mit Ausrichtung auf „dezentralem Lernen“ initiiert werden. Die Kooperation der Lernorte soll die optimale Nutzung der sich verknappenden Ressource „Lernort Betrieb“ sicherstellen und über die Ordnungsmittel der dualen Berufsausbildung (Ausbildungsordnung, Ausbildungsrahmenplan des Betriebes und Rahmenlehrplan der Berufsschule) gefördert werden.<sup>273</sup>

Schon jetzt leistet der öffentliche Haushalt über die Mittelaufbringung für ausbildungsbegleitende Hilfen (abH), Berufsausbildung in überbetrieblichen Einrichtungen (BüE geregelt nach § 40c AFG), Gemeinschaftsinitiative Ost etc. – neben der Kostenträgerschaft für die (Teilzeit-)Berufsschulen – einen zur Flankierung der Berufsausbildung im Dualen System erheblichen finanziellen Beitrag (größtenteils gespeist aus der Umlage der Bundesanstalt für Arbeit, also der Sozialversicherung). Stooß hat für Gesamtdeutschland unter Bezugnahme auf die Netto-Ausbildungskosten der Privatwirtschaft (wobei für das Jahr 1993 28,8 Mrd. DM angenommen werden) für 1994 einen öffentlich finanzierten Volumenanteil von 30,4 Prozent ermittelt, womit knapp 318.000 Ausbildungsplätze (Tendenz steigend) flankierend finanziert wurden.<sup>274</sup>

Mit einer „Aufwertung“ der Regionen würden diese subsidiär durch eine Bündelung von Zuschüssen zwischen Ländern und Bund selbst stärker in die finanzielle Pflicht genommen.

---

<sup>272</sup> Siehe: Stooß, 1997, a.a.O., S. 93.

<sup>273</sup> Siehe: Kultusministerkonferenz, 1998, a.a.O., S. 16.

<sup>274</sup> Siehe: Stooß, 1997, a.a.O., S. 90f.

### ***Gleichwertigkeitsproblem beruflicher und allgemeiner Bildung***

Um ein Gegengewicht zum massenhaften Andrang auf den gymnasialen Bildungsweg, welcher leistungsstarke Jugendliche der unmittelbar berufsbezogenen Laufbahn entzieht, zu etablieren, wird die Forderung nach der Schaffung vergleichbarer Karrierechancen durch die Einrichtung bundesweit staatlich anerkannter Fortbildungsberufe formuliert. Die Offenheit, Revidierbarkeit der Wahl und die Durchlässigkeit zwischen beruflichen und allgemeinen, studienvorbereitenden Bildungswegen sollte insbesondere auf der Sekundarstufe II erhöht werden. Generell sei an der forcierten Einrichtung „doppeltqualifizierender“ Bildungsgänge, die einen beruflichen Abschluss mit einer weiterführenden schulischen Berechtigung (Fachhochschulreife, fachgebundene Reife für wissenschaftliche Hochschulen) verbinden, festzuhalten.<sup>275</sup>

Das gestiegene Anforderungsniveau der dualen Ausbildung lässt es durchaus legitim erscheinen, über eine Gleichstellung von berufsbildenden Abschlüssen und Abschlüssen des allgemeinbildenden Schulwesens einen bereits überfälligen Lückenschluss zu erreichen. So soll jungen Fachkräften mit abgeschlossener dualer Ausbildung ein den Schulabsolventen mit mittleren allgemeinbildenden Schulabschlüssen gleichwertiger Zutritt zu weiteren Bildungswegen offen stehen. Ferner wären qualifizierte Berufstätige mit anerkannten Fortbildungsabschlüssen (Meister, Techniker, Fachwirte etc.) gegenüber Studienberechtigten aus schulischer Laufbahn gleichzustellen (Ausstattung mit einer länderübergreifend einheitlichen Hochschulzugangsberechtigung). Dadurch könnte ein bedeutsamer Beitrag zur Verbesserung der Aufstiegs- und Karrierechancen für beruflich Qualifizierte geleistet werden.<sup>276</sup>

---

<sup>275</sup> Siehe: Heidegger, Rauner, a.a.O., S. 10, 33ff.

<sup>276</sup> Siehe: Deutscher Bundestag, 1997, a.a.O., S. 9.

### ***Differenzierung der Lernwege***

Das Berufsbildungssystem in seiner heutigen Gestalt wendet vorab keine Differenzierungsmechanismen bei der Aufnahme seiner durch zunehmende Heterogenität charakterisierten Ausbildungsplatzwerber an. Verschiedene Entwicklungen (verstärkte Bildungsnachfrage durch Bewerber mit niedrigen schulischen Eingangsvoraussetzungen oder anderen Benachteiligungen, ungebremster Zulauf von Abiturienten zum Dualen System in der Größenordnung von momentan bereits über 16 Prozent, Auseinanderdriften formaler schulischer Eingangsniveaus für unterschiedliche Berufszweige) lassen – so die Argumentation – eine *Binnendifferenzierung in Betrieb und Schule* z.B. nach den Merkmalen Lernfähigkeit und Leistungsbereitschaft als angezeigt erscheinen, ohne vom Prinzip des einheitlichen Niveaus der Ausbildungsberufe (bezogen auf die Berufsbilder) abzugehen.<sup>277</sup>

Über eine Kombination von herkömmlichen Lernphasen (neue Didaktik/neue Lernformen) mit Erwerbsarbeitsphasen und zusätzlichen Fördermaßnahmen soll das Passieren des normalen Ausbildungsweges mit offizieller Zertifizierung der jeweils erbrachten Lernleistungen ermöglicht werden. Die Eignung des Lernortverbundes wird höher bewertet als die des Vorbereitungsjahres mit seiner Stigmatisierung als „berufliche Sonderschule“. Die vorberufliche Bildung (z.B. über Betriebspraktika) soll in allen Schulformen intensiviert werden.

Eine *Außendifferenzierung* ist sinnvoll für Jugendliche ohne erfolgreichen schulischen Abschluss, Abiturienten und Studienabbrecher. Im Bereich Industrie und produktionsbezogene Dienstleistungen liegen für letztere die Vorteile einer Kombination von Berufsausbildung mit Fachhochschule, Berufsakademie oder gar Meister-Kursen zur frühzeitigen Förderung von Betriebs-Neugründungen klar auf der Hand. Für praktisch Begabte sollte eine Ausweitung des Ausbildungsangebotes angepeilt werden.<sup>278</sup>

---

<sup>277</sup> Siehe: Heidegger, Rauner, a.a.O., S. 35.

<sup>278</sup> Siehe: Heidegger, Rauner, a.a.O., S. 36.

Über eine wünschenswerte Differenzierung könnte eine Attraktivitätssteigerung sowohl für Leistungsstarke (z.B. über bedarfsgerechte Zusatzangebote) als auch über die Umsetzung kooperativer Förderkonzepte für Leistungsschwächere herbeigeführt werden. Das Erreichen eines jeden Qualifikationsstandes sollte über eine Zertifizierung (z.B. im Berufsbildungspass) dokumentiert werden sowie eine Wertigkeit als Anrechnungsbaustein für die Erreichbarkeit vollständiger Abschlüsse aufweisen.<sup>279</sup>

Ferner sollte vom für die Festlegung der Regelausbildungsdauer seitens des Berufsbildungsgesetzes eröffneten Spielraum von zwei bis drei Jahren verstärkter Gebrauch gemacht werden.<sup>280</sup>

### ***Orientierungs- und Fördermaßnahmen***

Neben der Vermittlung von als elementar vorausgesetzten Fertigkeiten und Verhaltensweisen gehört zur Ausbildungsreife auch „die Hinführung zur Arbeits- und Berufswelt einschließlich einer umfassenden Berufsorientierung.“<sup>281</sup> So soll eine Verbesserung der ausbildungsvorbereitenden Funktion der Schulen darauf abstellen, eine Reparaturfunktion der beruflichen Bildung zu vermeiden.<sup>282</sup> Die Berufswahlreife als Station am Ende der Sekundarstufe I und an der Schwelle I (Übergang von Allgemein- in Berufsausbildung) – als ein Ziel der Allgemeinbildung und des Pflichtschulkanons – wird insoweit als Bringschuld der Schulen eingestuft, als bei einem Fehlen der Übergang in Berufsausbildung und Arbeit zu misslingen drohe.<sup>283</sup>

In Zukunft sollen auch Lehrlinge, die ihre Ausbildung trotz Fördermaßnahmen nicht meistern, also Lehrabbrecher, nicht ohne einen arbeitsmarktverwertbaren Nachweis (Zeugnis oder Zertifikat) der erworbenen Qualifikationen auf den Ar-

---

<sup>279</sup> Siehe: Euler, 1997, a.a.O., S. 150.

<sup>280</sup> Siehe: Deutscher Bundestag, 1997, a.a.O., S. 4.

<sup>281</sup> Siehe: Deutscher Bundestag, 1997, a.a.O., S. 6.

<sup>282</sup> Siehe: Stooß, 1997, a.a.O., S. 72.

<sup>283</sup> Siehe: Stooß, 1997, a.a.O., S. 62f.



beitsmarkt entlassen werden.<sup>284</sup> Weiters ist für Lehrlinge, welche die Abschlussprüfung definitiv nicht bestehen, der Entwurf eines „Kleinen Gesellenbriefes“ im Gespräch, welcher ihnen die erfolgreich absolvierten Prüfungsteile und am Arbeitsmarkt nachgefragten Kompetenzen bescheinigt.

Jene Jugendlichen, die im Wettbewerb um Ausbildungsplätze überhaupt leer ausgehen, also weder in betrieblicher noch in vollzeitschulischer regulärer Berufsausbildung unterkommen, „ist mehr anzubieten als ein Wartestand vor den Toren des Berufslebens in berufsvorbereitenden Maßnahmen“. Auch dieser Personenkreis sollte von Beginn an mit berufsbildungsrelevanten Qualifikationen (mit prinzipiell abprüfbarem Charakter) ausgestattet werden, wie sie bereits mit den Maßnahmen (Benachteiligtenprogramm) nach § 40c AFG installiert sind.<sup>285</sup>

### ***Innovationen für die Berufsschule***

Vorzüge der dualen Berufsausbildung sind zweifelsfrei der unmittelbare Bezug zum Arbeitsmarkt sowie das „ganzheitliche und handlungsorientierte Lernen“<sup>286</sup> in der betrieblichen Praxis, also das betriebliche Erfahrungslernen. Obwohl in den Richtlinien der Rahmenlehrpläne ausdrücklich handlungs- und problemorientierter und fächerübergreifender Unterricht, der reale betriebliche Aufgaben/Prozesse zum Gegenstand hat, vorgeschrieben wird, erfolgt die Unterrichtspraxis vorwiegend nach herkömmlichen Methoden (Frontalunterricht nach Lehrbuch), durch welche reale betriebliche Aufgaben selten Gegenstand des Unterrichts werden. Um die Verbindung betrieblichen und schulischen Lernens über eine deutlichere Betonung der Wechselbezüge zwischen Theorie und Praxis zu stärken, wird dem *Integrierten Berufsbildungsplan* als einem Instrument zur Verbesserung der Lernortkooperation ein großer Stellenwert bei der

---

<sup>284</sup> Siehe: Deutscher Bundestag, 1997, a.a.O., S. 6.

<sup>285</sup> Siehe: Stooß, 1997, a.a.O., S. 94.

<sup>286</sup> Siehe: Deutscher Bundestag, 1997, a.a.O., S. 4.

Umsetzung eines „neuen Bildungsauftrages“ zugeschrieben.<sup>287</sup>

Selbst die Beteiligung von Berufsschulen an *integrierten Prüfungen* (gemeinsame Prüfungskommission, in der die Berufsschule für die Prüfungsanteile in dem von ihr verantworteten Wahlbereich zuständig ist bzw. in der schulnahe Leistungen anteilig in der Abschlussprüfung berücksichtigt werden), die über eine Orientierung auf handlungsorientierte Aufgabenstellungen ein besseres Abbild der realen betrieblichen Praxis vermitteln sollen, ist mittlerweile als Modellversuch in Reichweite gerückt und könnte zu einer nachhaltigen Änderung der Prüfungsmodalitäten mit verstärkter Bezugnahme auf Handlungskompetenz und Arbeitsprozesswissen führen.<sup>288</sup>

---

<sup>287</sup> Siehe: Heidegger, Rauner, o.J., a.a.O., S. 40f.

<sup>288</sup> Bei den Technischen ZeichnerInnen sind *integrierte Prüfungen* schon Usus. Siehe: Heidegger, Rauner, o.J., a.a.O., S. 41; Vgl. weiters: Deutscher Bundestag, 1997, a.a.O., S. 4.

## Literaturverzeichnis

- AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Schlüsselzahlen zur Berufsbildung in der Europäischen Union, Luxemburg, 1997.
- AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Strukturen der allgemeinen und beruflichen Bildung in der Europäischen Union, Brüssel, Luxemburg, 1995.
- BAETHGE, Martin, Berufsprinzip und duale Ausbildung: Vom Erfolgsgaranten zum Bremsklotz der Entwicklung?; In: Wittwer, Wolfgang (Hrsg.): Von der Meisterschaft zur Bildungswanderschaft: berufliche Bildung auf dem Weg in das Jahr 2000, Bielefeld 1996.
- BMB+F – BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 1999, Bonn, 1999.
- BMB+F – BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 1998, Bonn, 1998.
- BMB+F – BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE (Hrsg.), Grund- und Strukturdaten, div. Jahrgänge.
- CEDEFOP – EUROPÄISCHES ZENTRUM FÜR DIE FÖRDERUNG DER BERUFSBILDUNG, CEDEFOP INFO zur beruflichen Bildung in der Europäischen Union, Nr. 2/2000, Belgien, 2000.
- CEDEFOP – EUROPÄISCHES ZENTRUM FÜR DIE FÖRDERUNG DER BERUFSBILDUNG (Hrsg.), Das Berufsbildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland, Monografie verfasst von Joachim Münch, Universität Kaiserslautern, 1992, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg, 1994.
- CEDEFOP – EUROPÄISCHES ZENTRUM FÜR DIE FÖRDERUNG DER BERUFSBILDUNG (Hrsg.), Beschreibung der Berufsbildungssysteme in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, Vergleichende Studie, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg, 1982.
- DEUTSCHER BUNDESTAG, Drucksache 13/7625 vom 29.04.1997, Vorlage des Deutschen Bundestages aus der 13. Wahlperiode, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Reformprojekt Berufliche Bildung – Flexible Strukturen und moderne Berufe, Bonn, 1997.
- DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND, BUNDESVORSTAND, ABTEILUNG BILDUNG (Hrsg.), Zeitschrift Gewerkschaftliche Bildungspolitik 1/2-99, Perspektiven moderner Berufsausbildung, Düsseldorf 1999, S. 2-4.
- EULER, Dieter, Modernisierung des dualen Systems – Problembereiche, Reformvorschläge, Konsens- und Dissenslinien; Eine Untersuchung im Auftrag der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Nürnberg, August 1997.
- GEISSLER, K. / KUTSCHA, G., Modernisierung der Berufsbildung – Paradoxien zwischen Entberuflichung und neuer Beruflichkeit. In: Zeitschrift für Pädagogik, 29. Beiheft, Weinheim/Basel, 1992, S. 320-325.

- GRÜNEWALD, Uwe / HANF, Georg / KOCH, Richard / REULING, Jochen: Reformen der dualen Berufsausbildung in sieben Ländern Europas – Auswertung der Antworten auf die Fragen des BMBF. In: BMB+F – Bundesministerium für Bildung und Forschung: Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend. Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen. Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz. 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn, April 1999.
- HEIDEGGER, Gerald / RAUNER, Felix, Reformbedarf in der beruflichen Bildung, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, o.J., o.O.
- IHK (INDUSTRIE- UND HANDELKAMMER) UND DIHT (DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSTAG), Leitlinien Ausbildungsreform – Wege zu einer modernen Beruflichkeit, Bonn, o. J.
- KULTUSMINISTERKONFERENZ, Überlegungen der KMK zur Weiterentwicklung der Berufsbildung, Positionspapier verabschiedet am 23.10.1998.
- ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (OECD), (Publikation erstellt vom Zentrum für Forschung und Innovation im Bildungswesen im Auftrag der OECD), Bildung auf einen Blick, OECD-Indikatoren, Paris 1996.
- PÜTZ, Helmut (BIBB), Berufsbildung im Wandel – Die Bedeutung des Berufskonzepts, Referat gehalten beim 45. Studiengespräch zum Thema: „Qualität und Innovation der Berufsbildung als Wettbewerbsfaktor“ im Haus Lämmerbuckel vom 10.-12.5.1999.
- STOOS, Friedemann, Reformbedarf in der beruflichen Bildung, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Geschäftsstelle Ausbildungskonsens NRW, Düsseldorf, 1997.

## **WAS LEISTET MODULARISIERUNG ZUR FLEXIBILISIERUNG VON LEHRBERUFEN?**

Sowohl europäische als auch nationale Entwicklungen haben das Schlagwort der „Modularisierung“ für die einen zu einem Hoffnungsträger für die Lösung von Problemen der Berufsbildung, für andere zu einer Gefahr für traditionelle Berufsbildung in der Lehre werden lassen. In diesem Beitrag sollen europäische und nationale Entwicklungen und Fakten in einem Streifzug beleuchtet werden, um in einem Resümee zu münden, das eine Diskussionsgrundlage zur Umsetzung von Elementen dieses Konzeptes im spezifisch österreichischen Kontext sein soll. Eine direkte Implementierung ausländischer Beispiele ist im Bildungs- und Ausbildungssystem nirgends möglich, man kann aber aus dem internationalen Vergleich Ideen und Anregungen schöpfen.

Module sind Qualifizierungseinheiten. Modularisierung bedeutet hierbei – je nach Schärfe des Begriffs – die Gliederung von Ausbildungen in Qualifizierungseinheiten bis hin zur „Auflösung“ fixierter Ausbildungen in ein Angebot von weitgehend frei zusammenstellbaren Qualifizierungseinheiten.

„Modularisierung“ kann aber auch als Zusatz von passenden Qualifizierungseinheiten zu einer bestehenden Ausbildung (Kurse, Module, Blöcke oder wie auch immer genannt) verstanden werden, wodurch sich eine gewisse Flexibilität ergeben sollte.

Der Sinn des Modularisierungskonzeptes resultiert im Wesentlichen erst aus seinem Spannungsverhältnis zum Berufsbegriff. Wenn es nur komplette Berufsausbildungen gibt, die nicht aufteilbar sind, kann es keine Modularisierung geben. Die Realität ist aber auch in Ländern, in denen das Berufskonzept mit beachtlicher Emphase als Grundlage der dualen Ausbildung vertreten wird – in der schulischen Berufsbildung ist dies ohnedies nicht der Fall – ein Kompromiss. Viele neue Lehrberufe enthalten in sich Untergliederungen (Fachrichtungen, Schwerpunkte), in anderen Berufen werden Zusatzkurse (Module) außerhalb des Berufsausbildungsgesetzes neben oder nach der Lehrlings-

ausbildung häufig angeboten und gelten als notwendig für eine qualifizierte Fachkraft der Branche.

In Österreich kann, wenn man Umsetzungsvorstellungen im Auge behält, nur an eine „begrenzte Modularisierung“ gedacht werden: Modularisierung im Rahmen eines flexibilisierten Berufskonzeptes. Das Berufskonzept wird dabei in sich etwas flexibler, wie z.B. in den Handelsberufen mit „Branchenfestern“, oder erhält Zusätze, wie z.B. durch betrieblich finanzierte Zusatzkurse in der Sanitär- und Heizungstechnik (Rohrschweißerkurse).

In Österreich geht es im Zusammenhang mit Modularisierung und Ausbildungsverbänden, die kaum gänzlich von einander zu trennen sind, zunächst darum, *das Angebot an Lehrstellen für die Jugendlichen, die eine Lehre machen wollen, langfristig zu sichern*. Seit 1996 gab es jährlich Probleme mit der Lehrstellenversorgung. Trotz einiger Neuerungen musste ein „Auffangnetz“ geknüpft werden. Verstärkte Flexibilisierung der Rahmenbedingungen der Lehrlingsausbildung zielt im Kern aber ebenso auf die Attraktivierung der Ausbildung für die Unternehmen, wodurch wiederum das Lehrstellenangebot gefördert wird.

Die Lehrgänge und Stiftungen des Auffangnetzes, aber auch das Konzept der Vorlehre, manifestieren die Denkrichtung einer gewissen Modularisierung. Es ist ein Faktum, dass in den Lehrgängen Abschnitte von kompletten Lehrlingsausbildungen durchlaufen werden können (1. Lehrjahr). Das Prinzip, dass Berufsausbildungen nur komplett und an zwei Lernorten (Betrieb und Berufsschule) absolviert werden können, wurde zugunsten jener Jugendlichen, die (noch) keine reguläre Lehrstellen finden können, aufgeweicht.

Es wurde immer wieder die Frage aufgeworfen, ob es nicht für Jugendliche, die weder eine Fachschule machen wollen, noch von einem Lehrberechtigten als Lehrling aufgenommen werden, alternative Angebote geben sollte. Hierzu sind verschiedene Möglichkeiten vorgeschlagen worden: die Anlehre, die Vorlehre, vereinfachte Lehrberufe etc. Im Rahmen des Konzepts der Modularisierung von

Ausbildungen können verschiedene Varianten von Teil-Lehren auf ganze Berufe bezogen bleiben, die den jungen Erwachsenen die Möglichkeit des Komplettierens offen lassen.

Verschiedene Varianten der Teil-Lehre werden vor allem dann wichtig werden, wenn ein Konsens der Sozialpartner betreffend kurzer oder einfacher Lehrberufe nicht erreichbar ist.

## **Internationale Beispiele und Diskussionen**

### ***„Teilqualifizierung“ und modulare Berufsschule in Dänemark***

In Dänemark hat man die „Teilqualifizierung“ eingeführt, um den Jugendlichen mit Problemen, eine reguläre Lehrstellen zu finden, ein Angebot machen zu können.

Die Reformmaßnahmen der dänischen Berufsbildung, die im Jahr 2000 eingeführt werden, enthalten

„als neues Element die Möglichkeit für Leistungsschwächere ..., Teilqualifikationen zu erwerben, wenn sie (noch) nicht in der Lage sind, eine volle Berufsausbildung zu absolvieren. Zwei Möglichkeiten stehen offen. Die Teilqualifizierung kann als klar definierter und integrierter Teil einer normalen Ausbildung angeboten werden, die durch eine ministerielle Verordnung geregelt ist. Sie muss dann vom Fachausschuss als eine anerkannte berufliche Kompetenz in dem spezifischen Arbeitsmarktsegment zugelassen werden. Diese Modell erfordert eine duale Ausbildung mit einer Mindestdauer von 1 1/2 Jahren.“<sup>289</sup>

Die Dänen setzen auch in diesem Problemzusammenhang – wie durchgängig – auf mehr als eine Möglichkeit: Als Alternative zur Teilqualifizierung

„kann entweder die Berufsschule oder der Auszubildende eine individuell angelegte Ausbildung zusammenstellen, die mit einer Teilqualifizierung abgeschlossen wird. Diese Teilqualifizierung muss an eine reguläre Berufsausbildung so geknüpft sein, dass der Auszubildende eine vollwertige Berufsausbildung absolvieren kann, wenn er es wünscht. Solche individuell angelegten Ausbildungen, die vom Fachausschuss zugelassen werden müssen, sind als duale Ausbildungen zu planen und haben eine Mindestdauer von 2 Jahren. Es wird erwartet, dass jährlich 1-3 Prozent der

---

<sup>289</sup> Die Nationale Ausbildungsbehörde, Das dänische Bildungsministerium: Die neue Struktur: Berufliche Bildung in Dänemark, April 2000, S. 29.

Neuzugänge von diesem Angebot Gebrauch machen werden. Das entspricht etwa 250 – 750 Auszubildenden“.<sup>290</sup>

Dieser Hinweis zeigt aber die besondere Rolle der Berufsschule in Dänemark. Sowohl die höheren Berufsschulanteile an der gesamten dualen Ausbildungszeit (25 bis 40 Prozent), als auch die Auffangfunktion der Berufsschule für die leistungsschwächeren Jugendlichen, die bereits seit Jahren wirksam ist, markieren einen wesentlichen Unterschied zur österreichischen institutionellen Verteilung der Berufsbildungsaufgaben. Hintergrund des Phänomens ist die vollständige Refundierung der Lehrlingsentschädigung für die Berufsschulzeit aus Mitteln eines Fonds.

In der Dänischen dualen Berufsausbildung wird die modulare Struktur vor allem als Angebotsmatrix der Berufsschulen definiert, aus der die Betriebe und die Jugendlichen auswählen.

Gemäß der Reform 2000 soll das Curriculum der dänischen Berufsschule nach Kursen, Fächern oder nach Modulen organisiert werden. Es sollen *modulare Strukturen* aufgebaut werden, durch welche „die Bemühung um *Individualisierung mit systemischem Zusammenhang kombiniert* werden kann. Die *Modularisierung* ermöglicht die Anerkennung von kleineren, abgegrenzten Elementen einer Ausbildung, damit der Auszubildende seinen Studienweg leichter wechseln kann. *Die Berufsschulen werden Module in einem Katalog oder einer Matrix anbieten*, damit die Auszubildenden im Prinzip ihr eigenes Ausbildungsprogramm zusammenstellen können, so wie sie es sich während der Grundausbildung vorstellen.“<sup>291</sup>

### ***Das Niederländische Modell der Ausbildungsstufen***

In den Niederlanden ist seit 1996 ein neues Gesetz über Erwachsenenbildung und Berufsbildenden Unterricht (Wet Educatie en Beroepsonderwijs – WEB) in

---

<sup>290</sup> Die Nationale Ausbildungsbehörde, a.a.O., 2000, S. 29.

<sup>291</sup> Die Nationale Ausbildungsbehörde, a.a.O., 2000, S. 23; Kursivsetzung nicht im Original.



Kraft. Gemäß diesem erstellen die Sozialpartner Berufskonzepte im Hinblick auf die Anforderungen an die Absolventen in der Praxis.<sup>292</sup>

Grundlegend werden Abschlüsse auf 5 Niveaus in der Qualifikationsstruktur, die sich an das SEDOC<sup>293</sup> anschließt, unterschieden. 4 dieser 5 Niveaus sind über den „berufsbildenden Unterricht“ zu erreichen, das 5. Niveau ist dem berufsbildenden Tertiärunterricht vorbehalten (Die Niederlande haben neben den Universitäten ein ausgebautes System Berufsbildender Hochschulen entwickelt). Im berufsbildenden Unterricht werden ab 1. August 1997 innerhalb der erreichbaren vier Niveaus fünf Abschlüsse unterschieden, Niveau 4 enthält dabei zwei Abschlüsse.

In dem neuen Gesetz werden der schulische Berufsunterricht (Vollzeitschule mit Praktikum) und der duale Berufsunterricht (Lehrlingsausbildung) in einem Berufsunterrichtssystem erfasst. Es gibt für alle vier Stufen jeweils zwei Wege zu einem Abschluss:

- den „berufsbildenden Ausbildungsweg“ (mindestens 20 – 60 Prozent betrieblicher Ausbildungsanteil an der gesamten Ausbildungszeit);
- den „berufsbegleitenden Ausbildungsweg“ („Beroepsbegeleidend onderwijs“), in dem 60 oder mehr Prozent betriebliche Ausbildung sind, wobei das Lehrlingswesen subsumiert wird.<sup>294</sup>

Ein entscheidendes Charakteristikum der neuen niederländischen Berufsbildungsstrategie erscheint dabei die Verbindung von sozialer Integration und Leistungsmotivation durch ein vertikal und horizontal differenziertes

---

<sup>292</sup> Ministerie van Onderwijs Cultuur en Wetenschappen: Gesetz über Erwachsenenbildung und Berufsbildenden Unterricht. Das Gesetz in Grundzügen, Den Haag, 1996.

<sup>293</sup> SEDOC: Système européen offres et demandes d'emploi dans la communauté européenne (Informationsdienst der Gemeinschaft über Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt)

<sup>294</sup> Ministerie van Onderwijs Cultuur en Wetenschappen: Gesetz über Erwachsenenbildung und Berufsbildenden Unterricht. Das Gesetz in Grundzügen, Den Haag, o.J., S. 27.

Ausbildungsangebot zu sein:

„Im neuen Unterrichtsmodell verfügen die Teilnehmer nach ihrer Ausbildung und ihren Bedürfnissen über ungefähr 700 Berufsausbildungen auf vier Qualifikationsniveaus. Wenn sie ihre Ausbildung mit Erfolg abschließen, erhalten sie ein Zeugnis. *Das bedeutet jedoch nicht, dass Teilnehmer, welche die Ausbildung vorzeitig verlassen, mit leeren Händen dastehen.* Zu einer bestimmten Qualifikation gehören eine Reihe von Teilqualifikationen, die jede für sich mit einem Zertifikat abgeschlossen wird. *Die ‚Mindestqualifikation‘ über die jeder Bürger mindestens verfügen sollte, wird auf dem zweiten Niveau der Qualifikationsstruktur erworben.* Neu ist das erste Niveau der Qualifikationsstruktur. Es wurde ins Leben gerufen, um Teilnehmer, die nicht in der Lage sind, eine Mindestqualifikation zu erwerben, dennoch mit einem Zeugnis in den Arbeitsmarkt zu lassen. Auch bildet dieses Niveau eine Stufe nach einer Ausbildung auf Niveau 2 für schwächere Teilnehmer. Zuletzt gibt es für die Berufsschule noch die Möglichkeit, zusätzliche Vorbereitungs- und Unterstützungsprogramme einzurichten, um den schwächeren Teilnehmern behilflich zu sein, die Ausbildungen auf Niveau 1 und 2 mit Erfolg abzuschließen.“<sup>295</sup>

---

<sup>295</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung: Duale Berufsausbildung an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend. Herausforderungen bewältigen – voneinander lernen. Bericht der Konferenz zur Dualen Berufsausbildung in Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz. 1./2. Juli 1998 in Bonn, Bonn, April 1999, S. 112; Kursivsetzungen nicht im Original, A. S.

TABELLE I-1:

**Ausbildungen im berufsbildenden Unterricht in den Niederlanden nach europäischen Qualifikationsniveaus**

Niveau und Qualifikation	Ausbildung	Dauer
1. Einfache ausführende Tätigkeiten (Assistent) – Niveau 1 des europäischen SEDOC-Systems	Assistenten-ausbildung	0,5 - 1 Jahr
2. Ausführende Tätigkeiten (Arbeitskraft mit beruflicher Grundausbildung) – Niveau 2 des europäischen SEDOC-Systems	Berufliche Grundausbildung	2 - 3 Jahre
3. Vollständig selbständige Durchführung von Tätigkeiten (Fachkraft) – Niveau 3 des europäischen SEDOC-Systems	Fachausbildung	2 - 4 Jahre
4. Vollständig selbständige Durchführung von Tätigkeiten mit breiter Einsetzbarkeit bzw. Spezialisierung (mittlere Führungskraft oder Spezialist) – Niveau 4 des europäischen SEDOC-Systems	Ausbildung für mittlere Führungskräfte Spezialisten-ausbildung	3 - 4 Jahre 1 - 2 Jahre

Quelle: OC en W, Gesetz über Erwachsenenbildung und Berufsbildenden Unterricht, 1996, S. 25

Der Abschluss der österreichischen Lehrlingsausbildung ist im Rahmen dieser Stufen ohne tiefere Vergleichsforschung nicht zu beurteilen. Faktum ist, dass uns gegenüber den Niederlanden überhaupt Stufen innerhalb der Abschlüsse, die über duale Ausbildung zu erreichen sind, fehlen. Die beschriebene Struktur der Qualifikationen wird als „modularisierte Ausbildung mit Verlagerung von Teilen der Ausbildung in die Weiterbildung“ von Seiten der Bildungspolitik in den Niederlanden gesehen.<sup>296</sup>

<sup>296</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung, a.a.O., S. 110.

### ***InformatikerIn mit modularer Struktur in der Schweiz***

Der neue vierjährige Lehrberuf „InformatikerIn“ in der Schweiz soll als ein „Beruf mit verschiedenen Richtungen“ fungieren: Die Differenzierung der Ausbildung innerhalb dieses Berufes erfolgt durch die individuelle Zusammenstellung von einzelnen Modulen. Die Kombinationsmöglichkeiten von Modulen sind für jede so genannte Richtung innerhalb des Berufes „InformatikerIn“ in der für die Richtung geltenden „Wegleitung“ (Information, die das „Reglement“ (Berufsbild) deutet) festgehalten.

Eine Richtung innerhalb des InformatikerIn-Berufs ist durch die im jeweiligen „richtungsspezifischen Modul-Bausatz“ vorgesehenen

- Pflicht-,
- Wahlpflicht- und
- Wahlmodule

vorgegeben.<sup>297</sup>

Die Richtung bzw. die erworbenen Kompetenzen werden in einem Beiblatt zum Fähigkeitszeugnis festgehalten (Bildungsportfolio, Lehrzeugnis). Die Ausbildung ist in eine

- On-Job-Ausbildung (60 Prozent) und eine
- Off-Job-Ausbildung (40 Prozent), die in Berufsschulen oder Ausbildungszentren (allenfalls in einer Lehrwerkstätte) erfolgt, gegliedert, und soll sowohl die notwendigen theoretischen als auch praktischen Inhalte vermitteln.

Die gesamte Off-Job-Ausbildung erfolgt in Modulen. Grundsätzlich soll für eine bestimmte Richtung „der überwiegende Teil der Module als Pflicht- und Wahlpflichtmodule vorgegeben“ werden. Wahlmodule können „entsprechend per-

---

<sup>297</sup> Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT): Informatik Berufsbildung Schweiz. Konzept zur Strukturierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Im Auftrag des BBT erstellt durch die Arbeitsgruppe Informatik Berufsbildung Schweiz I-CH, Bern, März 2000, S. 25.

sönlichen Präferenzen oder den Anforderungen des Lehrbetriebs belegt werden“ und sollen rund 10 Prozent der Ausbildung ausmachen.<sup>298</sup>

Die „Grundbildung“ gliedert sich in *Basisbildung* und *Vertiefungsbildung*. Hierbei soll versucht werden, wesentliche Inhalte in einem „Basislehrjahr“ zu konzentrieren. Dieses soll Off-Job angelegt sein und „den Einstieg für neue Lehrbetriebe erleichtern und damit zu neuen Lehrstellen beitragen“.<sup>299</sup>

Die Off-Job-Ausbildung erfolgt in Modulen in Blockform oder wöchentlich. In den Grundlagenfächern sind Semesterziele der Bezugsrahmen. Die On-Job-Ausbildung soll in Blöcke von mindestens 3 Monaten Dauer gegliedert werden. Der Abschluss wird mit „Credits“ bestätigt.<sup>300</sup>

Im Hinblick auf das „Fähigkeitszeugnis“ (Lehrabschlussprüfung) ist folgende Gewichtung vorgesehen:<sup>301</sup>

- Berufspraxis 50 %,
- Pflichtmodule 30 %,
- Wahlpflichtmodule 10 %,
- Wahlmodule 10 %

Der eidgenössische Fähigkeitsausweis kann auch durch den Besuch einer Berufsfachschule mit Praktikum oder einer Lehrwerkstätte erlangt werden. Maßgebend sind dabei dieselben Kriterien wie beim dualen Ausbildungsweg.<sup>302</sup> Mit dem schweizerischen „Konzept“ für die Informatikerausbildung gerät sehr viel, was bisher Prinzip der Berufsbildungspolitik war, in Bewegung.

---

<sup>298</sup> BBT, 2000, a.a.O., S. 27.

<sup>299</sup> BBT, 2000, a.a.O., S. 26.

<sup>300</sup> BBT, 2000, a.a.O., S. 27.

<sup>301</sup> BBT, 2000, a.a.O., S. 29.

<sup>302</sup> BBT, 2000, a.a.O., S. 29.

### **Neue Strukturmodelle in Deutschland**

Helmut Pütz, Generalsekretär des Bundesinstitutes für Berufsbildung in Bonn, z.B. sieht die Modularisierung vor allem als Ansatz zur Öffnung des Berufskonzeptes: über „definierte Standards (Module)“ sollen neue Formen der Differenzierung von Ausbildungsberufen geschaffen werden, die flexiblere Ausbildung ermöglichen, „ohne die Qualitätsstandards eines Ausbildungsberufes aufzugeben“.<sup>303</sup> Damit soll die Verknüpfung von Ausbildungsgängen, aber auch von Aus- und Weiterbildung und nicht zuletzt die Aktualisierbarkeit von Ausbildungsberufen erleichtert werden.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Berlin und Bonn ist eine öffentliche Forschungseinrichtung. Spitzenfachvertreter haben anhand der Veränderung von „Strukturprinzipien und Strukturmodellen“ die „Flexibilisierung der Ausbildungsberufe im Dualen System“ beschrieben.<sup>304</sup> Obgleich das Wort „Modul“ oder „Modularisierung“ dabei nicht oder nur selten vorkommt, handelt es sich um Konzepte der Differenzierung von Qualifizierungseinheiten innerhalb von Berufen. Die Rolle der neuen Lehrberufe ist hierbei mehr als nur Beispiel für strukturelle Innovationen. Die Strukturmodelle sind Abstraktionen der Besonderheiten oder der besonderen Anforderungen der jeweiligen Berufsfelder (z.B. IuK-Branche, Versicherungswirtschaft).

Seit Ende der 80er Jahre und verstärkt in den 90er Jahren wurden hochkomplexe Strukturmodelle der Differenzierung von oder in Berufen rechtlich umgesetzt. Bei genauerer Hinsicht auf die IT-Berufe ist eine andere Realität in Ausbildung und Erwerbstätigkeit auszumachen, die mit dem „Berufskonzept“ nur noch wenig zu tun hat. Ausbildungen werden in hohem Maße durch Qualifika-

---

<sup>303</sup> Helmut Pütz: Neue Berufe in Deutschland: Modularisierung innerhalb des Berufskonzeptes, in: Mitteilungen des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft, Juli/August 1999, S. 11.

<sup>304</sup> Tibor Adler, Dagmar Lennartz, Ingrid Stiller: Flexibilisierung der Ausbildungsberufe im Dualen System, in: *ibv-Zeitschrift für berufskundliche Informationen und Dokumentation*, Bundesanstalt für Arbeit (Hg.): Reformprojekte im Dualen System, Nürnberg, 5, 2000, S. 2563ff.

tionsanforderungen der Branche und Tätigkeiten quer über „Berufe“ bestimmt. Seitens des BIBB wird von „flexibler Berufsstruktur“ gesprochen:

„Wählbare Einsatzgebiete/Fachbereiche, in denen jeweils Kern- und Fachqualifikationen vertieft werden, ermöglichen zusätzlich betriebsspezifische und individuelle Ausprägungen des Gesamtprofils. Um die Vielfalt der beruflichen Einsatzfelder der IT-Berufe in unterschiedlichen Branchen, Betriebsgrößen und Organisationsformen gerecht zu werden, wurde ein Wahlpflichtbereich eingeführt. Er ist innerhalb einzelner Ausbildungsberufe in Form von Einsatzgebieten (Fachinformatiker/in) oder Fachbereichen (Informationskaufmann/Kauffrau) definiert, die in einer offenen Liste im Verordnungstext genannt werden.“<sup>305</sup>

---

<sup>305</sup> Adler, Lennartz, Stiller, Flexibilisierung ..., a.a.O., 2000, S. 2569.

TABELLE I-2:

**Strukturmodelle der beruflichen Differenzierung in Handels-,  
kaufmännischen und IT-Berufen in Deutschland**

Strukturmodell der beruflichen Differenzierung	Wesentliche Merkmale / zeitlicher Anteil an der Ausbildung	Exemplarischer Bezug
Fachbereiche	Die Ausbildung erfolgt von Beginn an in Fachbereichen.	Beispiel: Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Erlassjahr 1987
Sacharbeitsgebiete	Ab dem 2. Ausbildungsjahr erfolgt die Ausbildung in zwei vom Ausbildungsbetrieb zu bestimmenden Sacharbeitsgebieten (max. 1/3 der Gesamtausbildungszeit)	Kaufmann/-frau für Bürokommunikation, Erlassjahr 1991
Wahlbereiche	Vom 1. Ausbildungsjahr an erfolgt die Ausbildung in dem gewählten Bereich (Wahl zwischen Berufsbildpositionen, max. 1/3 der Gesamtausbildungszeit)	Drogist/-in, Erlassjahr 1992
Sparten	Sparten, d.h. vom ersten Ausbildungsjahr an erfolgt die Ausbildung in Sparten, die vom Ausbildungsbetrieb bestimmt werden. Auswahlregelung zu den Sparten im Verordnungstext.	Versicherungskaufmann/-frau, Erlassjahr 1996
Einsatzgebiete	Im 3. Ausbildungsjahr erfolgt die Ausbildung in einem vom Ausbildungsbetrieb festgelegten Einsatzgebiet mit einer Dauer von ca. 9 Monaten innerhalb einer Fachrichtung.	Fachinformatiker/in, Erlassjahr 1997
Berufliche Grundbildung	Die berufliche Grundbildung ist das gemeinsame Element der differenzierten Berufe:	
	<p>Sockelqualifikationen (50 % der Ausbildungszeit)</p> <p>Kernqualifikationen (50 % der Ausbildungszeit)</p>	<p>Büroberufe</p> <p>IT-Berufe</p>

Quelle: Adler, Lennartz, Stiller: Flexibilisierung ..., a.a.O., 2000, S. 2567f.



TABELLE I-3:

**Strukturkonzept der IT-Berufe in Deutschland (1997 erlassen)**

Gemeinsame Kernqualifikationen	Berufsspezifische Fachqualifikationen	Flexibilisierung
für alle vier Berufe der Gruppe gleich (ca. 50 % der Ausbildungszeit)	IuK-Systemelektroniker/in Fachinformatiker/in IuK-System-Kaufmann/Kauffrau Informatikkaufmann/kauffrau	durch Einsatzgebiete / Fachbereiche im Rahmen der Fachqualifikationen <sup>306</sup>

Quelle: Adler, Lennartz, Stiller: Flexibilisierung ..., a.a.O., 2000, S. 2568f.

Pütz sieht die neuen Ausbildungsberufe im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik (IT) als „Vorreiter gestaltungsoffener Ausbildungsgänge“:

„In den IT-Berufen gilt beispielsweise die Hälfte der Ausbildungszeit der Vermittlung von Kernqualifikationen in Elektrotechnik, Informatik und Betriebswirtschaft, in der zweiten Hälfte steht die Qualifizierung in *Wahlpflichtbereichen nach dem Modulsystem* auf dem Ausbildungsplan. Die Integration kaufmännischer und technischer Inhalte ist Kernelement dieser Ausbildung, die deshalb auch keinem Berufsfeld mehr zuzuordnen ist. Die Berufsprofile der neuen IT-Berufe sind so offen gestaltet, dass sie zukünftige Entwicklungen in Technik, Service und Verkauf berücksichtigen können.“<sup>307</sup>

Weitgehende Neuerungen der IT-Ausbildungen gegenüber anderen Lehrberufen im Hinblick auf die Verteilung der Lernorte (On-job – Off-job), wie in der Schweiz, die insbesondere die Rolle der Berufsschule betreffen, werden in Deutschland nicht vorgenommen. Die IT-Ausbildungen als Qualifizierung für eine epochale technologische Revolution heben sich primär über neue Strukturmodelle von anderen Sektoren ab. In diesem Zusammenhang ist es wesentlich,

<sup>306</sup> Um der Vielfalt der beruflichen Einsatzfelder nach Branchen, Betriebsgrößen und Organisationsformen gerecht zu werden, wurde ein Wahlpflichtbereich eingeführt. Dieser ist in Form von Einsatzgebieten oder Fachbereichen in einer offenen Liste im Verordnungstext genannt.

<sup>307</sup> BIBB/CEDEFOP/SK: Neue IT-Berufe als Vorreiter gestaltungsoffener Ausbildungsgänge, in: CEDEFOP INFO zur beruflichen Bildung in der Europäischen Union 1, 2000, S. 13; Kursivsetzung nicht im Original

auf die singuläre Vorbildungssituation in Deutschland zu verweisen.

Im Unterschied zur Schweiz und zu Österreich weist die überwiegende Mehrheit der Anfänger in den IT-Berufen Abitur oder mittlere Reife auf, wodurch sich die Frage der Bildungsvoraussetzungen und die Rolle der Berufsschule anders stellt. Da es in Österreich keine Mittlere Reife als Abschluss gibt, hat sich am Lehrstellenmarkt ein Segment von BHS-Umsteigern herausgebildet, das von Arbeitgeberseite nachgefragt wird (wie z.B. Lehrstellenanzeigen in Zeitungen belegen).

TABELLE I-4:

**Schulische Vorbildung der Anfänger in IT-Lehrberufen in Deutschland, Stand 31.12. 1997**

Lehrberuf	Haupt-	Real-	Abitur	BGJ /	Gesamt	
	schule	schule		BFS /		
	%	%	%	BVJ*	%	absolut
IT-System-Elektroniker	10,8	55,7	25,0	8,4	99,9	1461
IT-System-Kaufmann	7,6	34,4	47,0	11,0	100,0	753
Fachinformatiker	5,4	23,6	60,4	10,6	100,0	1775
Informatik-kaufmann	4,0	26,0	58,2	11,6	99,8	759

\* Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, Berufsvorbereitungsjahr

Quelle: [http://www.bibb.de/forum/itberufe/it\\_1.htm](http://www.bibb.de/forum/itberufe/it_1.htm)

***Das Satellitenmodell der deutschen Wirtschaft***

Ebenfalls in Richtung Gestaltungsoffenheit der Berufe und zwar in einem generell – nicht nur für die IT-Berufe – gemeinten Modellvorschlag geht die deutsche Industrie- und Handelskammer. Zusätzlich zu den Wahlpflichtmodulen sollen *Wahlbausteine* die Bedarfsgerechtigkeit der Ausbildung fördern oder

sichern.

Dieser Ansatz hat weitreichende Auswirkungen auf die Gestaltung der dualen Ausbildung in inhaltlicher und zeitlicher Hinsicht sowie bezüglich der Abschlussprüfungen.

Grundsätzlich setzt sich die deutsche Wirtschaft für die Beibehaltung „berufsbezogener Qualifikationsprofile“ ein, wodurch eine weitgehende Modularisierung im Ansatz ausgeschlossen wird. Gleichzeitig soll aber versucht werden, „in Ausbildung und Prüfung die Berücksichtigung branchenbezogener und betrieblicher Spielräume zu erweitern“ und darüber hinaus einerseits die Integration „Lernschwacher und mehr praktisch Begabter“ und Leistungsstarker andererseits mehr zu fördern.<sup>308</sup>

Dieses komplexe Ziel soll im Rahmen des *Satellitenmodells* angepeilt werden, das mehr Differenzierung, mehr Flexibilität und „engere Verbindung der Ausbildung zum Lernen in der Praxis“<sup>309</sup> bringen soll.

Das Satellitenmodell enthält

- Berufsprofilgebende Grundqualifikationen
- Berufsprofilgebende Wahlpflichtbausteine
- Optionale Wahlbausteine.

Diese Entwicklung könnte – so das Konzept – durch die Neugestaltung der Abschlusszeugnisse unterstützt werden. Im Kern werden dem Ausbildungsbewerber und dem Lehrbetrieb „drei Freiheitsgrade“ im Satellitenmodell angeboten:

1. Wahl der Ausbildungszeit (2 bis 3,5 Jahre)
2. Wahl von Ausbildungsinhalten (Wahlpflichtbausteine können ausgewählt, Wahlbausteine frei gewählt werden)

---

<sup>308</sup> Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT). Berlin: Leitlinien der Ausbildungsreform. Wege zu einer modernen Beruflichkeit, in: *ibv-Zeitschrift für berufskundliche Informationen und Dokumentation*, Bundesanstalt für Arbeit (Hg.): Reformprojekte im Dualen System, Nürnberg, 5, 2000, S. 2590.

<sup>309</sup> IHK/DIHT, 2000, a.a.O., S. 2591.

3. Wahl des Prüfungstermins (Prüfungen können je nach Bedarf in Etappen erfolgen).<sup>310</sup>

### **Förderung von europäischer Mobilität – EUROPASS**

In der Europäischen Union und in vielen Ländern wird über „Module“ in der beruflichen Aus- und Weiterbildung nachgedacht. Erwogen wird z.B. in einigen Berufen eine kürzere (Grund-)Ausbildungszeit mit sich daran anschließenden „Modulen“ der Weiterbildung und Spezialisierung. Schon heute seien viele Ausbildungsinhalte am Ende einer drei- oder dreieinhalb Jahre dauernden Lehre bereits überholt.<sup>311</sup>

Da die EU-Kommission keine direkte Bildungskompetenz hat, sollen einschlägige Aktionen vor allem die berufliche Bildung in den Mitgliedstaaten „unterstützen und ergänzen“ (im Sinne des Artikels 127 des EG-Vertrages). Der wesentliche Ansatzpunkt ist dabei die Förderung von Mobilität der Jugendlichen und der Beschäftigungsfähigkeit im allgemeinen.

Folglich stehen die EU-Planer europäischen Ausbildungsverbänden positiv gegenüber. Mit dem Europass Berufsbildung soll Jugendlichen in der Erstausbildung und in der Weiterbildung die Möglichkeit gegeben werden, einen Teil der Ausbildung in einem anderen europäischen Mitgliedstaat zu absolvieren, und dies in einem Gemeinschaftsdokument bestätigt zu bekommen.<sup>312</sup>

### **Ansatzweise Modularisierung in Österreich**

Während über Jahre mit der Diskussion um „Flächenberufe“ eine relativ starke Polarisierung der bildungswissenschaftlichen und -politischen Diskussion in Österreich zu beobachten war, haben sich diskret einige Tendenzen oder Beispiele, die in Richtung struktureller Flexibilisierung weisen, herausgebildet:

- die Gruppenlehrberufsstruktur (mit Fachrichtungen)

---

<sup>310</sup> IHK/DIHT, 1999, a.a.O., S. 2593.

<sup>311</sup> DIHT/IHK: EU-Handbuch zur Bildungspolitik. Themen und Fakten, Bonn, 2000, S. 39.

<sup>312</sup> DIHT/IHK, a.a.O., Bonn, 2000, S. 39.

- die Schwerpunktberufsstruktur
- Lehrzeitverlängerung bei Schwerpunktwahl
- Hybridberufe

Bei den beiden ersten Punkten werden Breite und Spezialisierung von Berufen gleichzeitig zu bewältigen versucht. Beides sind Modularisierungs- oder Flexibilisierungstendenzen. Die Handelsberufe weisen in Richtung der Schwerpunktberufsstruktur. Ein Beispiel für einen Gruppenlehrberuf ist der „Kommunikationstechniker“ mit seinen 4 Fachrichtungen: Audio- und Videoelektronik, Bürokommunikation, EDV- und Telekommunikation, Nachrichtenelektronik.

Eine dritte Variante der Modularisierung in Österreich ist die Lehrzeitverlängerung. Ansatzweise war die Verlängerung der Ausbildungszeit von Metall-Elektro-Lehrberufen von 3,5 Jahren auf 4 Jahren bereits in den Hybrid-Berufen, die in der Vorarlberger Metallindustrie in den 90er Jahren entwickelt wurden, angelegt. Explizit ist die Modularisierung durch Lehrzeitverlängerung im Lehrberuf „Elektrobetriebstechnik mit Prozessleittechnik“, der 4 Jahre dauert und damit ein halbes Jahr länger als ohne Prozessleittechnik.

Hybridberufe sind Lehrberufe, die Elemente unterschiedlicher Berufe, die weiterhin ausgebildet werden, verbinden. Die industriellen 4jährigen Metall-Elektrolehrberufe in Vorarlberg sind z.B. solche. Aber auch handwerkliche Berufe fallen in diese Kategorie, wie der „Veranstaltungstechniker“ (ab Herbst 2000).

Wie in Deutschland werden auch in Österreich verschiedene Varianten von Ausbildungsverbänden praktiziert. Dies ist aber nicht erst als Reaktion auf die Lehrstellenlücke der Fall. Die Berufsbildbreite, die von einigen Lehrbetrieben alleine nicht voll vermittelt werden kann, ist ein seit längerem gegebener Hintergrund in manchen Branchen. Häufig betrifft dies das erste Jahr, ist aber nicht hierauf zu beschränken. Ausbildungsverbände setzen jedenfalls prinzipiell eine Definition von Ausbildungseinheiten voraus, die ausgelagert werden können.

Eine andere Form der impliziten Modularisierung sind Zusatzkurse. Es ist bereits derzeit gängige Praxis im Handwerk, z.B. in der Sanitärtechnik, Zusatzmodule außerhalb des Lehrvertrages zwischen Lehrbetrieb und Lehrlingen auf freiwilliger Basis zu vereinbaren, z.B. die Ausbildung für die Rohrschweißerprüfung. Damit wäre ein Einstieg in ein Berufsbildungsportfolio geschaffen, das durch fach einschlägige Weiterbildung ergänzt werden kann.

Verkürzte Lehrlingsausbildungen für Erwachsene sind ein weiterer Ansatz. BFI (Berufsförderungsinstitut), WIFI (Wirtschaftsförderungsinstitut) und zum Teil Unternehmen bieten seit längerem – finanziert durch das Arbeitsmarktservice – sogenannte Facharbeiterkurzausbildungen oder Facharbeiterintensivausbildungen für Erwachsene an. Elektro-, Metall-, Bau- und Tourismusberufe sind zu nennen. Die Ausbildungen sind dabei seitens der Träger häufig „modularisiert“. Das BAZ (Berufsausbildungszentrum des bfi Wien) hat die modulare Struktur formalisiert und publiziert.<sup>313</sup>

Immerhin rund 14 Prozent der Lehrabschlussprüfungsantritte entfielen 1999 im österreichischen Durchschnitt auf den 2. Bildungsweg, Zusatzprüfungen und andere Sonderformen der Zulassung.<sup>314</sup>

Das BFI in Wien bietet z.B. für den neuen Lehrberuf *EDV-Kaufmann/-frau* zum einen für Einzelhandelskaufleute mit Lehrabschluss einen Lehrgang für eine Zusatzlehrabschlussprüfung im genannten Lehrberuf an, zum anderen für jene, die keinen Lehrabschluss haben, eine Vorbereitung auf die außerordentliche Lehrabschlussprüfung zum EDV-Kaufmann/-Kauffrau.

Die Struktur differenzierung von Lehrberufen in Deutschland und der Schweiz – sei es unter dem Namen von Schwerpunkten, Sparten, Fachrichtungen, Wahlpflichtfächern oder Modulen – ist durchgängig anhand der Entwicklung neuer hochqualifizierter kaufmännischer oder technischer Dienstleistungsberufe ent-

---

<sup>313</sup> Siehe dazu: Josef Prüwasser: „Das Modulare Ausbildungssystem (MAS). In: Karin Steiner et al (Hrsg.): Flexibilisierung in der Arbeitswelt am Beispiel der beruflichen Erstausbildung, Europäische Kommission, Cost Action, Brüssel, 2000, S. 104ff.

<sup>314</sup> Wirtschaftskammer Österreich: Lehrlingsstatistik 1999, Band 2, Wien, 2000, S. 172.

wickelt worden, am signifikantesten für die IuK-Berufe. Man kann die Frage stellen, ob mit den IT-Berufen nicht völlig neue Wege der Ausbildungsprogrammkonstruktion beschritten werden, in dem weniger Berufe als Branchen und Tätigkeiten konstitutiv sind. Auch die Vorbildung spielt eine andere Rolle, die durchaus systemische Relevanz hat. Während in Deutschland die IT-Ausbildungen am häufigsten von Abiturienten begonnen werden, wird in der Schweiz eine Informatikerausbildung mit über 40 Prozent Off-job Ausbildungszeit (Berufsschule etc., inkludierend ein Basislehrjahr) geplant. In Österreich bilden Schulumsteiger (AHS und BMHS) die Mehrheit der Anfänger in IT-Ausbildungen. Die erforderliche Vorbildung und Vorerfahrung im IT-Bereich wird erst durch zukünftige Evaluation zu klären sein.

Ein „Anflug“ von Modularisierung der Ausbildung im Sinne „gestaltungsoffener Ausbildungen“ ist in Österreich gegeben. Mit Ausnahme der Vorlehre, die durch ein Zeugnis belegt werden soll, ist damit nur die Variante der *Modularisierung als curricularer Gliederung von Berufen* von praktisch-politischer Bedeutung. Die Frage der Prüfung einzelner Teile von Lehrberufen, ein Definitionskriterium eines weitergehendes Modularisierungskonzeptes ist noch kaum ein Thema in Österreich.<sup>315</sup>

---

<sup>315</sup> Kloas hat zu Recht darauf verwiesen, dass die Frage der Zertifizierung ein wesentliches Kriterium des Modularisierungsverständnis ist. Peter-Werner Kloas: *Modularisierung in der beruflichen Bildung*. Bielefeld, 1997.

## ZUSAMMENFASSUNG

Berufsbildungssysteme geraten unter Modernisierungsdruck, wenn sich Wirtschafts- und Berufsstrukturen, Technologien oder auch Bildungserwartungen und Verhalten in der Bevölkerung verändern. Ob und welche Adaptationen sich durchsetzen, hängt insbesondere von kulturellen und gesellschaftspolitischen Faktoren ab. Vorliegende Studie rekonstruiert allgemeine Herausforderungen dualer Berufsbildungssystemen in Europa und wirft ein Licht auf spezifische Antworten der einbezogenen Staaten.

Gegenstand der Studie sind die Berufsbildungssysteme jener Länder in Europa, die in einem quantitativ erheblichen Umfang Lehrlingsausbildungen für die Jugendlichen anbieten. Hierzu zählen die Schweiz, Deutschland, die Niederlande, Dänemark, Österreich, Luxemburg und Liechtenstein. Die Studie geht von aktuellen Problemen in Österreich aus und soll die Erfahrungen der anderen Länder zu kritischer Nutzung und Bereicherung der österreichischen Diskussion in Bildungsforschung und Bildungspolitik aufbereiten.

Vorauszuschicken ist, dass duale Berufsbildung selbst ein *abstrakter Überbegriff* ist, der Varianten einschließt, die sich erheblich von der österreichischen Lehrlingsausbildung unterscheiden. Um hierbei nicht Missverständnissen zu erliegen, wurden in der Studie quantitative Grund- und Strukturdaten sowie eingehende *ideographische* Darstellungen der einbezogenen Länder erarbeitet. Insbesondere die Relation von „school based“ zu „work based“ beruflicher Bildung enthält unscharfe Abgrenzungen und eine Bedeutungsvielfalt.

Gemeinsam sind allen einbezogenen Ländern aber gewisse grundlegende Probleme der Ausbildungssysteme, aus denen Modernisierungsbedarfe und diverse Lösungsansätze resultieren. Dies bedeutet *curriculare* und zum Teil auch *strukturelle* Anpassungen der Ausbildung an den wirtschaftlichen Strukturwandel hin zu Dienstleistungsbranchen (mit oft geringen Lehrlingsausbildungstraditionen), neue Technologien, aber auch veränderte Bildungsambitionen und



erwartungen in der Bevölkerung (Trend zu höherer Bildung) sowie Reaktionen der Unternehmen auf veränderte Kosten-Ertrags-Verhältnisse in der Erstausbildung. Kaum ein bildungspolitisches Thema hat nach der Mitte der 90er Jahre einen vergleichbaren öffentlichen Stellenwert erreicht. Erst die IT-Fachkräftelücke hat die Aufmerksamkeit etwas abgezogen und verschoben.

Die Niederlande oder Dänemark haben die duale Bildung strukturell weitreichend transformiert und dabei das *Unternehmen als zentralen Lernort relativiert* oder auch substituiert. Es gibt aber keine Belege dafür, dass sie hierdurch größere Erfolge in der Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration als die „strukturbewahrenden“ Länder (wie die Schweiz und Deutschland) hätten, in denen der *betriebliche Lehrvertrag* nach wie vor den Zugang zur Berufsbildung bestimmt. Hier sind soziokulturell bedingte Differenzen wirksam, die Bildung und Ausbildung, aber auch die unternehmerischen Rekrutierungsstrategien determinieren.

Das österreichische Berufsbildungssystem ist *zwischen den strukturverändernden und strukturbewahrenden Systemen einzuordnen*, da es einerseits Ende der 90er Jahre ein quantitativ starkes Lehrlingsystem ausweist, andererseits – in Form von Fachschulen und berufsbildenden höheren Schulen (BHS) – „school based“ Berufsbildung in einem höheren Anteil als die Vergleichsländer in den letzten 20 Jahren entwickelt hat. Im Unterschied zu Deutschland und Dänemark fungiert vollzeitschulische Berufsbildung (Fachschulen, BHS) hierbei primär als Alternative und nicht als Zubringer zur dualen Bildung; ähnlich ist die Konstellation in den Niederlanden, allerdings mit einem quantitativ deutlich schwächeren Lehrlingswesen. Der Lehrlingsanteil an der Gesamtbeschäftigung belief sich in Österreich 1998 auf etwa 3,4 Prozent, in den Niederlanden auf 1,7 Prozent. Für die Schweiz, Deutschland und Dänemark wurde ein einschlägiger Anteil von rund 5 Prozent ermittelt.

Beim hohen Lehrlingsanteil in Dänemark, dem Land mit dem höchsten Wohlstand im vorgenommenen Ländervergleich, der durchwegs reiche Nationen be-

trifft, ist zu bedenken, dass das Alter der Lehranfänger zwischen 1993 und 1997 – aufgrund von Mehrfachanfängen und Bildungsschleifen – von etwas über 20 auf knapp 22 Jahre gestiegen ist. Wenn man von den Lehrlingen/Berufsschülern in Dänemark spricht, hat man es daher zumindest zur Hälfte mit Jung-erwachsenen zu tun. Dänemark ist durch eine besonders langgezogene Übergangsphase von der allgemeinen Pflichtschule ins volle Erwerbsleben gekennzeichnet, wobei allerdings bereits relativ früh Jobben und Ausbildung bzw. Ausbildungsversuche gleichzeitig erfolgen. Diese *Life-style-bedingte* Veränderung des Bildungsverhaltens (trotz Fachkräftemangels am Arbeitsmarkt) verdeutlicht exemplarisch den kulturellen Faktor des Modernisierungsdrucks sowie der unscharf werdenden Abgrenzungen von allgemeiner und beruflicher Bildung, von Erst- und Weiterbildung, die sich in nordeuropäischen Ländern viel deutlicher als in zentraleuropäischen manifestiert.

Die österreichischen Lehranfänger sind nach wie vor zu über 90 Prozent im „Normalter“ von 15/16 Jahren. Damit ist Österreich eine Ausnahme unter den Ländern mit dualen Berufsbildungssystemen, nicht nur im Vergleich zu Dänemark und den Niederlanden. In Deutschland sind mittlere Reife und Abitur verbreitete Vorbildungen in vielen Berufsbereichen.

Der duale Ausbildungsanteil (Lehrlingsquote) im Übergang nach der Pflichtschule belief sich 1996 in Dänemark auf 41 Prozent der Jugendlichen. Bisweilen publizierte höhere duale Ausbildungsanteile sind als rein statistische Resultate zu sehen, die durch die Vernachlässigung des Altersfaktors im Vergleich zustande kommen. In Dänemark ist ein vielfältiges schulisches Berufsbildungswesen im technischen und kaufmännischen Bereich eingerichtet. Es hat sich hierbei viel „double dipping“ (Mehrfachanfänge, mehrfache Sekundarstufenausbildungen) eingebürgert, bei dem aber keine Alternativstellung von schulischer und dualer Berufsbildung gegeben ist. So werden nach der gymnasialen Oberstufe berufsbildende Schulen (HHX oder HTX) oder eine duale Berufsausbildung begonnen, oftmals mit Verzögerungen (Jobs, anderer Kursbesuch, Reisen etc.)

In der Schweiz hat duale Berufsbildung den höchsten Stellenwert in der Bildung nach dem obligatorischen Pflichtschulbesuch im gegenständlichen Ländervergleich. Unter den Jugendlichen auf der Sekundarstufe II sind in der Schweiz 58 Prozent in dualer Ausbildung und weitere 8 Prozent in rein schulischer Berufsbildung. Für Deutschland wurde ein vollzeitschulischer Ausbildungsanteil von 16 Prozent und ein Anteil 49 Prozent an dual Auszubildenden auf der oberen Sekundarstufe ermittelt. In Österreich sind 35 Prozent in dualer und 35 Prozent in vollzeitschulischer Berufsbildung. Am geringsten ist der duale Anteil in den Niederlanden (20 Prozent: duale Ausbildung; 46 Prozent: schulische Berufsbildung mit Praktika).

In Dänemark vermitteln, anders als in Deutschland, der Schweiz oder Österreich, die Berufsschulen die Bewerber an Lehrstellen. In Dänemark und in den Niederlanden ist der *zwingende Konnex von Lehrvertrag und Ausbildungsplatz* gelockert und partiell durch Schulwerkstättenausbildungen ergänzt oder ersetzt worden. Trotz dieses Schrittes sind die Probleme dieser Länder in der Ausbildungsplatzsicherung keineswegs geringer als etwa in Österreich. Auch der Berufsbildungsfonds, der (nur) in Dänemark die Personalkosten während der Berufsschulzeit an die Betriebe zur Gänze refundiert, löst das Problem der Lehrstellenlücke nicht. In der Schweiz gibt es eine Fondsdiskussion, die vor allem durch die Lehrstellenknappheit nach Mitte der 90er Jahre gespeist wird.

Charakteristisch am niederländischen System ist die Verbindung von Berufsausbildung und Erwachsenenbildung. Nicht nur hieran zeigt sich ein starker Einfluss britischer Berufsbildungstradition. Die Niederlande haben über alle Beschäftigungsfelder ein 4-stufiges Qualifikationssystem mit stark modularen Elementen eingeführt. Die Qualifikationen können sowohl über Lehrlingsausbildung als auch über Fachschulen mit Praktika erreicht werden. Dabei sind unter dem Lehrabschluss ein bis zwei Stufen eingezogen, um möglichst nicht durch zu hohe erste Schwellen Ausschluss von weiterer Ausbildung zu produzieren. Auch in Dänemark sind *Teilqualifikationen* von Berufsausbildungen für *low achievers* vorgesehen. Insgesamt bietet das dänische Berufsbildungssystem vor und nach

der Reform 2000, die gerade umgesetzt wird, ein breites Spektrum von „Auffangmaßnahmen“ für junge Menschen mit Integrationsschwierigkeiten – bis hin zu den „Produktionsschulen“, die Motivation für Ausbildung erst wieder aufbauen helfen sollen.

Das deutsche Duale System ist in den 90er Jahren – neben den Herausforderungen der Wiedervereinigung, die zu einem Wachstum öffentlicher Finanzierungsanteile und außerbetrieblicher Lernorte geführt hat – durch großen Nachdruck auf die curriculare Modernisierung von Ausbildungsberufen und die Einführung neuer Lehrberufe mit modularer Gliederung gekennzeichnet. Dies betrifft sowohl Ausbildungen für IT-Qualifikationen als auch andere Dienstleistungsberufe, aber auch traditionelle Felder der Lehrlingsausbildung (z.B. Handwerk). Auch in der Schweiz gibt es z.B. bezüglich der Informatik ein weitreichend innovatives Ausbildungskonzept mit Modulen. Mit der „Berufsmatura“, die zu den neuen Fachhochschulen führen soll, ist für die Berufsschulen und allgemein eine epochale Weichenstellung des schweizerischen Systems der wirtschaftsorientierten Bildung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre gelungen.

Der traditionelle Berufsbegriff, der von einer eindeutigen erwerbslebenslangen beruflichen Bindung und Identitätssicherung über Erstausbildung ausging, ist auf dem Weg zur technologisch fundierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft mit seinen fachlichen Spezialisierungs- und Weiterbildungsanforderungen in weiten Bereichen der Arbeitswelt in Modifikation begriffen. Auch in den „strukturbewahrenden“ Ländern (D, CH, A) sind zunehmend Formen einer „gemäßigten“ Modularisierung in Form von Berufen mit Schwerpunkten und Fachrichtungen zu verzeichnen, die auf die Wichtigkeit *flexibler und offener Berufskonzepte* zur Bewältigung des technologischen, wirtschaftlichen, beruflichen, bildungsmäßigen und sozialen Anforderungswandels verweisen.

Neben der Bewältigung der Schnittstellenproblematik im Übergang nach der Pflichtschule (Integration der Jugendlichen mit Leistungsschwächen oder sozialen Benachteiligungen) und der Schließung der aktuellen Fachkräftelücke in

der Informationstechnik, die kurzfristige Reaktionen erfordert haben und noch erfordern, ist in der Verbindung von Aus- und Weiterbildung vermutlich die langfristig wichtigste Modernisierungsaufgabe der Qualifizierungssysteme zu sehen.

Hier zeigen sich unterschiedliche nationale Strategien, die aber allesamt vom Ungenügen einer Erstausbildung „auf Vorrat“ und zunehmend verlängertem und komplizierterem Übergangsverhalten zwischen Pflichtschule und voller Erwerbstätigkeit ausgehen und ausgehen müssen. Flexible und modulare Verknüpfungen und Aufbaumöglichkeiten sind aussichtsreichere Ansätze um den veränderten beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden.

## SUMMARY

### ***Modernisation of Dual Vocational Education and Training Systems***

#### *Problems and Strategies in 7 European Countries*

Vocational training systems are coming under modernisation pressure as soon as economic and occupational structures, technologies or also expectations on the education sector and the behaviour of the population change. It depends in particular on cultural and socio-political factors whether and which adaptations are successful. The present study reconstructs general challenges of dual vocational training systems in Europe and throws some light on specific responses of the countries under investigation.

The subject of this study are the vocational training systems in those European countries where apprenticeship training programmes are offered in considerable numbers for young people. These are Switzerland, Germany, the Netherlands, Denmark, Austria, Luxembourg and Liechtenstein. The present study starts out from current problems in Austria and aims at analysing the experiences of the other countries so that they can be used critically to enrich the Austrian discussion on educational research and our education and training policy.

First of all it must be emphasised that dual vocational training itself is an *abstract broad term* that includes some variants which differ considerably from the Austrian apprenticeship training system. To avoid misunderstandings in this context, this study elaborates quantitative basic and structural data as well as detailed *ideographical* presentations of the countries in question. In particular the relation between “school-based” and “work-based” vocational education and training entails imprecise definitions of terms and a variety of meanings.

All the countries covered by the study have particular basic problems of their training systems in common however, which result in modernisation needs and various approaches to solve them. This brings along *curricular* and partly also

*structural* adaptations of vocational training to the structural change of the economy and a development towards service sectors (which often have hardly any apprenticeship training traditions), new technologies, but also changed educational ambitions and expectations in the population (trend towards higher education) and reactions of the enterprises to changes in the cost-benefit-relationships in initial vocational training. There is hardly any other topic in educational policies that has been more important in the public eye after the mid-90s. It was only due to the gap of skilled workers in IT that public attention moved away a bit and the focus has shifted slightly since then.

The Netherlands and Denmark have transformed their dual education and training structures to a great extent, which means that the *enterprises as key learning locations are made relative* or also substituted. There are no indications, however, that this has brought them bigger successes in the integration in the vocational training systems and the labour markets than the “structure-preserving” countries (such as Switzerland and Germany), where the *apprenticeship contract concluded with the company* still determines the young people's access to the vocational training system. In this context, differences produced by socio-cultural phenomena become effective which have an impact on education and training and, moreover, on the entrepreneurs' recruitment strategies.

The Austrian vocational training system must be *classified between the systems that are modifying and those that are preserving their structures*, since on the one hand it boasted a quantitatively strong apprenticeship training system at the end of the 90s and, on the other hand, it has been developing “school based” vocational training – in the form of secondary schools and secondary TVE colleges (BHS) – to a greater degree than the countries of comparison over the past 20 years. In contrast to Germany and Denmark, Austrian full-time school-based vocational training (secondary schools, BHS) primarily serves as an alternative and not as a feeder to the dual system; the constellation is similar in the Netherlands, where the apprenticeship training system is clearly weaker in

quantitative terms, however. In 1998 the share of apprentices in the total number of employees came to about 3.4 per cent in Austria and to 1.7 per cent in the Netherlands. For Switzerland, Germany and Denmark respective shares of around 5 per cent were calculated.

When analysing the high share of apprenticeship training in Denmark – the nation with the highest prosperity in the present country comparison –, which without any exception affects rich nations, it has to be taken into account that the age of apprenticeship training beginners increased from 20 to slightly less than 22 between 1993 and 1997 – which was due to multiple beginners and educational loops. Therefore, when speaking about apprentices/vocational school students in Denmark, this refers to young adults in at least half of cases. Denmark is characterised by a particularly long transition phase from general compulsory schooling to full working life; however, already relatively early jobbing and training (or training attempts) take place simultaneously. This change of educational behaviour, which is due to *life-style* factors, exemplifies – despite a lack of skilled workers in the employment market – the cultural factor of the modernisation pressure and illustrates that the delimitations between education and training and between initial and continuing education and training (CET) are becoming blurred, which manifests itself much more clearly in Northern than in Central European countries.

Today, still more than 90 per cent of the Austrian apprenticeship training beginners are in the “normal” age group of 15/16. This makes Austria an exception among nations with dual vocational training systems, not only in comparison to Denmark and the Netherlands. In Germany, the *mittlere Reife* leaving certificate (secondary education stage I) and the *Abitur* certificate (granting access to all subject areas at universities and higher education institutions) are wide-spread educational qualifications in many occupational fields.

In Denmark, the dual training share (apprenticeship rate) in the transition after



compulsory schooling amounted to 41 per cent of young people in 1996. At times even higher dual training shares are published, which must be seen as mere statistical results due to neglecting the age factor in the comparison. As there exists a multi-faceted school-based vocational training sector in the technical and commercial fields in Denmark, a lot of “double dipping” (multiple beginnings, multiple training programmes at secondary level) has become standard where school-based and dual vocational training are *not* alternative pathways. Therefore students start a TVE school or college (HHX or HTX) or a dual vocational training programme after completing the upper cycle of *Gymnasium*, often with delays (due to jobs, attendance of other courses, travels, etc.). In the present country comparison, dual vocational training after compulsory schooling is most important in the Swiss education system. Among the young people at secondary level II 58 per cent are in dual training and another 8 per cent in purely school-based vocational training. For Germany a full-time school-based TVE education and training share of 16 per cent and a trainee share of 49 per cent in the dual system at the upper secondary level were calculated. In Austria 35 per cent attend dual and 35 per cent full-time school-based vocational training programmes. The Netherlands show the lowest dual share (20 per cent in dual training; 46 per cent in school-based vocational training with work placements).

Unlike German, Swiss or Austrian vocational schools, their Danish counterparts find apprenticeship posts for applicants. In Denmark and in the Netherlands the *strict connection between the apprenticeship contract and the training place* has been made more flexible and partly complemented or substituted by training programmes at school workshops. Despite this measures, those countries by no means have smaller problems in their safeguarding of training places than e.g. Austria. Also the Vocational Training Fund, which in Denmark (only) repays the total personnel costs accumulating during the vocational school period to the companies, cannot solve the problem of the apprenticeship post gap. In Switzerland there is currently a discussion on such a fund, which is fostered above all by the shortage of apprenticeship places after the mid-90s.

For the Dutch system, the link between TVE education and training on the one hand and adult education on the other is characteristic. This is just one aspect pointing towards the strong influence of the British vocational training tradition. The Netherlands have introduced a 4-stage qualification system with strong modular elements across all fields of employment. Qualifications may be acquired both in apprenticeship training programmes and also by attending secondary schools with practical training. Below the apprenticeship leave exam there are one to two levels to prevent exclusion from future training due to too high first demands. Also in Denmark provisions have been made for taking *partial qualifications* of vocational programmes for *low achievers*. On the whole, the Danish vocational training system both before and after their Reform 2000, which is currently being implemented, offers a broad spectrum of “safety measures” for young people with difficulties of integration – up to so-called “production schools”, which aim at helping with strengthening the motivation for training again.

The German dual system of the 90s is characterised – apart from the challenges of re-unification, which have led to a growth of public financing shares and external learning environments – by a great emphasis on the curricular modernisation of skilled occupations and the introduction of new apprenticeship trades with a modular design. This applies both to training programmes for IT-qualifications and other service occupations, and also to traditional fields of apprenticeship training (e.g. the crafts). Also in Switzerland there exists a largely innovative training concept with modules e.g. for computer skills. With the introduction of the *Berufsmatur* in the second half of the 90s, intended to qualify for the new *Fachhochschulen* (Universities of Applied Sciences), the Swiss system of vocational and technical education has taken a step that is decisive both for vocational schools in particular and for the whole system in general.

The traditional conception of an occupation where it is clear that initial

vocational training leads to an attachment to a job and to a safeguarding of the personal identity throughout working life is in a process of change in many areas of employment as we are on the way to a technology-based industrial and service society with requirements of subject-oriented specialisation and CET. Also in the “structure-preserving” countries (Germany, Switzerland, Austria) increasingly various forms of a “moderate” modularisation can be found, in the form of occupations with special focuses and subject areas, pointing at the significance of *flexible and open conceptions of occupations* to tackle changing requirements in technological, economic, occupational, educational, and social terms.

Apart from coping with the interface problems in the transition period after compulsory schooling (integration of the young people with performance weaknesses or social disadvantages) and the closing of the current gap of skilled workers in the information technologies, which have required – and still require – short-term reactions, the major modernisation task of the qualification systems in the long term probably must be seen in the combination of vocational training and CET.

The national strategies are different, however all of them assume, and must assume, that “the stocking” of initial vocational training qualifications does not suffice and that transition behaviour from compulsory schooling to full employment is increasingly becoming longer and more complicated. Flexible and modular programmes and possibilities of add-on qualifications are more promising approaches to meet the changed occupational and societal requirements.

## INFORMATION ÜBER DIE AUTOREN

### *Dr. Arthur Schneeberger*

Studium an der Universität Wien; Dissertation zur Methodologie der Soziologie-  
wissenschaften

Forschungstätigkeit:

Institut für Angewandte Soziologie (IAS), Wien; Universität Erlangen-Nürnberg;

seit 1986 ibw – Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft;

Arbeitsschwerpunkte: Berufsbildungs- und Hochschulforschung mit Arbeits-  
marktorientierung; international vergleichende Forschung

Aktuelle Publikationen:

(Ed.): Engineering Education in the Non-university Sector – Austria, Denmark,  
Germany, Netherlands, Portugal and United Kingdom, Final report of the  
Leonardo da Vinci Project, Schriftenreihe des Instituts für Bildungsforschung  
der Wirtschaft, Nr. 116, Wien 2000

Universitäten und Arbeitsmärkte. Strukturelle Abstimmungsmechanismen im  
internationalen Vergleich, Schriftenreihe des Instituts für Bildungsforschung der  
Wirtschaft, Nr. 113, Wien 1999

### *Sabine Nowak*

HAK-Ausbildung, Studium der Grund- und Integrativwissenschaften (Soziologie,  
Politikwissenschaften) an der Universität Wien

Forschungstätigkeit:

Studienbegleitende Forschungstätigkeit am Institut für Stadt- und Regional-  
forschung (SRZ) in Wien; seit 1998 wissenschaftliche Mitarbeiterin des ibw –  
Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft; derzeitige Arbeitsschwerpunkte:  
Berufliche Bildung (Duale Ausbildung in Lehrbetrieb und Berufsschule), Mit-  
arbeit in EU-Projekten im Bereich Doppelqualifizierung, berufliche Mobilität und  
Lehrlingsaustausch

Veröffentlichung:

Sabine Nowak: Organisation und Nutzen von Auslandspraktika für Lehrlinge am  
Beispiel des Mobilitätsprogrammes bei BMW Motoren, In: Sammelband „25  
Jahre ibw“ – Bildung als Schlüssel zur Informationsgesellschaft, Wien, No-  
vember 2000